Aufklärungen

über die Zeit

vom 20. März bis zum 4. Mai 1848.

Von

L. Grafen Ficquelmont.

Zweite Auflage.

Leipzig.
Johann Ambrosius Barth.
1850.

Gedruckt bei A. Pichler's Witwe in Wien.

I.

Für jeden Mann, der berufen ist, auf öffentliche Angelegenheiten einzuwirken, bestehen zwei Arten der Verantwortlichkeit, die ämtliche und die moralische; die erste hat ihre bestimmten enggezogenen Grenzen; aber die zweite reicht weit über dieselben hinaus, und es geschieht, um derselben zu genügen, daß ich gegenüber mancher unvollständigen Mittheilung über die Regierungs-Akte der Zeit vom 20. März bis zum 4. Mai 1848 diese Aufklärungen bekannt gebe.

Ich war mit einer Sendung an Se. kaiserl. Hoheit den Erzherzog Rainer in Italien seit neun Monaten von Wien abwesend gewesen, als ich von Sr. Majestät am 1. März 1848 zum Hofkriegsraths-Präsidenten ernannt und nach Wien zurückberufen wurde. Ich verließ Mailand am 9. und Venedig am 12. jenes Monats. Ich sah das lombardisch-venetianische Königreich in großer Aufregung, jedoch die gesetzliche Form war noch nicht verletzt worden. Die Central-Congregationen hatten zum ersten Mal von dem ihnen zuerkannten Rechte der Petition Gebrauch gemacht; das gab noch keinen Grund, den nahen Ausbruch gewaltsamer Empörung zu vermuthen.

In Cilli wurde mir Kunde einer in Wien ausgebrochenen Revolution ohne bestimmte Angabe der näheren Umstände.

Am Abend des 15. bekam ich im Bahnhof zu Gratz die kaiserlichen Erlässe des 13. März. Am 16. langte ich um 10 Uhr Morgens in Wien an. Ich hatte vor Augen Thatsachen und eine regellose Bewegung, die mir die Tragweite des Geschehenen zeigten, ohne daß ich noch weder dessen nächste Veranlassung noch den eigentlichen Hergang kannte. Ich hatte gleich bei meiner Fahrt in die Stadt eine bedeutungsvolle hungarische Betheiligung wahrzunehmen; die in der Nacht aus Preßburg angelangte zahlreiche Juraten-Deputation hielt einen feierlichen Verbrüderungs-Umzug in der Stadt, und ich vernahm aus ihren Reihen Äußerungen, deren Zusammenhang mit jenen des Volkes das tief Greifende der Erscheinung beurkundete.

Man hat im Anfange einige hochgestellt gewesene Persönlichkeiten anklagen wollen, durch eine nicht zeitgemäße Leitung der Staatsangelegenheiten diese Revolution herbeigeführt zu haben. Ich bin hier weder Richter noch Anwalt. Die jetzige Weltlage ist jedoch, durch die Verkettung der entferntesten Verhältnisse, eine solche geworden, daß sie nicht aus dem engen Gesichtskreise des Persönlichen beurtheilt werden kann. Höchstens könnte man von jenen, denen es oblag, für die öffentliche Sicherheit und für die Erhaltung des Bestehenden gut zu stehen, behaupten, daß sie nicht sehen wollten, was allen schon sichtbar geworden war, und der Mangel an Voraussicht war allerdings eine Schuld; denn es dürfte möglich gewesen sein, der Veränderung eine andere Form zu geben, sie beseitigen, konnte man schon lange nicht mehr.

Das Abtreten der Angeklagten, weit entfernt eine Abhilfe zu sein, hat eigentlich nur die Sache in ihr wahres Licht gestellt. Das Zusammenkrachen des ganzen Staatsgebäudes ist das Urtheil des Weltgerichtes, und Mancher, der sich auf Kosten Anderer unschuldig stellen möchte, wird doch von diesem Spruch getroffen werden; zu seiner Zeit wird die Geschichte ihr Recht behaupten.

Ich kenne die Schultern nicht, welche, jenen des Atlas ähnlich, den österreichischen Staatskörper hätten tragen können, ich kenne den Mann nicht, welcher sich angemaßt hätte, es zu wollen. Viele Hände waren berufen, diesen Körper zu heben und hoch zu halten; an der Uneinigkeit mehr als an der Schwäche dieser Hände fiel er zu Boden. Er wurde vom Falle beschädigt; seine innere Festigkeit bewahrte ihn vor der Zertrümmerung.

Alte nicht mehr in einander greifende Regierungsformen hatten die Zersplitterung verursacht: Es wurde an mehreren Orten zugleich und ohne Einklang regiert; man verlangte nach Vorlagen, da wo man als leitende Willenskraft die Initiative hätte ergreifen sollen. Höchste Noth oder Zufall brachte manchmal jene Substrate nach oben, oft waren sie auf dem Weg mit giftigen Substanzen gemischt worden, oft lagen sie verworren, principienlos neben einander, und sie wurden ohne Absonderung, wie sie vorlagen, fleißig verarbeitet, hinab- und hinaufgeleitet. Die Stunden der darauf verwendeten Arbeit, die Jahre der hinausgezogenen Berathung, beruhigten als Bewußtsein der Pflichterfüllung das Gewissen, und diese innere Ruhe galt für die allgemeine.

Auch kannte man nicht die erhaltenden und fördernden Kräfte Österreichs, sie lagen wie latent in seinem Innern verborgen; erst die Erschütterung des Falles weckte sie wieder. Eine kräftige Hand kam und überschrieb das Viribus ignotis der vormärzlichen Zeit mit dem hochstrahlenden Viribus unitis der neueren. — —

Ich war im Jahre 1840 zum Staats- und Konferenz-Minister ernannt und so gestellt worden, daß ich im Falle des Abtretens des Herrn Fürsten von Metternich die Leitung der auswärtigen Angelegenheiten zu übernehmen hatte. Dieser Umstand dürfte erklären, warum Se. Majestät laut allerhöchsten Kabinetschreibens vom 18. März sich bewogen fand, mich der kaum übertragenen Stelle des Hofkriegsraths-Präsidenten zu entheben und zum Minister der auswärtigen Angelegenheiten wie auch Ihres Kaiserhauses zu ernennen. Am 20. habe ich die Leitung der k. k. geheimen Haus- Hof- und Staatskanzlei übernommen und am 4. Mai habe ich dieselbe in die Hände Sr. Majestät niedergelegt; meine Amtsführung hat daher nur die kurze Dauer von 45 Tagen gehabt. Doch drängte sich in diese kurze Zeit das Inhaltschwerste zusammen.

Jeder Tag brachte die Nachricht eines neuen Ausbruches der Revolution. In Berlin Empörung, in Frankfurt die eigenmächtige, willkürliche Bildung des sogenannten Vorparlaments; in Deutschland überhaupt allgemeine Aufregung.

Der Verrath von Venedig, gleich darauf die Empörung Mailands und der übrigen lombardischen Städte, deren Beispielen bald die venetianischen folgten; der treulose Einfall der Piemontesen; ganz Italien gegen uns erhoben!

Seit dem 24. Februar war Frankreich eine unberechenbare Größe geworden; das Schlimmste war von da zu besorgen, auf keinen Fall Hilfe zu erwarten.

Wien eng verbrüdert mit der deutschen Bewegung.

Alle Tage strömten Deputationen aus Böhmen, Galizien und Kroatien herbei; alle suchten die Verlegenheit der Regierung zum Vortheil der Provinzial-Unabhängigkeit auszubeuten.

Endlich vermehrte jede neue Verlegenheit die Zudringlichkeit der Ungarn, die beflissen waren, aus den verworrenen Vorrechten, Gerechtsamen und Gesetzen des Königreiches neue Waffen zu schmieden, um auf einem scheinbar gesetzlichen Weg zunächst Unabhängigkeit und endlich gänzliche Trennung zu erzielen.

Dabei die Nothwendigkeit eine Armee in Italien aufzustellen, kräftig genug, das bereits Verlorene wieder zu erobern und dessen Besitz sicher zu stellen.

Im Volke selbst wenig Symptome des lebendigen Strebens nach Erhaltung und Einheit des Reichs. Vielmehr wurde dessen Zertrümmerung von Vielen gewünscht, weil sie glaubten, nur hierdurch die errungene, noch nicht fest begründete Freiheit behaupten zu können. — Die bevorstehende Vernichtung des Staates wurde durch die Presse mit Kälte besprochen und als unvermeidlich dargestellt.

So stand Österreich, als ich das Ministerium zu übernehmen hatte. Woher kann uns für die auswärtige Lage Hilfe kommen? Dieß war die erste Frage, die ich mir zu stellen hatte. Aus Rußland? die Gefahr war zu nahe, die Hilfe zu entfernt, und übrigens der öffentlichen Meinung, seit langer Zeit

sorgfältig bearbeitet, dieser Gedanke so entfremdet, daß er damals in keinem Falle ergriffen werden konnte.

England blieb daher die einzige Macht, welche, nicht betroffen von der allgemeinen Erschütterung des Kontinents, die Freiheit ihrer Beschlüsse gerettet hatte, es konnte nach der Überzeugung handeln, die man ihm einzuflößen im Stande war. Sein Benehmen gegen Österreich in der letzten Zeit war, um das mildeste zu sagen, zweideutig gewesen; aber man durfte hoffen, daß das veränderte Regierungssystem und die dem alten Bundesgenossen drohenden Gefahren dort nicht ohne Eindruck geblieben waren. Am meisten konnte England in Italien helfen. Wir hatten zwar die piemontesische Armee aus unserem Gebiete zu vertreiben; aber die Vermittlung Englands konnte dann helfen den Frieden herzustellen. Das englische Kabinet hatte, durch seine bekannte Depesche an den Gesandten S. Abercromby in Turin, den König auf die Gefahr eines Krieges gegen Österreich aufmerksam gemacht. Der Krieg war dessen ungeachtet auf die treuloseste Art mit Verletzung aller Formen des öffentlichen Rechtes begonnen worden; es war uns aber bis zum 4. April keine weitere Äußerung des englischen Kabinetes bekannt geworden. Wir hatten das Recht es aufzufordern, sich über die Folgen auszusprechen, die es seiner ersten Erklärung in Turin zu geben gedenke.

In diesem Sinne habe ich am 4. April 1848 eine Depesche an den k. k. Botschafter Grafen von Dietrichstein in London gerichtet. Es war dieß die erste Mittheilung, die von mir an das englische Kabinet gemacht wurde, und bei dem Umschwung aller Dinge, der seit den letzten Korrespondenzen in Wien statt

gefunden hatte, mußte sie wie ein politisches Glaubensbekenntniß lauten. Ich hatte den Grund und Boden zu bezeichnen, auf welchem der neue Staat sich aufbauen wolle. Ich bin in die Lage versetzt worden, diese Depesche hier ihrem ganzen Inhalte nach folgen zu lassen. Obgleich dem englischen Parlament vollständig vorgelegt, und in der Reihe diplomatischer Aktenstücke, die sich auf die Verhandlungen Englands in den italienischen Angelegenheiten beziehen, abgedruckt, wurden sie doch nur Auszugsweise von den Zeitungsblättern veröffentlicht, und namentlich ist gerade der Eingang weggelassen worden, in welchem unsere Lage in Italien so bestimmt besprochen wird.

Depesche an den Herrn Grafen Dietrichstein zu London.

(Übersetzung.)

Wien, am 5. April 1849.

„In anderen Verhältnissen, als diejenigen sind, in welchen wir uns befinden, würde ich mir eine Pflicht daraus gemacht haben, Ihnen, Herr Bothschafter, ohne Verzug auf die interessanten Berichte zu antworten, welche Eure Excellenz durch Ihre Expedition vom 13. März dem Kaiserlichen Kabinete unterbreitet haben, und es würde für uns von der höchsten Wichtigkeit gewesen sein, die Ereignisse, welche sich im Monate März in Italien gefolgt sind, von dem Gesichtspunkte der Rechte und Interessen des österreichischen Reiches ausgehend, zur Kenntniß ihrer Großbrittanischen Majestät zu bringen. Es war uns indessen unmöglich, der wichtigen Pflicht gegen uns selbst, welche wir zu erfüllen hatten, Genüge zu

leisten, denn es ist eine solche Pflicht, offen zu einem befreundeten und alliirten Hofe zu sprechen. Es würde uns leicht gewesen sein, uns über die Schwierigkeiten unserer Lage in Italien gegen Sie auszusprechen, denn, obgleich groß, sind sie doch klarer positiver Natur; wir haben für uns Verträge, Rechte, legitime Interessen ersten Ranges, und gegen uns eine moralische Revolte, die wir auf dem Wege der Verständigung zu beschwichtigen suchten, als diese Revolte zu einer Rebellion mit bewaffneter Hand wurde. Ganz Italien hetzte seit langer Zeit unsere Provinzen zum Aufstande auf, die zwei Herde der lebhaftesten Agitation waren Genua und Turin; wenige Tage nach dem Ausbruche dieses Aufstandes versprach der König von Sardinien feierlich, den Insurgenten zu Hilfe zu kommen, und die piemontesische Armee kam, dieses Versprechen in Erfüllung zu bringen."

„Der ganze Inhalt Ihrer Depesche, wodurch Sie uns Rechenschaft über Ihre letzten Unterredungen mit Lord Palmerston ablegten, so wie die Haltung der Depesche, welche der erste Staatssekretär unter dem 13. März an den englischen Gesandten in Turin gerichtet hatte, gaben uns Beweggründe, um uns an das englische Kabinet zu wenden und es zu fragen, welche Folge es der Erklärung geben zu müssen glaube, die der englische Gesandte, Herr Abercromby, so eben Auftrag erhalten hatte, dem sardinischen Hofe zu machen; wir mußten sehr wichtige Gründe haben, um dieß nicht auf der Stelle zu thun. Diese Gründe wollen wir Ihnen jetzt sagen, indem wir Sie bitten, Herr Botschafter, sie zur Kenntniß des ersten Staatssekretärs zu bringen."

„Wir glauben nicht nöthig zu haben, Ihnen die Ursachen darzulegen, welche die Veränderung des politischen Systems Österreichs herbeigeführt und unser Reich auf eine andere Grundlage gestellt haben. Es genügt diese Veränderung als eine Thatsache zu nehmen. Die Leichtigkeit, womit sie in Erfüllung ging, beweist, daß sie gleich sehr ein Produkt der Zeit als der Menschen war; sie beweist vor Allem — und ich setze dieß, als das Wichtigste für unsere Zukunft, vor Alles Übrige — daß die Kaiserliche Familie die Reife des Ereignisses zu begreifen gewußt hat. Alte Überzeugungen sind eine lebende Überlieferung im Schooße des Hauses Habsburg. Unter dem Beistand seiner erhabenen und langwierigen historischen Erziehung, hatte es mehrere Jahrhunderte hindurch die Wahlkrone des deutschen Reiches getragen, als ob sie eine erbliche gewesen wäre. Es geschah in Folge derselben Überzeugungen, daß man das Kaiserhaus in allen seinen Erbländern Alles bewahren sah, was an Gesetzen und Gewohnheiten ihrer Nationalität eigenthümlich war.“

„Die gegenwärtige Veränderung ist daher nichts als die Rückkehr zu alten Grundsätzen, deren natürliche Bewegung durch ein Princip der administrativen Centralisation, das sich mehr oder minder allen Regierungen Europas aufgedrungen hatte, paralysirt worden war. Wenn aber der Entschluß, das System zu verändern, um so leichter zu ergreifen war, da diese Veränderung sich an alte Erinnerungen anknüpft; so ist doch nicht eben so leicht eine gewaltig organisirte Verwaltung umzuschaffen. Die allgemeine Bewegung, welche Europa ergreift, hat alle Heftigkeit eines Zustandes der Revolution, deren erstes

Bedürfniß es ist, das Maß der Zeit zu durchbrechen, und die Schwierigkeit, Alles schnell zu machen, noch zu derjenigen hinzuzufügen, welche bei jeder Sache besteht, Alles gut zu machen."

„Hier haben Sie in wenig Worten die ganze Darstellung unserer Lage, welche ganz geeignet war, alle unsere Sorgfalt für sich in Anspruch zu nehmen — wo nicht alle unsere Kräfte. Man mußte das oberste Räderwerk der Administration von dem Boden hinwegnehmen, worauf die neue Ordnung der Dinge begründet werden soll. Das ist es, was so eben geschehen ist. Nicht früher als von diesem Augenblicke an konnte ich im Stande sein, mich mit einem fremden Kabinete über unsere politischen Interessen zu besprechen, und es ist das englische Kabinet, an das ich meine ersten Worte richte."

„Seit ich berufen worden bin, das Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten zu übernehmen, hatte ich zwei Unterredungen mit Lord Ponsonby; er wird hierüber dem ersten Staatssekretär Bericht erstattet haben."

„Lord Ponsonby ist ein zu erleuchteter Mann, um nicht alle Schwierigkeiten unserer inneren Lage zu sehen; er ist gleichzeitig zu aufrichtig, um nicht hierüber sich mit mir unterhalten zu haben. Ich habe ihm gesagt, daß die inneren Angelegenheiten unsere Sache wären, daß wir uns aus unseren Verlegenheiten ziehen würden, wie wir könnten, daß es aber der Regierung Ihrer Großbrittanischen Majestät — wenn sie anders noch an dem Principe der Allianz hielte, welches so lange zur Grundlage der Beziehungen unserer beiden Regierungen gedient — möglich sein würde, auf politischem Wege unserer Lage zu

Hilfe zu kommen, da die allgemeine Bewegung, die sich der ganzen italienischen Halbinsel bemächtigt, auch unsere Provinzen mit fortgerissen habe, und der Krieg, welchen wir dort unterhalten müßten, auf unser Inneres zurückwirkend, uns große Verlegenheiten bereite."

„„Das ist der Punkt in Ihren Angelegenheiten, der uns am meisten beschäftigt," sagte Lord Ponsonby, „da Italien Gelegenheit zu einem allgemeinen Krieg geben könnte. Die Regierung der französischen Republik wird des Krieges bedürfen, um sich zu erhalten; wir wünschen, daß Sie ihr in Italien keine Gelegenheit dazu geben möchten.""

„Dieses Thema wurde zwischen uns in den zwei Unterredungen verhandelt, welche ich mit dem Botschafter hatte; da die Ereignisse mittlerweile sehr rasch vorwärts gegangen sind, wäre es unnütz, sie aufzuzeichnen, ich werde daher nur bei den Resultaten verweilen. Lord Ponsonby war unruhig darüber, daß im Falle uns der Krieg auf piemontesisches Gebiet führen sollte, Frankreich interveniren würde. Ich sagte ihm daher, daß die allgemeine Erhebung des lombardisch-venetianischen Königreiches unsere Lage verändert habe, daß die Piemontesen so eben die Lombardie überzogen hätten, daß, wenn es uns gelänge, sie auf ihr Gebiet zurückzuwerfen, wir, sei es mit der Unterwerfung, sei es mit der Wiederherstellung der Ruhe, so beschäftigt sein würden, daß ich die Gewißheit geben könnte, wir würden unsere Erfolge nicht über unser Gebiet hinaustreiben."

„„Übrigens Mylord," fügte ich hinzu, „ist das Schicksal von Italien in den Händen Englands. Sie sind heute die einzige Macht, welche dort Einfluß hat; er ist um so größer,

da er der einzige ist. Der Umsturz der Regierung Louis Philipps und die Begründung einer Republik in Frankreich hat ein wahres Entsetzen hervorgebracht; man fürchtet die Hilfeleistung von dort her eben so als man die Feindseligkeit fürchten würde. Aber indem ich Ihre Macht anerkenne, worüber Sie gewiß kein Recht haben sich zu beklagen, erlauben Sie mir zugleich auf Sie die Verantwortlichkeit für die Ereignisse zu übertragen, wenigstens in Beziehung auf das was uns betrifft.""

„Wir haben in der That das Recht hierüber an England zu appelliren. Sie werden, Herr Graf, in der folgenden Depesche die kurze Darstellung des Krieges finden, den Piemont gegen uns führt. Mit einer gewissen Unruhe beauftrage ich Sie, S. H. den ersten Staatssekretär zu fragen, wie weit die Auslegung gehe, welche er in seiner Depesche vom 23. März an Herrn Abercromby geben zu müssen glaubt; sie ist in einer anderen Ideenordnung geschrieben als jene eines Krieges, den Piemont gegen Österreich führe, und doch hängt von dieser Auslegung die mehrere oder mindere Wichtigkeit, ja ich möchte weiter gehen und sagen Möglichkeit ab, unseren italienischen Provinzen den Frieden wieder zu geben."

„Es gibt zuweilen Ereignisse, welche aus dem Hintergrunde eines feindseligen Verhängnisses hervorzugehen scheinen. Die Erhebung des lombardisch-venetianischen Königreichs hat in demselben Augenblicke stattgefunden, als der Kaiser Ferdinand eben den so zu sagen freiwilligen Entschluß gefaßt hatte, seinen Völkern Alles zu bewilligen, was ihm als ein allgemeiner Wunsch erwiesen wurde, so daß die italienischen Bevölkerungen, welche in dem kaiserlichen Patente sogar mehr ge-

funden haben würden, als sie verlangt hatten, keine Kenntniß davon haben konnten; denn das Geräusch der Waffen verhinderte sie das Wort Ihres Souveräns zu hören."

„Die Position, welche so die österreichische Armee zwischen dem lombardischen und venetianischen Gebiete eingenommen, wird einen Stillstand herbeiführen, der für das Werk der Pacifikation benützt werden soll. Ein kaiserlicher Kommissär ist so eben nach Italien abgereist; er ist mit den nöthigen Vollmachten versehen, um auf den breitesten Grundlagen, welche eine natürliche und beabsichtigte Folge des politischen Systems sind, das Österreich so eben angenommen, und welches seiner politischen Zusammensetzung angemessener ist, eine Verständigung zu unterhandeln. Wir glauben daher, daß die Regierung Ihrer Großbrittanischen Majestät in der Gesammtheit dieser Betrachtungen hinreichende Beweggründe finden werde, um sich zu überzeugen, daß eine Unterstützung der Position des österreichischen Hofes innerhalb der Grenzen seiner italienischen Besitzungen eben so im Interesse Englands wie Österreichs liege; das Zusammenstimmen dieser Interessen würde eine Bürgschaft für die Aufrechthaltung des allgemeinen Friedens, dessen Grundlagen jetzt so stark erschüttert sind, wiederherstellen."

„Haben Sie die Güte, Herr Botschafter, dem Lord Palmerston diese Depesche lesen zu lassen, ihm eine Abschrift davon zu behändigen, und uns über die Entschließungen zu unterrichten, welche die Regierung Ihrer Großbrittanischen Majestät fassen wird."

Empfangen 2c.

Graf Ficquelmont.

Das Wiener Kabinet hatte sich zum Zweck zu setzen:

1. Die Wiedereroberung der Lombardie;

2. Die Herstellung des Friedens mit Piemont;

3. Als Grundlage desselben die Behauptung unseres Rechtes, wie es durch die Verträge festgesetzt war;

4. Als den Weg, den Frieden zu Stande zu bringen, die Vermittlung Englands.

Die obige Depesche und die gleichzeitig an den Herrn Grafen Dietrichstein gegebene Instruktion war in dem Geiste dieser Punktation geschrieben.

Die Sendung des Herrn Grafen Hartig als bevollmächtigten kaiserlichen Kommissärs an die Bevölkerungen des lombardisch-venetianischen Königreiches, feierlich durch Proklamationen verkündet, wurde dem englischen Kabinet bekannt gemacht. Der Weg der Versöhnung wurde durch die Milde der Kapitulation eröffnet, welche der General Graf Nugent der Stadt Udine gewährte. Die neue politische Gestaltung Österreichs gab der Regierung die Möglichkeit, Mittel zu finden, die Unterwerfung durch Berücksichtigung der billigen Wünsche des Landes zu erleichtern.

In diesem Sinne waren meine letzten Worte nach London geschrieben. Was später geschah, gehört mir nicht mehr an. Unter den bereits erwähnten in London veröffentlichten Aktenstücken erscheint auch der kurze Auszug eines Schreibens des englischen Botschafters in Wien, Lord Ponsonby an Lord Palmerston vom 12. Mai, in welchem dieser Botschafter Rechenschaft von einer Unterredung gibt, die er mit mir hatte. Es kommt in diesem Auszug folgende Stelle vor:

„Österreich ist geneigt alles aufzugeben, mit Ausnahme „derjenigen Theile des venetianischen Gebietes, welche zur „Vertheidigung Tyrols und zur freien Verbindung zwischen „Wien und Triest erforderlich sind. Was Österreich in Ver„legenheit setzt, ist der Umstand, daß es nicht recht weiß, mit „wem es auf diese Grundlagen hin Unterhandlungen anknüpfen „könnte, und es wünscht, die Regierung Ihrer Majestät möchte „ihm diesen Theil seiner Aufgabe erleichtern und ihm ihre guten „Dienste anbieten."

Wer diese Worte, die mir in den Mund gelegt werden, in Verbindung brächte mit den Noten, die Herr von Hummlauer in London an Lord Palmerston schrieb, müßte glauben, ich hätte nach meinem Rücktritt aus dem Ministerium einen solchen Einfluß auf die Sendung des Herrn von Hummlauer genommen, daß die von ihm geschriebenen Noten ganz nach meinem Sinn verfaßt worden wären. Ich bin daher veranlaßt, wegen der Wichtigkeit des Gegenstandes einige Aufklärungen zu geben, die denselben in sein wahres Licht stellen werden.

Gleich vom Anfang meiner Verhandlungen mit Lord Ponsonby äußerte er die Besorgniß, „daß unser Krieg mit Pie„mont der Anlaß zu einem allgemeinen Kriege werden könnte, „weil die französische Republik eines Krieges bedürfe, um sich „zu halten; England wünsche, daß wir ihr in Italien nicht „den Vorwand hiezu leihen."

Man hat aus meiner Depesche an den Herrn Grafen Dietrichstein vom 4. April 1848 gesehen, wie ich diese Besorgniß zu beschwichtigen gesucht hatte. Es war mir offenbar geworden, daß England nicht so sehr die Beilegung unseres

Streites wolle, als vielmehr jeden Anlaß, es sei auch auf unsere Kosten, entfernen möchte, durch den es gegen seinen Willen in den Krieg hätte gezogen werden können.

Vier Wochen später, als unsere Armee an der Etsch verstärkt worden, und das am Isonzo formirte Reserve-Corps in seiner Vorrückung auf keinen Widerstand von Seiten der Landeseinwohner gestoßen war, konnte man schon mit Gewißheit absehen, daß der F. M. Radetzky bald eine kräftige Offensive ergreifen würde. Dieses stellte einen verlängerten Krieg in Aussicht, denn auch die Kräfte unserer Feinde hatten sich vermehrt und enge an Piemont angeschlossen. Diese Verhältnisse erweckten neue Besorgnisse in London; man schien für möglich zu halten, daß in diesem Falle Frankreich doch endlich mit bewaffneter Hand zum Schutze Italiens auftreten würde. „Was werden Sie dann machen?" frug mich Lord Ponsonby bei Gelegenheit des Abschiedsbesuches, den ich ihm vor meiner Abreise von Wien abstattete:

„Ich habe, Mylord, Ihnen keine Antwort darüber zu geben," erwiederte ich, „weil ich nicht mehr im Amte bin. Wenn „Sie jedoch Worte hören wollen, die keine offizielle Geltung „mehr haben, bin ich bereit Ihnen meine Ansichten mitzutheilen. „Wir sind nicht in der Verfassung uns in einen Kampf mit „Frankreich einzulassen. Wenn eine französische Armee in Italien „einrückte, würden wir wahrscheinlich um so weniger uns ihr „entgegen stellen, als wir in Italien Fürsten und Völker ge„gen uns haben; wir würden uns daher zurückziehen, und wäre „es bis an unsere deutsche Grenze."

„An Ihrer Regierung, Mylord, wäre es dann zu sehen, „was England dabei zu sagen und zu thun haben würde.“

„Darum glaube ich, erwiederte Lord Ponsonby, daß Sie trachten sollten, sich ehemöglichst mit Piemont friedlich abzufinden.“ Ich sagte hierauf, daß die Sendung des Herrn von Hummlauer von mir ausgegangen wäre, und daß sie eine Friedensbotschaft sei, die wir nach London richten, weil wir mit Piemont keine andere Sprache, als jene des Krieges führen könnten, zu welchem es durch seinen Einfall in die Lombardie uns gezwungen hatte.

„Nun, sagte Lord Ponsonby, wenn Ihr Agent ein Friedensbote sein soll, was werden seine Anträge sein?“

Darauf antwortete ich:

„Sie wissen, Mylord, daß ich besonders in Berücksichti„gung unserer inneren Zustände immer von der Nothwendig„keit durchdrungen war, den Frieden in Italien so bald wie „möglich herzustellen. Sie haben denselben Wunsch, weil Sie „besorgen, daß die Fortsetzung unseres Kampfes einen allge„meinen Krieg herbeiführen könnte, darum habe ich unsere „Friedensbotschaft an Ihre Regierung gerichtet. Ich habe „Sie schon aufmerksam gemacht und ich wiederhole es hier, „daß die neue politische Gestaltung Österreichs uns den Weg „erleichtert, einen solchen Vergleich mit der politischen Bewe„gung Italiens abzuschließen, der nicht nur die Herstellung „des Friedens mit unseren äußeren Feinden ermöglichen, son„dern auch unsere Provinzen beruhigen und zufrieden stel„len dürfte.“

Ohne hier weiter in ein Gespräch einzugehen, welches keine offizielle Geltung mehr haben konnte, wird meine Ansicht über diese Frage sicherer und fester bezeichnet durch die Depesche, die ich am 3. Mai an den Herrn Grafen von Dietrichstein geschrieben habe, und die am 4., dem Tage meines Austrittes aus dem Ministerium, mit Kourier nach London befördert wurde:

Depesche an den Herrn Grafen von Dietrichstein zu London.

(Übersetzung.)

Wien, den 3. Mai 1848.

„Ich habe durch Gelegenheit eines englischen Kouriers die Depesche erhalten, welche E. E. mir die Ehre erzeigt haben, an mich zu richten. Das Billet, welches Ihnen der erste Staatssekretär als Antwort auf dasjenige, welches Sie an ihn gerichtet haben, geschrieben hat, trägt ein Gepräge des Wohlwollens für unsere Interessen, wofür ich Sie bitte, dem Lord Palmerston zu danken. Die Wichtigkeit der Erklärung, welche der Minister Ihrer Großbrittanischen Majestät am sardinischen Hofe beauftragt ist, dem Chef dieses Kabinets zu machen, kann indessen nur nach der Folge abgemessen werden, welche ihr von Seiten des englischen Ministeriums gegeben werden wird. Wir machen uns keine Illusion über die Schwierigkeiten der Lage; sie sind groß für Jedermann, sowohl für die Zuschauer, wie für die handelnden Personen bei diesem großen Spiel. Unsere Rolle ist vielleicht die einfachste von allen, obgleich sie die gefährlichste ist, denn wir wissen wenigstens was wir wollen, wir sind einig mit uns selbst; dieß

ist nicht der Fall bei unsern Gegnern. Alle Fürsten, keinen ausgenommen, beklagen den Kampf, in den sie sich mit uns eingelassen; sie bedauern zwar nicht die alten Verhältnisse der Allianz und des guten Einvernehmens mit dem österreichischen Hofe, allein sie sehen, daß der Kreuzzug, dem sie sich angeschlossen haben, die militärischen Mittel, deren sie sich gerne bedient hätten, um im eigenen Lande ihr Ansehen zu wahren, ihrer Verfügung entzieht; sie sind der Macht beraubt Frieden zu machen, selbst wenn sie dazu den Willen hätten. Die von England an das Kabinet zu Turin gerichteten Worte werden daher nicht mächtig genug sein, um den König Karl Albert dahin zu bringen, eine andere als kriegerische Stellung einzunehmen. Eben so verhält es sich mit dem Hofe von Rom und den Römern, und es ist nicht anders mit dem König von Neapel und den Neapolitanern; man hat ihm einen Theil seiner Armee für den Krieg in der Lombardie genommen, um desto leichter Herr über seine Person in Neapel zu bleiben; es sind die Völker, welche den Krieg wollen."

„In dieser Lage müssen wir uns daher an unsere Unterthanen im lombardisch-venetianischen Königreiche, und zwar an sie allein wenden, um die Mittel zur Wiederherstellung des Friedens zu suchen. Ihre zahlreichen Alliirten werden um so schwerer auf dem Land lasten, als die unregelmäßigen Truppen weniger Dienste leisten und theurer zu unterhalten sind, als die einer gut organisirten Armee. Die Verlängerung des Krieges wird der Lombardie viel kosten und damit endigen, sie mit der Hilfe einer französischen Armee zu bedrohen. Diese

sehr schwierigen Umstände, worin sich das lombardisch-venetianische Königreich befindet, lassen uns hoffen, daß unsere Friedensworte gehört werden dürften."

„Wir wollen einen Frieden schließen, der dauern soll; das heißt mit einem Worte sagen, daß wir ihm die wahren Interessen des Landes zur Grundlage geben wollen. Wir werden in dem Wortlaute der von dem Kaiser Ferdinand seinen Völkern geschenkten Konstitution die Mittel finden, uns mit ihnen abzufinden. Die Frage ist völlig frei und unabhängig für beide Theile, denn das lombardisch-venetianische Königreich ist aus dem kaiserlichen Konstitutionspatente ausgeschlossen worden."

„Die Reiche können heut zu Tage mehr Kraft und Reichthum in einem gut geregelten Zusammenhalten mit ihren Nachbarn finden, als in einem zu streng abgeschlossenen Souveränitätsrechte. Das ist das Princip, welches den Unterhandlungen zur Basis dienen wird, welche der Graf von Hartig zu eröffnen beauftragt ist."

Graf Ficquelmont.

Um sich einen richtigen Begriff der Lage der Dinge in Italien zu machen und die sich durchkreuzende Bewegung der verschiedenen Parteien richtig abzuschätzen, und um die Berechnungen zu erkennen, welche am geeignetsten waren, zwischen dem alten und dem neu sich gestaltenden Zustande des Landes den Frieden zu vermitteln, darf die Erwägung sich nicht an der Oberfläche halten.

Das Übel liegt tiefer und hat eine breitere Grundlage als Italien selbst. Es handelt sich um Höheres als um diplo-

matische Verhandlung, von denen ich überhaupt keine Erwähnung gemacht haben würde, wenn nicht eine ungewöhnliche Verlautbarung stattgefunden hätte, die nach Verdienst zu würdigen ich Anderen überlassen muß.

Die beständige Berührung der Italiener mit den zahlreichen Fremden, welche ihr schönes Land besuchen, haben ihnen viele der neuen politischen Theorien eingeimpft; am schädlichsten hat dieser Einfluß auf die beiden Städte gewirkt, wo die größere Zahl der Fremden und durch längere Zeit sich aufhält, — auf Florenz und Rom; die letztverflossenen Jahre haben nur zu sehr die dadurch herbeigeführte Gesinnungslosigkeit dieser beiden Städte gezeigt.

Die wiederholt unterdrückten Umwälzungsversuche haben die Verbannung zahlreicher und mitunter bedeutender Männer zur Folge gehabt. Diese fuor usciti verbrüderten sich im Auslande mit den ihnen verwandten Parteien anderer Länder. Italien wurde dadurch in den Kreis der weit verzweigten Verschwörungen gezogen, die allgemein und gleichzeitig im Jahre 1848 zum Ausbruche kamen. Revolutionäre Bewegungen in den Staaten 2. und 3. Ranges sterben als vorübergehende wirkungslose Empörungen dahin, so lang sie nicht auf die Unterstützung der gleichartigen Parteien in einem mächtigeren Staate rechnen können; sie kommen kaum zum Entstehen, wenn sie nicht von diesen aus angezettelt und angefacht werden.

Italien strebte ferner nach Unabhängigkeit. Dieses Streben wird dessen Völker noch lang in Bewegung erhalten. Frankreich begünstigte die Bewegung, weil die Unabhängigkeit das

Haus Österreich aus Italien vertreiben sollte. Das ist seine alte Politik, und sie liegt allerdings in seinen Interessen; denn es gibt in der Politik der Völker eben so wenig einen einflußleeren Raum als in der Natur einen luftleeren; wo eine Potenz verdrängt wird, da findet die andere um so leichter Platz. Aber Sache Italiens wird es sein, genau zu berechnen, ob es nach der Vertreibung Österreichs mächtig genug sein würde, den französischen Einfluß in dem Maaß abzuwehren, daß er nicht auf einem anderen schädlicheren Wege die Unabhängigkeit mehr gefährde, als es durch den gemeinschaftlichen Besitzstand einer zwar auswärtigen Macht geschehen kann, die jedoch durch diesen Besitz auch Italien angehört, und daher gleiche Interessen mit ihm zu beschützen hat.

England begünstigte jene Unabhängigkeitsbestrebungen, weil sie dem Parteikampfe und durch diesen der Einmischung Englands freien Spielraum eröffneten. Wer die gegenseitige Eifersucht und den Haß der Staaten und Municipien Italiens gegen einander kennt, der wird leicht einsehen, welche Rolle England sich zugedacht hatte. Seit dem Jahre 1812, wo die sogenannte Konstitution Bentink das alte sicilianische Parlament verdrängte, hat England nie aufgehört, sich zwischen Neapel und Sicilien zu stellen. Lord Bentink diktirte seine Verfassung in Palermo an der Spitze einer englischen Armee. Ohne zu untersuchen, ob die achthundertjährige unverändert gebliebene parlamentarische Verfassung Siciliens durch den englischen General wirklich verbessert worden ist, kömmt jener Ursprung dieser Verfassung um so mehr in Betracht zu ziehen, als von diesem Zeitpunkt an die diplo-

matische Feder und mit ihr das gewichtige Schwert Englands nie mehr von jenen unglücklichen Ländern gewichen ist.

Das englische Kabinet beschuldigte das österreichische, sich überall, wo es nur konnte, hartnäckig der Einführung freier Verfassungen entgegengesetzt zu haben. Man sieht daher, wie England und Frankreich Gründe hatten, sich in dem Wunsche zu vereinigen, daß die Macht Österreichs in Italien sich nicht länger halten möge, daß beide Mächte daher alles, was die allgemeine Erhebung Italiens gegen Österreich unterstützte, ruhig gebahren ließen.

Um den Italienern zu dem Unternehmen Muth zu machen, wurde seit vielen Jahren die Macht Österreichs als eine hinsterbende geschildert. — Um ein Werkzeug der Zerstörung zu erlangen, wurde das Princip der Nationalität als die einzige gerechte Grundlage der Staaten verkündigt; in Folge dieses Principes sollte das österreichische Reich in Trümmer zerfallen. In diesem Sinne wurde unaufhörlich die öffentliche Meinung auf dem Wege der Literatur, der Politik, auf jenem eines neuen Völkerrechts thätig in allen Sprachen bearbeitet. Anstatt neue Empörungen gegen die bestehenden italienischen Regierungen, welche sich als unzureichend zu dem Zwecke gezeigt hatten, hervorzurufen, versuchte man die Fürsten selbst für diese Ansicht zu gewinnen; man verhieß gewissen Sieg und reiche Beute, wenn nur der Kampf frisch gewagt werde.

Karl Albert wurde als Anführer bezeichnet. Trotz der allgemeinen Aufregung Italiens und dem europäischen Zuruf hätte das politisch kluge und vorsichtige Piemont nie gewagt, sich herausfordernd in den Kampf gegen Österreich einzulassen,

wenn ihm nicht geheime Zusicherungen gegeben worden wären. Vor der Hand sollten Aneiferung und Zustimmung genügen, binden wollte man sich nicht; das Ergebniß der Schilderhebung sollte entscheiden.

Lord Minto trat öffentlich zu Gunsten Italiens auf. Obgleich sein Benehmen in Turin zum Schein zurückhaltend war, verriethen doch später seine Äußerungen in dem übrigen Italien, was seine geheime Sprache in Piemont gewesen sein mochte.

Seine Worte wurden überall als Ausdruck des Kabinets genommen, dessen Mitglied er war. Er streute auch überall Zündstoff aus. Die schon lange her schwer geladene Mine ging los und der politische Tourist zog sich zurück. Als man sich später auf ihn berufen oder ihn anklagen wollte, sagte das englische Kabinet: er hätte in Italien eine Familien- und Erholungsreise als Privatmann gemacht. — Dem sei wie ihm wolle; Italien hatte seine Sache allein auszufechten, und die bethörten Italiener sagten den Franzosen: Italia farà da se!

Der Kampf endigte anders, als er in Aussicht gestellt worden war. Von einer Seite hatte man alle Kräfte Italiens, die moralischen, wie die materiellen, weit überschätzt; von der andern hatte sich Lord Palmerston über die österreichische Macht getäuscht; er hatte gleich vielen anderen die Schwäche der Politik für die Schwäche des Reiches genommen.

Übrigens läßt sich auch über jene Politik Manches sagen: In Österreich allein hätte man Ursache gehabt über sie Klage zu führen, da man als Angehöriger eines mächtigen Staatskörpers von 36

Millionen Menschen durch die große Nachgiebigkeit in dem vaterländischen Stolze mit Recht sich verletzt fühlte. Gegen außen aber gereichte jene nachgiebige Haltung zum Nutzen aller Staaten. Sie erleichterte alle Verhandlungen, denn sie beruhte auf die vorsichtige Berechnung aller Gefahren, welche aus der Spaltung der Meinung im europäischen Staatshaushalte entstehen könnten. Nichts desto weniger wurde jene milde, friedliebende Gesinnung verfolgt, als ob sie ein Verbrechen gegen die Menschheit wäre, da sie doch nur die faktische Neutralität der Regierungen in dem Kampfe der Meinungen bezweckte.

Der Lenker der österreichischen Politik wollte Frieden erhalten. Übergriffe geschahen von vielen Seiten und zwar solche, welche ehemals hartnäckige Kriege entzündet haben würden; aber jede Veranlassung zum Streit wurde von ihm, so gut als es ging, beigelegt. Ihm allein hat Europa den 33jährigen Frieden zu danken, der so wesentlich zu der großartigen Entwicklung der Industrie und des allgemeinen Wohlstandes beigetragen hat. Dieser Staatsmann war unausgesetzt emsig beflissen, jede Frage zu einem friedlichen Vergleich zu bringen, in der Besorgniß, daß die leidenschaftliche, von mehreren Seiten genährte Spaltung der verschiedenen Staatstheorien jeden politischen Streit leicht zu einem socialen allgemeinen Umwälzungskrieg umschlagen machen könnte. Er vermied, besonders in Italien, alles was die politische Eifersucht Frankreichs reizen könnte. Wäre es z. B. dem Wiener Kabinet schwer gewesen, einen Bund zwischen den in Italien regierenden Häusern zu bilden, Toscana, Modena und damals auch Parma? Wenn das österreichische Kabinet mit dem lombardisch-venetianischen

Königreich, unterstützt von dem Gewichte des mächtigen österreichischen Reiches, sich an die Spitze einer italienischen (nicht revolutionären, das widerstrebte seinem Begriffe des Rechtes) aber einer politischen Bewegung in dem Geist der gemeinschaftlichen Interessen Italiens hätte stellen wollen, wäre es ihm nicht leicht gewesen? Statt dessen verzichtete Österreich bei jeder Gelegenheit, und oft mit Zurücksetzung der eigenen Vortheile auf den Einfluß, den seine überwiegende Stellung ihm leicht gemacht hätte, um ehrgeizige Absichten bis auf den Schein zu vermeiden, und es kam niemals eine Frage von allgemeinem Interesse in Italien vor, ohne daß das Wiener Kabinet sich besonders mit den nächst betheiligten Mächten, Frankreich und England, darüber berathen hätte. Wenn auch zuweilen die Verschiedenheit der Staatsformen das Einverständniß erschwerte, kam es doch immer zu Stande. Diese Politik wurde dennoch eben da verhöhnt und in Verruf gebracht, wo sie eigentlich den größten Nutzen brachte, und sie wurde als ein lähmendes Element der sich Bahn brechenden Entwicklungskraft der Völker geschildert, indem man ihr die Absicht unterstellte, die angestrebte Stabilität des politischen Friedens auf alle Verhältnisse der Staaten ausdehnen zu wollen.

Was die Zeit zur Reife, oder wenigstens zu einem stehenden Resultate gebracht hatte, wurde von der österreichischen Politik als bestehend anerkannt, und friedliche internationale Beziehungen wurden zu gründen und zu erhalten gesucht. So in Griechenland, so in Belgien nach der gewaltsamen Losreißung von Holland, die eben von dem Lande, welches das vereinigte Königreich einige Jahre früher gestiftet hatte, begün-

stigt worden war, — so Frankreich nach dem Jahre 1830. Es wurde nirgends eine Regierung über die geänderten Staatsformen zur Rede gestellt. Wenn endlich wirklich, so wie man vorschützte, die Abneigung gegen das politische System Österreichs die Schuld an der üblen Stimmung des englischen Kabinets trug, so hätte man glauben sollen, daß die neue konstitutionelle Grundlage der Staatsformen des österreichischen Staates den politischen Gang, den England in Italien verfolgte, verändern würde. Allein es war nicht an dem; die gegen uns gerichtete Thätigkeit wurde durch diese so wesentliche und, wie es früher schien, gewünschte Änderung keineswegs herabgestimmt.

Die Einverleibung des ganzen lombardisch-venetianischen Königreiches, damals von Venedig allein abgelehnt, so wie jene der Herzogthümer Parma, Piacenza und Modena in den sardinischen Staatsverband war in Turin keinem Zweifel mehr unterworfen: sie wurde förmlich ausgesprochen und England — schwieg. Die Bewunderung, die man in Paris für die Schilderhebung Italiens an den Tag legte, die Aneiferung, welche dem Vorfechter der sogenannten Befreiung Italiens gegeben wurde, erschwerten für uns den Kampf; denn unsere Feinde wurden durch solche Äußerungen vermehrt und ermuthigt. Es war für Österreich in seiner neuen Gestaltung Lebensfrage geworden, zu wissen, was England durch die Fortsetzung seines zweideutigen Benehmens, welches nunmehr des früheren Grundes entbehrte, eigentlich bezwecke, und bis wohin es in seiner Feindseligkeit gegen uns zu gehen gedenke. In einer solchen Sachlage hatte ich geglaubt, einen diplomatischen Agenten in

außerordentlicher Sendung nach London schicken zu sollen. Es handelte sich darum, einen Schritt zu thun, der vom englischen Kabinet nicht verheimlicht werden konnte, und der einen sprechenden Beweis geben sollte, daß wir den Frieden wollten und bereit wären uns mit England zu vereinbaren, um überhaupt die Ruhe in Italien herzustellen. Nach meinem Plane stand dieser Schritt mit der Sendung des Herrn Grafen Hartig nach Italien im Zusammenhange.

Ich versprach mir allerdings nur geringen Erfolg. Ein Staat wie England, der in seinen Berechnungen die Welt umfaßt, kann wegen der tausendfältigen Verknüpfungen seines inneren Lebens den Hauptfaden, mittelst welchem diese Verknüpfungen statt finden, weder abschneiden noch schnell verändern; das einzige dabei Mögliche ist, diesen Faden mehr oder weniger scharf anzuziehen.

Das was das Wiener Kabinet so sorgfältig seit mehreren Jahren von den politischen Beziehungen der Staaten unter sich entfernen wollte, ist gerade das, was das englische Kabinet in der neuern Zeit als Haupttriebkraft seiner Politik angenommen hat. Es sucht Anhang und Einfluß durch die Aufregung der Völker, an deren Spitze es sich stellt, um sie auf der Bahn gewaltsam stürmischer Reformen vorwärts zu drängen. Ohne die möglichen tiefer liegenden Absichten dieses Systems ergründen und dessen Aufrichtigkeit prüfen zu wollen, will ich nur die Thatsache hinstellen, wie sie ist, als das Princip, das Europa erschüttert. Ich will bloß die Frage bezeichnen, um welche ich mich zu bekümmern hatte, weil ich der Meinung war, daß so lange dieser Zustand in der unbegrenzten

Rührigkeit, die man ihm gegeben hatte, dauern würde, man keine Hoffnung haben könnte, einen dauerhaften Frieden herzustellen.

Damals hatte diese Frage für mich ein unmittelbares dringendes Interesse. Es lag mir daran in Erfahrung zu bringen, was eigentlich der erste Staatssekretär Englands denke und in welchen Schranken er seine Thätigkeit in Italien halten wolle. Jetzt drückt mich diese Sorge nicht mehr; allein alles was der Zukunft angehört ist offene Frage, und als solche will ich sie hier in jener Kürze besprechen, die von einer Gelegenheits-Schrift unzertrennlich bleibt.

Man glaube nicht, daß mit der Aufhebung des Gegensatzes der Politik Österreichs und Englands, worauf ich eben aufmerksam gemacht habe, es gethan sei und die Völker beruhigt würden. Die Bewegung kömmt ja nicht von dem Widerstande, den einige Regierungen der Einführung neuer politischer Staatsformen haben entgegen setzen wollen; sie kömmt von den unbestimmten, oft unpassenden Beziehungen dieser Formen zu den wirklichen Zuständen. Auch werden viele der wesentlichen Begriffe oft unklar und sehr verschieden aufgefaßt. Ich kann deßhalb weder einem Volke, noch viel weniger einem Manne das Recht zuerkennen, als Gesetzgeber für Alle aufzutreten. Von wem und wie lautet der Ruf? woher die Vollmacht? Wo sind die Beweise der Fähigkeit? Welches Volk ist in den Kreisen der höheren Weltordnung vorgeschritten genug, um sich als vollendetes Muster aufzustellen?

Ich fühle mich daher beunruhigt und beängstigt, wenn ich die unausgesetzte Thätigkeit gewahre, mit welcher getrachtet wird, überall dieselben Regierungsformen einzuführen; als

ob alle Völker sich gleich, als ob ihre inneren und äußeren Verhältnisse nicht bis ins Unendliche mannigfaltig und verschieden wären.

Meine Besorgnisse kommen aber nicht allein von der Sache selbst, sondern noch mehr von dem Antheile, den England daran nimmt. Was wird damit beabsichtigt? — Ich begreife es nicht. Ich beobachte es mit Angst, wie jemand, der in der Nacht seinen Weg verloren hat und ihn mühsam wieder aufsucht. Ich kann bei jenem Staate einen solchen Grad der Selbstüberschätzung nicht annehmen, daß er meinen sollte, er sei der klügste, der gelehrteste, der tugendhafteste; er wolle nur darum vorangehen, um alle Völker zur Macht, zur Größe und zum Wohlstand zu führen. Ich kann mich daher des Argwohns nicht erwehren, es dürfte wohl diese Rolle eine Waffe sein, die gebraucht wird, um die Gegner aus dem Felde zu schlagen und einen größeren Einfluß auf die Weltangelegenheiten zu gewinnen. Es ist also ein politisches Spiel, zu dessen Betrieb alle Grundlagen der socialen Ordnung zu dienen haben. Es ist, mit einem Worte, socialistische Politik, gefährlicher noch für die Ruhe der Welt, als alle socialistische Lehren irregeleiteter Doktoren, welche ex professo der kollectiven Existenz der Menschheit eine neue Grundlage geben wollen; ich sage gefährlicher, weil eine Handlung gefährlicher ist als ein Traum.

Ich stelle nun die Frage: Ist keine Gefahr in einem solchen Spiel? — Bis jetzt galt die Politik für die Kunst, getrennte politische Körper zum friedfertigen Vergleich entgegengesetzter materieller Interessen zu vermögen. Wenn bei einer Sache von

Belang ein Vergleich, welcher beide Theile zufrieden gestellt haben würde, nicht zu Stande gebracht werden konnte, hatte zwar der Krieg den Streit zu entscheiden, diese Politik veränderte jedoch nichts um sich, als gerade das, was zur Veränderung reif war; sonst blieben alle moralischen Eigenthümlichkeiten, Staatsformen, Gesetzgebungen unberührt.

Mit einer solchen Politik konnten alle Staaten minderen Ranges, auch die kleinsten, ungefährdet zwischen den Großmächten bestehen. Ohne politische Unabhängigkeit, die nur mit der Macht vereint möglich ist, erhielten sich dennoch die kleinen Staaten selbstständig in allen übrigen Beziehungen, mit allen Eigenthümlichkeiten und mit jener feststehenden Begränzung, die sie als eigene Individualitäten bezeichnete.

Die Umtriebe, welche nun zur Durchführung jener socialistischen Politik gebraucht werden, schwächen aber die Fähigkeit der Staaten sich selbst zu beherrschen; es gehört keiner sich selbst mehr an. Die Völker, aufgerufen zum Streit, durch einander geworfen im Strudel der Bewegung, stürzen am ersten jene kleine Staaten, welche ohne innere Widerstandsfähigkeit einer allgemeinen politischen Bewegung Preis gegeben sind, und am gefährlichsten ist diese Bewegung für jene, welche mit dem Punkte der feierlichen Formen eines großen Staates regiert werden. Sie gleichen Zwergen, die auf Stelzen gehen; der mindeste Stoß, er komme von oben oder von unten, muß sie umwerfen.

Diese Ansicht vorausgeschickt, jene nemlich, daß in der Unordnung, die wir sehen, oder in der Ordnung, die man zu gründen beabsichtigt, kleine Staaten sich nicht erhalten können,

muß man nun sich selbst fragen, was von Seite Englands mit diesem politischen Spiel erzielt werden will, oder was gegen dessen Absicht die unausbleibliche Folge desselben sein wird.

Es ist Grundsatz der englischen Regierung (ich stimme dem Rechtsgefühl und der Staatsklugheit dieses Grundsatzes vollkommen bei), der freien Entwicklung der Völker kein Hinderniß in den Weg zu legen, deßhalb sich in die inneren streitigen Angelegenheiten der Staaten nicht zu mischen, Resultate abzuwarten, und am Ende das Geschehene anzuerkennen. Zu diesem System gehört aber auch, wenn es gerecht bleiben will, strenge Enthaltung von allen geheimen die Ereignisse vorbereitenden Einmischungen.

Alle Parteien in England, die Gegner Österreichs, wie die Anhänger der historischen Allianz mit diesem Reiche, schienen sich in der Ansicht vereinigt zu haben, daß unsere Regierung zu schwach geworden sei, um dem Ausbruch der Wiener Revolution zu widerstehen, daß alle Völker sich von dem Verband mit dem Reiche losreißen würden, daß daher dessen Zertrümmerung unvermeidlich geworden sei. Wir wurden von unseren alten Freunden zwar bedauert, aber der Gedanke uns zu helfen kam Niemanden in den Sinn. Die Hilfe lag auch in den Staatsmaximen Englands nicht, selbst mit dem besten Willen wäre sie auf keine Art möglich gewesen; unser Recht und unsere Hoffnung beschränkten sich auf seine Neutralität. Das englische Kabinet hat aber in Italien dem Resultate vorgegriffen; es hat jene Losreißung offenbar begünstigt, und ich fühle mich um so mehr berechtigt es zu sagen, als im Parlament selbst dem Kabinet der Vorwurf gemacht worden ist,

durch sein Verhalten in Italien den Krieg herbeigeführt und dadurch die Existenz der österreichischen Monarchie noch mehr gefährdet zu haben, als sie es schon war.

Der Bedacht, mit welchem der Krieg in der kritischen Zeit der lombardischen Empörung geführt wurde, unterstützt wie sie war durch den Einfall der piemontesischen Armee, und durch die allgemeine Erhebung Italiens; die Entschiedenheit der Kriegsoperationen, sobald die Truppen, um sie vorzunehmen, versammelt waren; die Überlegenheit in dem Entwurf und in der Ausführung aller Bewegungen, größer noch in der Leitung aller Gefechte; die geistigen Kräfte, die sich überall in Wort und That zeigten, wo die österreichischen Armeen zu wirken hatten: Mannszucht mit Begeisterung gepaart, unbedingte Hingebung an Kaiser und Vaterland, bekundet im Befehl wie im Gehorsam; die klugen Maaßregeln der Kriegsverwaltung, der freiwillige Zudrang der Bevölkerungen zur Kompletirung der Armee; dieses alles vereitelte die Angriffe innerer und äußerer Feinde und rettete den Staat vor Untergang.

Auch zwanzigtausend Römer waren ins österreichische Gebiet eingefallen; Seine Heiligkeit, als Oberhaupt der Kirche Fürst des Friedens und der Vermittlung, wollte auch als weltlicher Fürst keinen Theil an dem Krieg nehmen. Er hatte seinen Willen neutral zu bleiben verkündet und den Einfall untersagt; aber auf seine Stimme wurde nicht gehört. Es war zu spät, alle Schleußen waren der Strömung aufgemacht worden. Es wurde allgemein, mitunter auch von priesterlichen Stimmen

ein Kreuzzug gegen die Barbaren gepredigt, und diese Barbaren gehörten zu den strengsten ergebensten Katholiken.

Die Neutralität der römischen Staaten wird von allen eifrigen Beförderern der Einheit Italiens als das Haupthinderniß derselben angesehen. Um es zu beseitigen, hatte sich Gioberti das Primato idealisirt; er wollte die Einheit in die Hände des Papstes legen. Mazzini, dem sein Traum von Italiens künftiger Herstellung theuerer war, als der Papst und die Kirche, wollte Beide stürzen, weil er deren Existenz auf italienischem Boden damit unverträglich fand. Beide sind mit ihren Entwürfen und mit den Parteien, deren Führer sie waren, zu Grunde gegangen.

Die konstitutionelle Partei denkt sich, daß die Sekularisation des römischen Staates, mit einer den Bedürfnissen des Landes genügenden Verfassung, Italien als politische Größe stärken würde, ohne der Kirche zu schaden.

Es soll, es darf der Papst in der erhabenen Stellung eines Oberhauptes der katholischen Kirche sich vor keiner Macht der Welt beugen, keine der beiden Gewalten, die sich in seiner Person vereinigen, darf geschmälert, noch vielweniger dürfen sie getheilt werden; diese Vereinigung bedingt aber nicht, daß sie auch in der Verwaltung statt finden müsse. Ohne Verletzung des Rechtes, ohne Schmälerung der kirchlichen Autorität kann es wohl geschehen, daß die weltlichen Angelegenheiten des römischen Staates weltlich geführt werden. Alle Verhältnisse der Zeit scheinen, eben so sehr zum Heile der Kirche als zum Wohl des Landes, zu fordern, daß es so werde.

Österreich neigte sich in früherer Zeit zu dieser Ansicht, in den Grenzen des bekannten und oft erwähnten Memorandum des Jahres 1831. Eine Regierung solcher Art dürfte wohl zur einstweiligen Beruhigung der römischen Bevölkerungen dienlich sein.

Wird aber damit ein dauerhaft befriedigender Zustand hergestellt werden können, so lange man den Papst an die Spitze der Bewegung Italiens stellen will, und so lange diese Bewegung zum Zwecke hat, eine politische Einheit, die Einheit der Souveränität zu erzwingen? Nur die Einigung der Mächte in ihren Ansichten über Italien kann vermögend sein, dem so tief aufgeregten Lande den ersehnten Frieden wieder zu geben.

Österreich hat klare Beweise dessen gegeben, was es will. Es will die Behauptung seines ungeschmälerten Rechtes, und es wünscht auf der Grundlage seiner neuen politischen Gestaltung sich mit dem übrigen Italien einzuverstehen und die gemeinschaftlichen Interessen zu vereinbaren. Österreich hat aber gegenwärtig nur das Gewicht seiner bewährten Kraft; es hat auf Italien keinen moralischen Einfluß.

Frankreich und England sind die einzigen Mächte, welche einen solchen üben. Man weiß, auf welchem Weg man seit längerer Zeit schon gesucht hat den Einfluß Österreichs zu untergraben. Jeder unparteiische Beobachter wird auch wissen, auf wen die Verantwortlichkeit der so verworrenen italienischen Zustände zurückfällt. Leicht wird es immer sein die Völker in Bewegung zu setzen, sobald man an die heiligsten der jeder Menschenbrust innewohnenden Gefühle appellirt. Wie,

und wohin soll aber die Bewegung geleitet werden? In England hat man noch beim Schluß des Parlaments die feste Eintracht der beiden Großmächte proklamirt und erklärt, daß sie allen Völkern für ihre Rechte und Freiheit Schutz und Bürgschaft gewähren. Wie spricht sich aber diese Eintracht in der Wirklichkeit aus? Geben wir zu, daß sie ohne Rückhalt, aufrichtig ausgesprochen worden ist; reicht der Wille hin zur Eintracht im Handeln, wenn die Begriffe über das, was man will, verschieden sind? Wie kann zum Beispiel Frankreich, welches seit dem Jahre 1848 so sehr an der Zerrüttung seiner inneren Zustände zu leiden hat, beruhigend auf Italien einwirken? Im Streite mit sich selbst über den Werth der eigenen Staats-Theorien, wie kann es als politischer Rathgeber Vertrauen einflößen und hoffen es zu gewinnen? Und wenn beide Mächte vereint auftreten, führen sie dieselbe Sprache?

Der Begriff der Gleichheit ist Grundlage, Fundamental-Princip aller Verfassungen Frankreichs seit 60 Jahren. — Die englische Verfassung ist eigentlich nichts anders, als ein beständiger schiedsrichterlicher Vergleich zwischen allen gesetzlich im Lande bestehenden Ungleichheiten.

Der Ausgangspunkt des Strebens der beiden Mächte nach Einfluß ist, wie man sieht, ein verschiedener. Diese Verschiedenheit spiegelt sich ab in den Folgen, nicht nur in Italien, sondern überall, wo Frankreich und England socialistisch wirksam sein wollen.

Die französischen Theorien über freie Verfassungen sind vorherrschend in allen National- oder Volksversammlungen, sie

mögen konstituirend oder bereits schon konstituirt sein. — Die Verbindungen Englands hingegen und die Wege seines Einflußes zeigen sich hauptsächlich in den Ländern, wo noch ein bedeutender adeliger Grundbesitz besteht, der im Genuß von politischen Vorrechten sich befindet, wie in Sicilien und Hungarn, oder wo der Adel das an politischer Macht Verlorene wieder zu gewinnen sucht, wie in der Lombardie, in den Provinzen der ehemaligen aristokratischen venetianischen Republik und in Polen.

Nur wenn beide Mächte sich über den neuen Bau, den alle Völker aufführen wollen, eben so vereinigen könnten, wie sie sich seit einiger Zeit für den Umsturz des alten vereinigt haben, nur dann hätte man — die Haltbarkeit des neuen Gebäudes vorausgesetzt — die Herstellung eines auf neue Grundlagen gesicherten friedlichen Zustandes für Europa zu hoffen.

Wir haben in gedrängten Zügen zu zeigen gesucht, warum diese Vereinigung nicht möglich ist; sie ist nur scheinbar in der Ähnlichkeit äußerer Formen. Warum will man aber diese nach demselben Zuschnitt gebildeten Formen allen Staaten aufzwingen? Ist das Freiheit? Liegt denn nicht nothwendigerweise der Begriff der Mannigfaltigkeit in jenem der Freiheit? Und wenn auch zwischen dem englischen Parlament und einer französischen repräsentativen Versammlung einige der äußeren Erscheinungen sich ähnlich sehen, gibt es wohl etwas unähnlicheres als das innere Wesen dieser politischen Körper?

Vermöge der Verschiedenheit ihres inneren politischen Baues bewegen sich Frankreich und England auf verschiedenen Bahnen; wenn sie sich nun vereinigen, um Einfluß auf die

Schicksale eines Volkes oder eines Staates zu nehmen, so müssen durch die Thätigkeit entgegengesetzter Kräfte jene Zuckungen entstehen, die man überall wahrzunehmen hat, wo beide Mächte nebeneinander wirken.

Wie soll jemals Friede sein, wenn das Spiel der Politik, die nach Übergewicht strebt, noch dazu kömmt? Was bietet uns darüber die Wirklichkeit der Ereignisse in Italien? Sie wären an und für sich schon merkwürdig genug, um Gegenstand der ernstesten Forschung zu sein; in ihrer Beziehung zu Österreich sind sie aber für uns so wichtig, daß wir sie, besonders von dieser Seite noch in nähern Betracht ziehen müssen.

Man scheint an mehreren Orten von dem gänzlichen Zerfall des österreichischen Staates im Jahre 1848 so überzeugt gewesen zu sein, daß man ganz offen handelte, als ob dieser Staat bereits nicht mehr bestände. Wir haben dabei etwas ganz neues in der Geschichte erlebt. Seit dem ein geregelter politischer Zustand in Europa herrschte, war es Grundsatz im öffentlichen Rechte, daß man über ein erobertes Land nicht eher gesetzlich verfügte, als bis der rechtmäßige Besitzer vertragmäßig darauf verzichtet hatte; bis zu diesem Cessionsakte wurde jede Eroberung als provisorische Okkupation betrachtet.

Der General Bonaparte nach seinem Feldzuge von 1796, schon mächtig in Italien, hatte die römischen Legationen besetzt. Frankreich wollte sie mit der cisalpinischen Republik vereinigen, es marschirte ein französisches Truppenkorps in die Marken; römischer Seits suchte man durch Unterhandlungen einem größern Unglücke zuvorzukommen. Die Bevollmächtigten Roms fanden den General Bonaparte in To-

lentino. Es wurde jener Frieden geschlossen, vermöge welchem der römische Hof die Romagna und die Legationen cedirte. Sie wurden aber erst später mit der neuen cisalpinischen Republik einverleibt, deren Begrenzung einverständlich mit dem österreichischen Hof beim Friedensschluß von Campo-Formio festgesetzt wurde.

Seit dem Erscheinen der Franzosen in Italien im Jahre 1796 hatten sie beinahe alle Theile des piemontesischen Staates besetzt; der König hatte sich der Noth gefügt. Er war von allen Seiten von revolutionären Umtrieben umgeben, und endlich fand die französische Regierung in dem Widerstand, den er diesen leisten wollte, die Veranlassung, mit dem Könige zu brechen, ihm im Jahre 1798 den Krieg zu erklären und sein ganzes Land militärisch zu besetzen. Der Kampf endigte mit einer Konvention, vermöge welcher der König sich über Livorno nach Sardinien zurückzog, er verzichtete auf den Besitz seines Staates, und überließ ihn Frankreich. Die Einverleibung geschah erst nach vollendeter Eroberung und nach der erzwungenen Cession.

Es war der piemontesischen Regierung im Jahre 1848 vorbehalten, weiter zu gehen und ein neues revolutionäres Staatsrecht zu gründen. Es wurde das ganze lombardisch-venetianische Königreich mit Piemont feierlich einverleibt, bevor noch eine piemontesische Truppenabtheilung irgend einen Theil der venetianischen Provinzen erobert hatte. — Mantua, Verona, Legnagno, wohl besetzt und von einer wohl gerüsteten Armee an der Etsch beschützt, wurden für piemontesische Festungen erklärt, und Frankreich und England haben dazu geschwiegen!

Es geschah diese Einverleibung so zu sagen als Beschluß des italienischen Volkes. Es wurden dabei alle Begriffe des Rechtes, alle Regeln des Herkommens mit Füßen getreten, und es wurde damit der einfachsten Klugheit Hohn gesprochen, welche doch hätte rathen sollen, vor dem gesicherten Erfolg sich keine solche bis zu dem Tage nie gesehene Anmaßung zu erlauben. Aber in Paris pries man Karl Albert als den Helden, der ein neues volksthümliches Italien gründen würde. Pius der **IX.** hieß die Seele, Karl Albert das Schwert des Unternehmens. In England, dem klugen England, glaubte man nur der Klugheit wegen den König auf die Gefahr aufmerksam machen zu müssen, so vorschnell voranzugehen.

Es war offenbar die Absicht, die bestandene politische Eintheilung Italiens umzuwerfen und eine andere an die Stelle zu setzen. Die neuen Kombinationen sind aber alle vor der Reife als Luftgebilde in Kanonenrauch aufgegangen. Es bleibt jedoch davon eine Thatsache fest; um diese haben wir uns näher zu bekümmern.

Man ist berechtigt nach Allem dem, was durch die Ereignisse durchschimmert, anzunehmen, daß England keine andere, als kleine Staaten in Italien wollte. Die zwei ansehnlichsten der bestehenden Reiche waren das lombardisch-venetianische Königreich, verstärkt durch seine Verbindung mit der österreichischen Monarchie, dann das Königreich beider Sicilien. Beide zählen zusammen 13 Millionen Menschen, weit über die Hälfte der ganzen italienischen Bevölkerung. Eine gut verstandene, zeitgemäße politische Verbindung dieser zwei Staaten wäre, von ihrer geographischen Lage begünstiget, moralisch mächtig

genug gewesen, um fremde Umtriebe von Italien abzuwehren, den billigen Forderungen zu genügen, und hiermit Ruhe und Frieden im Lande zu erhalten.

Die englische Politik nahm die Vertreibung Österreichs aus Italien als ein unvermeidlich gewordenes Ereigniß an; es wollte nur, um der Gefahr aller möglichen Zwischenfälle zuvorzukommen, das Unvermeidliche beschleunigen.

Dieselbe Politik wollte zugleich entweder die gänzliche Trennung Siciliens von Neapel bewirken, oder, sollten die Ereignisse in engeren Schranken bleiben, dieser Insel einen solchen Grad von Unabhängigkeit sichern, daß, ohne den Verband mit Neapel ganz aufzuheben, die Macht des Königs dadurch doch bedeutend vermindert worden wäre. Der neue insularische Staat würde auf jeden Fall, entweder als ein ganz getrennter oder nur durch sehr lockere Abhängigkeitsverhältnisse festgehaltener, ein sehr gefährlicher Nachbar, und die Macht des Königs von Neapel um die Hälfte kleiner geblieben sein.

Es wären Fälle denkbar gewesen, in welchen nach den verschiedenen möglichen Eventualitäten der politischen und Kriegsereignisse Österreich sich bestimmt haben dürfte, dem lombardisch-venetianischen Königreich eine veränderte Organisation zu geben, ruhend auf der Lageverschiedenheit der zwei Gebietstheile, aus denen es zusammengesetzt ist. Österreich hätte die venetianischen Provinzen enger an den vereinten österreichischen Staatskörper anschließen können; die geographische Lage bedingt diese engere Vereinigung als eine Naturnothwendigkeit, die doch immer die erste Bedingung aller Staatenbildung bleiben

wird. Die Fläche vom Isonzo bis am Mincio ist ihrer ganzen Länge nach von den hohen Gebirgsländern so beherrscht, daß immer der gänzliche Zerfall der österreichischen Monarchie vorausgehen müßte, um sich die Möglichkeit zu denken, daß diese Provinzen zu einem andern Staatskörper gehören könnten. Deßhalb, als Napoleon die Republik Venedigs zerstörte, wurden sie Österreich zugewiesen, das sie bis zu der Zeit behielt, wo es als europäische Macht so geschwächt wurde, daß ihre Vereinigung mit einem italienischen Staate bewerkstelliget werden konnte. So wie man nach jedem Gewitter Gebirgswaldströme diese Flächen mit ungeheuren Massen von Granit und Kies bedecken sieht, so wird man auch immer bei heftigen politischen Stürmen Menschenströme von den hohen Bergen herab diese flachen wehrlosen Gebiete bis ans Meer überziehen und in Besitz nehmen sehen.

Venedig hatte diese Provinzen wie alle seine übrigen Besitzungen in Italien nicht als italienischer Staat erobert, — denn Venedig war ein orientalischer See- und Handelsstaat, damals erster Größe; bei der Theilung der venetianischen Gebiete fielen sie jenem Staate zu, der sie vom hohen Alpenlande aus beherrschte.

Österreich hätte bei dem engeren Anschluß dieser Provinzen die lombardischen Theile in eine andere politische Bildung einbeziehen können; denn man begreift, daß dort im Po-Thal eine so gestaltete Vereinigung möglich war, daß jene Theile mit einem gewissen Grade von selbstständigem Leben doch immer unter dem österreichischen Schutz geblieben

wären und als Mittelglied zwischen der Monarchie und Italien gedient haben würden.

Statt dessen oder statt des gegenwärtigen Zustandes, denke man sich aber von einer Seite Neapel ohne Sicilien, von der andern die Lombardie unbedingt preis gegeben, und es frage sich jeder Italiener, der keinen Glauben an die Einheit der Mazzinischen Republik hat, ob Italien bei einer solchen neuen Gebietseintheilung nicht schwächer geworden wäre als bei der früher bestandenen?

Italien, von beiden Seiten vom Meere umflossen, zur Hälfte eine lang gedehnte enge Landzunge, überall jedem Kriegsschiff, wie jeder fremden Waare offen, hat in sich keine andere Wehrkraft als in Oberitalien und in seinem südlichen Theile; diese Wehrkraft ist jedoch in keinem Verhältniß zu jener der mächtigen Nachbarstaaten; sie ist nur ein Gewicht in den allgemeinen politischen Berechnungen; nimmt man noch dieses Gewicht hinweg, so fällt das noch mehr zerstückelte Italien fremder Willkühr ganz anheim.

Es lag immer zu allen Zeiten in der Politik der Großmächte die Bildung kleiner Staaten zu begünstigen; solche Staaten bedürfen eines Schutzes, und um sich desselben zu versichern, erklären sie sich als politische Alliirte.

Es kann Niemand weder Frankreich noch England verdenken, Italien und Deutschland gegenüber einem solchen Systeme zu folgen. Jedes Land ist immer sich selbst das Nächste. Der Grund, warum ich diesen Gegenstand umständlich erörtert habe und anschaulich zu machen suche, ist aber ein anderer:

Es herrscht zwischen den Absichten, die man England und Frankreich zumuthen kann, ohne sie in irgend einer Beziehung zu verletzen, nämlich daß sie die Bildung kleiner Staaten begünstigen wollen, und der politischen Bewegung, an deren Spitze sich diese zwei Großmächte gestellt haben, ein Widerspruch, der um so mehr aufgeklärt zu werden verdient, als große Gefahr in ihm liegt.

Ein kleiner Staat kann keine politische Unabhängigkeit haben. Da er auch nicht im Stande ist, eine neutrale Stellung zu behaupten, muß er sich immer der Politik eines größeren Staates anschließen. Er wird gern in den Bund aufgenommen; darin liegt der gesuchte Vortheil bei der Begünstigung seiner Bildung. Der kleine Staat kann seiner Seits dabei Vortheile finden; er zieht mit in den Streit großer politischen Interessen, er kann mit seinem Schutzherrn im Glücke steigen. Sonst bedürfen aber die kleinen Staaten, in friedlichen Verhältnissen, zur Erhaltung ihrer Existenz als Staat, der größten inneren Ruhe; sie sind nicht fähig, die innere Bewegung der großen modernen Staatskörper zu ertragen. Es gehört zur neuen Staatslehre und zu den Regierungsformen, die sie fordert, daß die Lebenskräfte eines Volkes durch die offene Thätigkeit der Gegensätze in ihm geweckt werden sollen; man hofft, daß, wenn auch zuweilen Erschütterungen dadurch verursacht werden, doch am Ende das Gleichgewicht der gesunden Kräfte sich nicht nur herstellen, sondern auch, daß deren Macht sich vermehren werde.

Eine solche Staatslehre paßt aber auf kleine Staaten nicht; sie können einen solchen Grad von öffentlichem politischen Leben nicht ertragen. Gezwungen, sich an ein anderes

mächtigeres Leben anzuschließen, verlieren sie das eigene und gehen darüber als Individualität zu Grunde. Wer politisches Interesse hat, sie zu bilden und folglich sie zu erhalten, sollte, statt sie in eine für ihren beschränkten Wuchs nicht passende innere Bewegung zu ziehen, sie vielmehr davon fern halten; denn es kann ihnen dabei keine andere Zukunft bevorstehen, als Einverleibung oder eine ganz abhängige Föderation, bei welcher sie eigentlich nur noch den Namen eines Staates behalten werden. Beispiele liegen vor.

Der Zweck dieser Erörterung ist die Richtung zu zeigen, welche ich meiner Wirksamkeit nach außen zu geben dachte. Ich will nun, da mir die Nothwendigkeit aufgedrungen wurde, öffentlich von mir zu sprechen, dasselbe in Beziehung auf meine Stellung im Innern thun.

II.

Der Mensch, der vor sich hinsieht, muß unwillkührlich alle Gegenstände wahrnehmen, die vor ihm liegen. Um das, was innerhalb der natürlichen Grenze des Horizonts sich befindet, nicht zu sehen, muß man entweder die Augen schließen, oder sich umkehren. Noch umfassender ist die Kraft des Verstandes, ihr ist die Welt nach allen Richtungen offen. Es liegt nicht in der Gewalt des Menschen, das nicht zu sehen, was sein Verstand zu sehen vermag. Die Grenzlinien des intellectuellen Gesichtskreises werden einzig durch die Tragweite der intellectuellen Sehkraft bestimmt, diese erscheine nun als Voraussicht oder als Erinnerung.

Alles was geschehen ist, liegt unveränderlich da. Wer daher die selbst erlebte Vergangenheit schildert und Wesentliches unerwähnt läßt, dessen Gedächtniß ist schwach geworden, oder er will absichtlich die Wahrheit verstümmeln. Auch die ruhige, glatte Erzählung tief greifender Ereignisse erregt Bedenken gegen die Glaubwürdigkeit des Erzählers; sie ist entweder Wirkung einer kurzsichtigen Auffassung, oder soll zum Entschuldigungsgrund dienen. Für mich ist die verhängnißvolle Zeit

Österreichs, jene der Monate März, April und Mai des Jahres 1848, eine beständige Gegenwart, eben so bewegt, eben so ergreifend, als da ich sie durchlebte. Ja, sie erscheint mir itzt nur noch bedeutungsvoller, weil die Folge der Begebenheiten Licht und Schatten noch schärfer hervorgehoben hat. Jede Thatsache hat ihren wahren Werth bekommen; jede Larve ist abgezogen; jeder Mann erscheint mit seiner wahren Farbe. Wollte ich ein Gemälde jener Zeit entwerfen; ich wüßte, so weit mein Auge reichte, jedem Mitwirkenden seine gebührende Stellung anzuweisen; doch meine Aufgabe ist ganz einfach die, meine eigene Stellung und wie ich in derselben zu wirken gesucht habe, in einigen Umrissen hinzuzeichnen. Ich glaube der Wahrheit wegen das über mich Gesagte berichtigen zu müssen, und das Verschwiegene vervollständigen zu sollen.

Das allerhöchste Patent vom 15. März 1848 hatte alle Wünsche, die sich ausgesprochen hatten, schneller erfüllt, als man es hatte hoffen können; die sich drohend ankündigende Bewegung hatte sich plötzlich in Äußerungen des Dankes und des Vertrauens verwandelt. Wenn man hätte damals Österreich vor fremdem Einfluß bewahren können, was Revolution wurde, wäre eine gründliche, vernünftig vor sich gehende Reform des ganzen Staates geworden.

In dem Mißverhältnisse zwischen der Wichtigkeit der Gewährungen und der geringen Gewalt des Anstoßes, der sie hervorgerufen, lag der Beweis, daß der Hof die Forderungen der Zeit begriffen, und aus Überzeugung gehandelt hatte. Das Volk seiner Seits schien dieß zu verstehen; es überließ sich deßhalb vertrauensvoll den schönsten Hoffnungen. Auf dem

Wege friedlicher und aufrichtiger Verständigung glaubte man die angebahnte Reform durchführen zu können.

Die Gleichzeitigkeit der Ereignisse in Frankreich, in Italien, in Berlin, in Frankfurt bewies aber, daß der Ausbruch Wiens kein isolirter sei; — daß eine weit ausgebreitete Verschwörung bestehe, welche das Ganze aus einem Centralpunkt vorbereite und leite; daß man sich demnach auf etwas anderes gefaßt machen müsse, als was man bereits in Wien gesehen hatte.

Die Bewegung in Wien war vor allem in ihrem Entstehen und in ihren Absichten eine rein deutsche gewesen; der speciell österreichische Standpunkt hatte nicht vorgewaltet. Die Meinung, welche sich seit Jahren in Österreich gebildet hatte, daß der gute Namen Österreichs im Auslande herabsinke, daß der Staat besonders aus diesem Grunde nicht so bleiben könne wie er war, und daß eine Veränderung unvermeidlich geworden sei, hatte nähere geheime Beziehungen zu Deutschland hervorgerufen; öffentliche Beweise ihres Bestehens waren in der täglichen Presse zu finden, und besonders in der Ansiedlung der sogenannten österreichischen politischen Literatur in Deutschland. — Die Wiener März-Ergebnisse wurden in Deutschland als gemeinschaftliche Errungenschaften begrüßt, und bei der kurz darauf folgenden Frankfurter Neugestaltung des deutschen Bundes schloß sich die öffentliche Stimmung Wiens dieser deutschen Bewegung an, treuherzig und mit der Wärme des damaligen deutschen Gefühls, ohne zu fragen, ob aus diesem unbedingten Anschluße sich nichts gefährliches für die Erhaltung des gesammten österreichischen Staatverbandes ergeben würde.

Es wird sich Jedermann erinnern, mit welcher Entschiedenheit diese Richtung der Bewegung sich in Wien aussprach; die alten Reichsfarben mußten vor jenen des neuen Deutschlands weichen. Von dem Augenblick gehörte die politische Bewegung Wiens Österreich nicht mehr an; es war nicht mehr die Rede von einer Umbildung des österreichischen Staates in dem Sinne und in den Schranken des Patents vom 15. März. Mit einem Worte es war keine Reform mehr, es war eine Revolution; es war die deutsche Revolution.

Diese Richtung der Bewegung war auch in andern Beziehungen eine höchst bedauernswerthe. Die rein österreichische Gesinnung hätte sich gegen die revolutionären Elemente Frankreichs und Italiens verwahrt. Abgesehen von der Verschiedenheit des Karakters und der National-Ansichten hatten lange Kriege Mißtrauen zurückgelassen; das Volk würde sich in Wien den Pariser Stürmen nicht angeschlossen haben. Andere Verhältnisse als in Wien herrschten aber in Frankfurt; dort war die Bewegung keine rein deutsche, sie stand in enger Verbindung mit Paris; die Leitung von dorther war in allen Zuständen Süddeutschlands unverkennbar. So wurde Österreich, ohne es zu wollen, ohne es zu ahnen, durch Frankfurt an dem Gängelband der deutschen Farben in die allgemeine Revolution hinein gezogen. Die Wiener Presse gab bald Beweise davon.

Von allen Seiten kamen fremde Emissäre in Wien zusammen; die einen bestimmt, auf der Straße zu wirken, die andern in den Klubbs. Die revolutionären Kräfte wuchsen zusehends; mit jedem Tag verminderten sich jene der Regie-

rung, deren Werkzeuge gebrochen und aufgelöst wurden. Die Polizeihofstelle war aufgehoben worden; es war jedoch nicht damit gemeint jeder Aufsicht zu entsagen. Die vereinigte Hofkanzlei, zum Ministerium des Innern umgenannt, hatte als solche alle abgerissenen oder nur losgelassenen Zügel in die Hand zu nehmen; die Hand wurde aber nicht fest geschlossen. Man dachte, daß alle feindseligen Spitzen im Volke sich eher gegen Beweise des Zutrauens und der Milde, als gegen Schärfe brechen würden; man berechnete nicht dabei den fremden Zudrang, der ganz andere Dinge im Schild führte als die Bürger Österreichs.

Seit langer Zeit war mein Auge geübt gewesen, den Österreichischen Staatskörper aus der Ferne zu betrachten; ich hatte oft Gelegenheit gehabt, die Größe des Platzes, den er in den politischen Räumen einzunehmen bestimmt ist, genau zu messen; diese Größe war durch die Ruhe, in der man ihn hatte halten wollen, nicht gemindert worden. Er hatte an Umfang und an Gewicht nicht verloren, wenn auch das mangelnde Moment der Bewegung eine Wirkung nach außen nicht gestattet hatte. Die lang gefesselte Triebkraft war frei geworden; es handelte sich nun darum zu hindern, daß irgend ein kometartiger Körper, dessen Bahn noch unberechnet war, der angehenden Bewegung eine andere Richtung gäbe, als jene, welche Österreich in freier Selbstbestimmung sich selbst als die ihm zuträglichste erkennen würde. Eben darum war am meisten von Frankfurt zu fürchten; von dorther näherte sich ein Phantom, geschmückt mit deutschen Farben und doch durch und durch undeutsch und fremd. Wir konnten, wir sollten uns

von Deutschland nicht trennen und durften uns doch nicht mit demselben so vereinigen, wie man es in Frankfurt zu wollen schien.

Die Aufregung über diese Frage war in Wien sehr groß. Es kamen die achtbarsten Männer als Deputationen im Namen vieler anderen zu mir, um zu erfahren, welche politische Stellung die Regierung einzunehmen gedenke; man sei darüber unruhig, weil noch kein Zeichen wahrzunehmen wäre, geeignet darüber Aufklärung zu geben. Ich gab eine sehr bestimmte Erklärung.

Ich sagte: „Die Regierung Österreichs ist von jeher eine deutsche gewesen; Geschichte, Sprache, Bildung, Politik haben sie dazu gemacht; sie darf, sie soll diesen Charakter nicht ablegen; wir können uns von Deutschland nicht trennen. Da jedoch der Österreichische Staatskörper von ganz eigenthümlicher Natur ist, muß sich die Regierung bei den Veränderungen, die jetzt in Deutschland vor sich gehen werden, verwahren, daß die politische Vereinbarung mit Deutschland nicht die Stellung des Kaisers in seinem eigenen Reiche gefährde. Wir sollen Deutsche bleiben und nicht aufhören Österreicher zu sein. Das ist mein Glaubensbekenntniß, ich hoffe jeder Österreicher wird es annehmen."

Die Herren schienen alle damit einverstanden zu sein.

Die Neugestaltung Deutschlands war indessen in Frankfurt mit Riesenschritten vorangegangen. Die Bundesversammlung war seit längerer Zeit schon von der deutschen Meinung als unfähig erklärt worden, die Angelegenheiten des gemein-

schaftlichen Vaterlandes zu führen. Das legte man hauptsächlich der leitenden Macht zur Last. Die Anklage kam nicht vom Volke allein; Regierungen, die nach Ansehen und Thätigkeit verlangten, ohne recht zu wissen, wohin sie zusteuern sollten, sahen gern, wie die Macht der Bundesversammlung mit jedem Tag mehr verloren ging; sie dachten sie ererben zu können. Wie hätte die Bundesversammlung in solcher Lage dem Andrange des Volkes widerstehen können? Es ist bekannt, wie der 50ger Ausschuß, sogenanntes Vorparlament, eine Reihe Beschlüsse von der Bundesversammlung erzwungen hatte, vermöge welchen eine konstituirende Volksversammlung nach Frankfurt berufen werden sollte, und nach welchem Modus die Wahlen vor sich zu gehen hatten.

Das Übergewicht, welches dieses Vorparlament in Deutschland gewonnen hatte, begründete die Voraussicht, daß die unter seinem Einfluß von der Bundesversammlung gefaßten Beschlüsse von den deutschen Regierungen als bindend angesehen, und daß, wenn Österreich allein seine Abgeordneten nach andern Principien wählen lassen wollte, sie in Frankfurt würden zurück gewiesen werden. Es entstand dabei für uns die wichtige Frage, ob die Folgen einer uns von Außen her aufgedrungenen Wahlart, die sich dann für unsere eigene Konstituirung nicht mehr entfernen ließe, nicht weit fühlbarer und empfindlicher würden, als wenn sich die Monarchie von jeder Betheiligung an der deutschen Versammlung ausschlöße. Allein ein solcher Abfall von Deutschland, den man für einen freiwilligen gehalten haben würde, hätte als eine gänzliche, vielleicht unwiderrufliche Trennung gegolten.

Bei der vorherrschenden Stimmung in unseren deutschen Provinzen war ein solcher Entschluß unmöglich; und wenn auch möglich, wäre er räthlich gewesen? Der österreichische Staat konnte nicht seine deutsche Grundlage aufgeben, ohne sich selbst zu zertrümmern. Schon lauerten Viele in Deutschland wie in Österreich auf einen solchen Ausgang; dort wie hier hofften alle Trennungsgelüste dabei für ihre Thätigkeit freien Spielraum zu gewinnen. Die späteren Ereignisse haben auch in allen Parteien die Überzeugung befestigt, daß das deutsche Element das Verbindungsglied sei, das alle unter sich fremdartigen Theile der Monarchie zusammen zu halten vermag; beim Losmachen desselben würden alle diese Theile auseinander gefallen sein.

Gleich nach Kenntnißnahme der Beschlüsse der Bundesversammlung vom 31. März und 1. April stimmte der Ministerrath für die Annahme derselben; der Beschluß war um so dringender, als man bereits in Berlin die Wahlen für die an den Bundestag berufene Versammlung in der Art ausgeschrieben hatte, daß die damals in Berlin im vereinigten Landtage versammelten Provinzialstände der deutschen Provinzen dieses Reiches die auf sie entfallende Zahl von Vertretern provinzenweise wählen sollen, vorbehaltlich, daß wenn die eben im Werke begriffene neue Konstituirung des preußischen Staates früher zu Stande kommen sollte, als das nach Frankfurt berufene Parlament, die Vertretung Preußens in letzterem nach Maßgabe der in der inneren Konstituirung des Staates eintretenden Veränderungen auch neu vereinbaret werden könnte.

Es wurde daher vom Ministerium des Äußern am 7. April ehrerbiethigst in Antrag gebracht, daß in den deutschen Staaten Seiner Majestät des Kaisers in analoger Weise vorgegangen werde, so zwar, daß die nach dem Populationsverhältnisse der einzelnen zum Bunde gehörenden Provinzen entfallende Zahl der Abgeordneten auf dem damals noch verfassungsmäßigen Wege, das heißt durch die bestehenden Provinzialstände, verstärkt in der durch Seine Majestät für anderweite Geschäftsgegenstände angeordneten oder anzuordnenden Weise, zu wählen sei.

Da man einerseits sich nicht der Beschickung der neuen deutschen Versammlung in Frankfurt entziehen konnte, andererseits jedoch nicht abzusehen war, bis wohin die Veränderungen in der Form und im Wesen des bestehenden deutschen Bundes gehen würden; so schien es unerläßlich, gleich bei Absendung der für Frankfurt gewählten Deputirten auszusprechen, daß der österreichische Kaiserstaat, indem er den Eintritt österreichischer Abgeordneten in die nach Frankfurt berufene Versammlung zugibt, sich hiedurch keineswegs zur Annahme der daselbst zu Stande kommenden Verabredungen gebunden wisse; daß er im Gegentheile nur im Wege des freien Vertrages das Revisionswerk der Bundesverfassung zu Ende gebracht sehen wolle, und daß Seine Majestät sich vorbehalten, dem neuen Bunde nur alsdann Allerhöchstdero Zustimmung zu ertheilen, wenn dessen Grundlagen mit den eigenthümlichen Verhältnissen, sowohl der zum Bunde gehörenden Provinzen als der gesammten Monarchie, in Einklang zu bringen sein würden.

Seine Majestät geruhten unter Verwahrung des Vorbehalts den Antrag zu genehmigen.

Da die Einleitung zu den von Seiner Majestät im Princip genehmigten Maßregel von dem Ministerium des Innern auszugehen hatte, so wurde am 9. der resolvirte Antrag demselben mitgetheilt, indem das Ministerium des Äußern sich dabei zu jedem dienstförderlichen Einvernehmen bereit erklärte.

Das Vorparlament ging indeß noch schneller voran, als man es hätte erwarten können; es blieb bei den früheren Beschlüssen vom 31. März und 1. April nicht stehen. Aus den Frankfurter Berichten vom 8. April war zu ersehen, daß die Bundesversammlung, immer weiter vor den Anmuthungen des in Frankfurt zurückgelassenen Ausschusses der früheren Volksversammlung zurückweichend, nunmehr selbst ihren früheren Beschluß vom 31. März dahin modifizirt hatte, daß bei den Wahlen für das konstituirende deutsche Parlament alle Beschränkung auf gewisse Eigenschaften, aller Wahlcensus und aller Unterschied von Ständen wegfallen, daß mit einem Wort das in Frankreich als Grundsatz geltende allgemeine Stimmenrecht (suffrage universel) eingeführt werden sollte.

Österreich fand sich durch diese Vorgänge in ein Dilemma der ernstesten Art gestellt; sie veränderten alle unsere früheren Beziehungen zu Deutschland, sie wurden Gegenstand einer dringenden ferneren Berathung.

Bei dem Vortrag des in Frankfurt geschehenen an den Ministerrath und der vorläufigen Mittheilung an das Ministerium des Innern wurden unter andern Bedenklichkeiten besonders folgende geäußert:

Es konnte Österreich darauf beharren, die Wahlen nach dem früheren Antrage, im geregelten Wege, durch die bisherigen Stände vornehmen lassen zu wollen, dieß aber auf die doppelte Gefahr hin, die bereits über diese Frage angeregte und durch das Nachgeben in Berlin noch mehr anzuregende öffentliche Meinung im Lande gegen sich zu haben, und sodann — was bei dem früheren Beschluß als eine Vermuthung anzunehmen war und nun als Gewißheit zu gelten hatte — unsere in Frankfurt ankommenden Abgeordneten nach dem neuen Bundesbeschluß vom 7. April nicht angenommen zu sehen.

Wir konnten uns zweitens in die jetzt in Frankfurt gesetzten Bedingungen fügen, und die Wahlen auf der breiten Basis der Urwahlen anordnen; in diesem Falle wurde aber auch die ganze Frage wegen unserer eigenen Konstituirung im Sinne der äußersten Grundsätze entschieden; und wir mußten außerdem Gefahr laufen, durch die Theilnahme unserer Abgeordneten an einem in solcher Weise zu konstituirenden Bundesparlamente, in die heftigen Bewegungen, die von dort über ganz Deutschland ausgehen konnten, hineingerissen zu werden.

Wir konnten drittens vor der Hand von der Theilnahme am Parlament entfernt bleiben, uns vorbehaltend die Ergebnisse seiner Wirksamkeit mit unseren bis dahin hoffentlich konstituirenden Ständen zu berathen. In diesem Falle hatten wir aber wieder einestheils mit unserer für einen sofortigen engen Anschluß an Deutschland sich lebhaft aussprechenden öffentlichen Meinung einen harten Kampf zu bestehen, und anderntheils mit Gewißheit vorauszusehen, daß in dem von uns leergelasse-

nen Raume sich eine Stellung bilden würde, unter die uns später zu beugen unmöglich wäre.

Unter diesen gleich bedenklichen Wegen mußte aber dennoch und zwar in der kürzesten Frist gewählt werden. Die doppelte Wichtigkeit der obwaltenden Frage, einerseits für unsere innere Ruhe und bevorstehende Konstituirung, andererseits für die Natur unserer künftigen Stellung in Deutschland, veranlaßte mich, sie ohne allen Verzug der Berathung des Ministeraths zu unterziehen.

Nach weiterer Überlegung und Abwägung aller Verhältnisse wurde vom Ministerrath dem an Seine Majestät vorzulegenden Vorschlag zugestimmt, in Folge dessen der im Bundesbeschluß vom 7. April aufgestellte Wahlmodus für die Beschickung des konstituirenden Parlaments in seiner Anwendung auf Österreich anzunehmen wäre, so schwer es uns auch fiel, so schnell und so gänzlich unvorbereitet unsere ganze Bevölkerung zu einem Wahlgeschäft zu rufen, dessen plötzliche Einführung auf einer dergestalt breiten Basis, wie es der Bund haben wollte, selbst in den am längsten freien Ländern mit nicht geringen Beschwernissen verknüpft sein mußte.

Diese Entschließung Seiner Majestät wurde am 17. April dem k. k. Präsidialgesandten bekannt gemacht, und ihm zum Schluß noch gesagt: „Doch wir wollen uns einmal, so „lange dieses mit den Lebensprincipien unseres Reiches nur „immer noch vereinbarlich ist, von Deutschland nicht trennen, „und werden demnach auch muthig die allerdings nicht leichte „Probe zu bestehen trachten, die uns durch jenen Bundesbe„schluß aufgelegt wurde.“

In Gemäßheit dessen wurden die Wahlen für Frankfurt vom Ministerium des Inneren ausgeschrieben, und der folgende Artikel in der Wiener Zeitung vom 21. April bekannt gemacht:

„Weit entfernt, den bevorstehenden Wahlen zum deut„schen Volksparlamente eine bestimmte Richtung vorzuzeichnen „oder auf dieselben Einfluß nehmen zu wollen, findet sich das „Ministerium durch die bereits angeregte Frage, ob Deutsch„land in Zukunft ein Bundesstaat oder ein Staatenbund sein „soll, veranlaßt, seine Ansicht auszusprechen.“

„Von dem Wunsche des innigen Anschlußes an Deutsch„land durchdrungen, wird Österreich jeden Anlaß freudig er„greifen, welcher seine Anhänglichkeit an die gemeinsame deut„sche Sache zu bethätigen vermag. Es könnte aber nie ein gänz„liches Aufgeben der Sonder-Interessen seiner verschiedenen, „zum deutschen Bunde gehörigen Gebietstheile, eine unbedingte „Unterordnung unter die Bundesversammlung, ein Verzichten „auf die Selbstständigkeit der inneren Verwaltung mit seiner „besonderen Stellung vereinbarlich finden, und muß sich die be„sondere Zustimmung zu jedem von der Bundesversammlung „gefaßten Beschluß unbedingt vorbehalten.“

„In so fern letzteres mit der Wesenheit eines Bundes„staates nicht vereinbarlich erkannt würde, wäre Österreich „nicht in der Lage, einem solchen beizutreten.“

Das Wiener Kabinet versäumte sonst keine Gelegenheit den festen Willen an den Tag zu legen, alle seine bundesmäßigen Pflichten gegen Deutschland gewissenhaft zu erfüllen. Eine

solche Gelegenheit war die Aufforderung, welche vom Bundestag an Österreich erging, sein Besatzungs-Kontingent nach den zweien Bundesfestungen Ulm und Rastatt zu beordern. Obgleich der Kriegszustand, auf welchen diese Verpflichtung beschränkt ist, nicht eingetreten war, wollten wir uns dennoch nicht der an uns gestellten Aufforderung entziehen. Alle Verhältnisse in dem Nachbarland und in Deutschland selbst waren schwankend geworden; die Militär-Kommission am Bundestag, besorgt um die Erhaltung und Sicherheit der genannten Festungen, deren Bau noch nicht vollendet war, hatte den Antrag gestellt; die Bundesversammlung hatte ihn angenommen, es war uns genug. Trotz allen Kriegs- und Geldbedrängnissen unserer damaligen Lage, wurde in gerechter Würdigung der politischen Wichtigkeit einer solchen Maßregel, auf meinen Antrag vom Ministerrath einstimmig der Beschluß gefaßt, der Aufforderung Genüge zu leisten. Nach erhaltener souveränen Ermächtigung wurden aus Böhmen das Regiment Wellington nach Rastatt und das Regiment Latour nach Ulm beordert und augenblicklich in Marsch gesetzt.

Die Territorial-Regierungen von Baden und Würtemberg ließen uns jedoch die Erklärung zukommen, daß in dem Innern dieser Festungen noch keine Räumlichkeiten vorhanden wären, um einen solchen Zuwachs der Besatzung aufzunehmen, und daß, in so lange sie nicht hergestellt sein würden, diese Regimenter in der nächsten Umgebung auf dem Lande untergebracht werden müßten. Dieses war nicht in Recht und Pflicht begründet; es hätte zu Unzukömmlichkeiten verschiedener Art den Anlaß geben können. Es fand sich daher die österreichische

Regierung bestimmt, diese Truppen, die nicht mehr weit vom Ziel ihres Marsches entfernt waren, aus Deutschland zurückzuziehen, mit der Erklärung, immer bereit zu sein ihre Bundespflicht zu erfüllen, sobald man ihr die Möglichkeit hiezu geben würde.

Die Regimenter wurden aus Baiern nach Tyrol beordert und zur Verfügung des Herrn Feldmarschalls Grafen Radetzky gestellt. Das Regiment Latour traf dann noch zu rechter Zeit ein, um Theil an dem Angriff auf Vicenza zu nehmen und sich bei dieser brillanten Gelegenheit besonders auszuzeichnen. Dieses sei nur gesagt, um den Zeitpunkt zu bezeichnen.

Die Richtung dieses Marsches nach Italien mißfiel in Frankfurt. Man kann sich schwer erklären, wie eine solche Verwirrung der politischen Begriffe in Deutschland hatte entstehen können, wie jene, die damals herrschend war, und wie sie sich nach Österreich mittheilte. Nur das Getriebe der Parteien kann das begreiflich machen.

Eine Partei sagte: Wenn das Wohl des deutschen Volkes Österreich am Herzen liegt, wenn es als die erste deutsche Macht sich zum Schutze des gemeinschaftlichen Vaterlandes an die Spitze desselben stellen will, so soll es Italien aufgeben und abstehen von einer Politik, deren Zwecke verschieden sind von jenen, die Deutschland zu verfolgen hat.

In dem Maß also, als die Waffen Österreichs das Übergewicht in Italien gewannen und dessen dortigen Besitz sicher stellten, entfernte sich die Neigung dieser Partei von Österreich.

Die Artikel 2 und 3 der später entworfenen Verfassung trugen das Gepräge dieser entschiedenen Entfernung an sich und bewiesen die numerische Stärke dieser Partei. Nach ihr hätte Österreich Italien aufgeben sollen als Unterpfand, daß es den Stützpunkt seiner Macht einzig und allein in Deutschland suchen wolle; um diesen Preis hätte es die Majorität der Stimmen für sich gehabt. Österreich hätte als europäische Macht schwach werden sollen, um Bürgschaft zu geben, daß es als deutsche Macht stark zu werden strebe.

Die verwandte Partei in Österreich hing fest an dieser Idee. Viele gingen noch weiter und wären bereit gewesen, alle anderen nicht deutsche Elemente des Kaiserreichs gleichwie Italien aufzugeben, um nur eine rein deutsche Macht zu bilden, die sich dann als Bestandtheil dem großen Deutschland mit einem vielleicht fremden Kaiser an der Spitze einverleibt hätte. Alle Revolutions-Männer gesellten sich, mehr oder minder verlarvt, zu dieser Partei, um mit ihrer Hilfe die Zertrümmerung des ganzen Staates schneller herbeizuführen.

Eine andere Partei war von dem vorgefaßten Entschlusse geleitet, durch die Ausweisung Österreichs wenigstens eine Art moralischer Einheit für Deutschland zu erzielen. Die Artikel 2 und 3, auch von einem engeren Gesichtspunkt aufgefaßt, entsprachen auf jeden Fall dem Zweck, Österreich, wo nicht ganz zu verderben, doch zu schwächen.

Es ist so viel über diese Artikel und über ihre Folgen geschrieben und gestritten worden, daß man, ohne müßige Wiederholungen, nicht wohl mehr davon sprechen kann; ich

will auch deßhalb nur noch einen Augenblick und mit einer einzigen Bemerkung dabei verweilen.

In dem Grundsatze, daß kein deutscher Fürst über ein anderes Volk oder über Abtheilungen anderer Völker gleichzeitig und in Vereinigung mit Deutschen herrschen könne, liegt für Deutschland der Keim großer Schwäche und mit der Zeit eine gänzliche Zerstörung, in so fern als nicht zugleich auch der ersetzende Grundsatz ausgesprochen würde, daß kein fremder Fürst oder keine fremde Regierung jemals über Abtheilungen des deutschen Volkes herrschen könne. Es scheint auch, daß dieser Grundsatz als Vervollständigung des ersten, wenn er gleich aus wohl begreiflichem Grunde nicht ausgesprochen werden konnte, von den Vorfechtern des letzteren de facto in lebendige Anwendung gebracht werden wollte; wenigstens ist der erste Versuch davon in der Angelegenheit Schleswig's geschehen, wo man sich auf den Wunsch des Volkes berufen konnte.

Was soll aber dort erfolgen, wo die getrennten Stammesgenossen die Wiedereinverleibung nicht verlangen, oder wo der Gewährung ihres Wunsches etwas allzugroße Hindernisse entgegenstehen? Die deutschen Regierungen sollen also gezwungen werden, jeden fremden Besitz aufzugeben, während es den Fremden frei bleiben soll, über deutsche Bevölkerungen zu herrschen? Es liegt wahrlich in diesen Artikeln 2 und 3 entweder Krieg bis zur Wiedereroberung und Einverleibung der getrennten deutschen Theile, gleichviel ob sie sich gezwungen oder freiwillig einer fremden Herrschaft angeschlossen haben, oder schmachvolle Erniedrigung.

Was sollte unter andern mit den Deutschen in den Ostsee-Provinzen geschehen, die sich dort als Eroberer angesiedelt haben? Wer wird überhaupt dem Wesen der Nationalität bestimmte Grenzen stecken wollen? Wer gehört zum germanischen Stamm oder nicht? die Holländer, die Flamländer, sind sie nicht Plattdeutsche, oder ihnen sehr nahe? die Dänen selbst, die Schweden, die Angelsachsen, sind sie nicht in weiterer Entfernung germanischen Ursprungs? Wer wird denn vermessen genug sein, die fruchtbare Ausdehnungskraft, die im menschlichen Geschlecht liegt, und die sich in der Ausbreitung der Nationalitäten offenbart, in den engeren Schranken der Staatenbildung festbannen zu wollen? Oder umgekehrt, wer wird einen Staat bilden wollen auf der Grundlage einer Nationalität, die keine Ausdehnungskraft in sich enthält?

Die Idee des Staates ist beschränkt durch die verschiedenen veränderlichen Verhältnisse seiner Bildung; der Staat ist der komplizirteste Begriff, den der Verstand aufzufassen hat, und die leidenvolle Geschichte der Menschheit beweist, wie schwierig diese Auffassung sei. Die Idee der Nationalität ist hingegen eine einfache; sie hat keine andere Beschränkung, als die anderer Nationalitäten. Darum ist aber auch der Kampf ihr Wesen, und dieser Kampf wird überall ausbrechen, wo der Begriff des Staates nicht als Vermittler auftritt. So ist es seit langem in Österreich geschehen. Der Staat mit dem, wenn auch nicht verkündeten, doch stets angestrebten Gesetz der Gleichberechtigung ist als Friedensstifter eingeschritten, und unter dem Schutze dieses Gesetzes, soweit es Geltung gewonnen, hatte der Kampf der politischen Kräfte aufgehört. Der

Kampf der moralischen Kräfte wird freilich durch jene Gleichberechtigung nicht gebannt, denn er hat die Aufgabe, die gleiche Berechtigung zur gleichen Befähigung hinan zu führen, und es wäre in einem freien Staat nicht denkbar, daß man gewillt sei, den nicht Wissenden, nicht Befähigten in allem mit dem Wissenden, dem Befähigten gleich zu stellen. Der Staat hat dabei nur darauf zu sehen, daß die Freiheit des Kampfes bestehe, daß man keinen Theil seiner Waffen beraube; dann ergeben sich die Resultate von selbst. Der Gebildetere soll nicht zum Stillstande gezwungen werden, weil Andere ihm nicht nachkommen können.

Die Artikel 2 und 3 der Frankfurter Verfassung sind also das Ergebniß der zaghaftesten Resignation, sie sind ein Rückzug vom Kampfplatze; der deutsche Staat sollte sich auf sich selbst beschränken, und die durch Staatenbildung gemischten Nationalitäten sollten sich von ihm ablösen. Man verzweifelte ihnen gegenüber an der Kraft deutschen Wissens und Wollens.

Wenn die Ausführung dieser beiden Artikel möglich wäre, würde Deutschland, von einer Art chinesischer Mauer umgeben, zur chinesischen Starrheit herabgekommen sein. Übrigens waren sie bei Vielen nicht so ernst gemeint; sie sollten bloß als Waffe gegen Österreich dienen. Sie waren die beschämende Antwort auf die warmen Äußerungen treuer Anhänglichkeit, die Österreich an Neu-Deutschland verschwendet hatte. Es gingen auch darüber in Österreich Aller Augen auf, in jeder Brust erwachte das Gefühl der Liebe zu dem eigenen gemeinschaftlichen Vaterlande, das von höherem und festerem Bau als jenem der Nationalität sich bewährt hatte.

Kehren wir nun zurück zu der Bewegung, die im März und April 1848 Österreich nach Deutschland hinzog. Als charakteristisches Zeichen derselben will ich zweier Episoden erwähnen, in denen ich zu interveniren hatte.

Wie man in Wien Kunde von einer Volksversammlung in Frankfurt unter dem Namen eines deutschen Vorparlaments erhalten hatte, trat die deutsche Gesinnung bestimmter auf. Es war am 2. April 1848, daß die deutsche Fahne am Stephansthurme aufgeflanzt wurde, und daß eine Schaar Studenten mit Professoren an der Spitze in die Burg zog. Die Führer verlangten vorgelassen zu werden, um dem Kaiser die deutsche Fahne zu überreichen, mit der Bitte, sie vom Balkon dem versammelten Volke zu zeigen; sie wurde dann am Balkon befestigt, bald wehete sie aus Tausenden von Fenstern in der Stadt und den Vorstädten. Es wurde beschlossen, Deputirte zur Verbrüderung mit dem deutschen Volk nach Frankfurt zu schicken.

Am 3. April wurden von den Doktoren und Studenten der Universität die Deputirten zum Vorparlament gewählt. Die niederösterreichischen Stände und die Stadt Wien waren diesem Beispiele gefolgt.

Am 4. reichten die von diesen Körperschaften gewählten Deputirten ein Gesuch an den Kaiser ein, ihnen die in der Schatzkammer aufbewahrten Insignien des deutschen Reiches ausfolgen zu lassen, um sie nach Frankfurt zu überbringen und dort zur Verfügung des deutschen Volkes zu stellen. Diese Herren kamen an demselben Tage zu mir, um mich in Berufung auf ihr Gesuch um einen Befehl an die Schatzkammer zur Erfolglassung der Reichs-Insignien zu ersuchen.

Ich erwiederte, es sei mir von ihrem Gesuche noch nichts bekannt, es wäre noch nicht an mich herabgelangt; ich könnte jedoch nicht entstehen, ihnen im Voraus zu erklären, daß ich gegen ihren Wunsch stimmen würde. Diese Kleinodien wären allzuehrwürdige Denkmäler der deutschen Geschichte, als daß man sich erlauben könnte, sie so zur privativen Verfügung zu stellen; denn sie hätten keine ämtliche Sendung nach Frankfurt, und dort bestände noch keine andere gesetzmäßige Vertretung des deutschen Volkes als der Bundestag.

Sie kamen am 5. zurück, als sie die Gewißheit hatten, daß inzwischen ihr Gesuch zur Vortragserstattung mir zugestellt worden war.

Dieß diente mir zur Veranlassung, um auf die Wiederholung ihrer Aufforderung an mich, mich ausführlicher mit ihnen zu besprechen. Ich äußerte: sie seien Männer, welchen ich die höheren Rücksichten einer solchen Frage vortragen könne, mit der Überzeugung verstanden zu werden. Eine solche Krone, ein solches Scepter bleiben unzertrennlich von dem politischen Ideenkreis, zu welchem sie gehört haben und dessen historische Symbole sie geblieben sind. Ohne Reich gehören sie nirgends anderswohin, als an einen sichern anständigen Ort zur Aufbewahrung; nirgends besser und würdiger, als unter der Obhut des regierenden Hauses, welches fünf Jahrhunderte lang sie getragen hat.

Sie gehören aber nicht dem Hause Österreich, sagte ein Wortführer der Deputation, sie gehören dem deutschen Volke; unser Verlangen ist, sie dem Volke, dem sie angehören, zurückzubringen.

Es ist auch nicht als Eigenthum, erwiederte ich, daß diese Krone in Wien aufbewahrt bleibt, um so weniger noch, da sie nur Wahlkrone war. Sollte das deutsche Volk sich so konstituiren, daß es sie zurückverlangen und brauchen sollte, so bin ich überzeugt, daß Se. Majestät der Kaiser diese von Karl dem Großen herkommenden Insignien Deutschland zurückstellen würde. So lang aber Deutschland, zerrissen in seinem Innern, der Kampfplatz für alle politische Staatstheorien bleibt, sollen solche ehrwürdige Andenken allen Zufällen des Streites nicht Preis gegeben werden, auch sollen sie nicht zum Spiele ehrgeiziger Absichten dienen.

Der Inhalt dieser Worte war in ein langes Gespräch verflochten.

Diese Herren schienen um so weniger geneigt, auf die Erfüllung ihres Wunsches zu verzichten, als eine Art Programm zu ihrem Abzuge von Wien, als Träger dieser geschichtlichen Kleinodien, schon entworfen worden war, und als ihrer Seits, nach ihrer Äußerung, alle Anstalten zur Übernahme derselben getroffen waren.

Am andern Morgen kamen doch drei aus ihrer Mitte zu mir zurück, und erklärten mir, daß in dem ersten Augenblick ihrer Begeisterung für eine große Idee, sie die zarteren Seiten derselben nicht berücksichtigt hätten, und da sie nicht Ursache neuer Verlegenheiten für die Stellung Österreichs in Deutschland sein wollten, indem sie vielmehr nur den engeren Anschluß anzubahnen suchten, so hätten sie beschlossen, in Erwägung der Gründe, die ich ihnen auseinander gesetzt hatte, ihr Vorhaben aufzugeben. Ich dankte ihnen für diesen Beweis der Auf-

richtigkeit ihrer patriotischen Gesinnung. Bald darauf reisten sie ab im feierlichen Zuge, von National-Garden und Studenten bis zum Bahnhof hinaus begleitet.

Während die deutsche revolutionäre Partei den größern Theil der noch harmlosen Bevölkerung Wien's in die Richtung der politischen Ideen Deutschlands mit sich fortriß, regte sich zugleich ein anderer Geist in der Hauptstadt, ein Geist scheinbar des Friedens. Es hatten sich viele Stimmen für die schleunige Herstellung des Friedens in Italien vernehmen lassen. Viele meinten, daß Italien um jeden Preis aufgegeben werden sollte, und je schneller je lieber; denn bei der Ungunst der Verhältnisse wäre es Schade um jeden Mann und um jeden Gulden, die in diesem erfolglosen Kriege geopfert würden.

In einer so bewegten von so vielen Widersprüchen zerrissenen Zeit ist es schwer, eine aufrichtige, an und für sich ehrliche und nur schwache Gesinnung von dem falschen Spiele der Parteien zu unterscheiden. Die Lage war so verwickelt, daß man sie zergliedern muß, um sie jenen anschaulich zu machen, die nur die Ergebnisse davon wahrnahmen.

Die aufrichtige deutsche Partei rieth zum Frieden, sollte er auch mit dem Opfer Italiens erkauft werden, um Österreich zu zwingen, Ersatz dafür in dem Anschlusse an Deutschland zu suchen.

Die tiefer greifende revolutionäre Partei rieth dasselbe, um Österreich moralisch zu schwächen, und jeden der anderen nach Trennung strebenden Theile zu dem Unternehmen aufzumuntern.

Die Geldmänner waren unter den ersten, die sich in gleichem Sinne erklärten; sie scheinen zuweilen in der Politik darum kurzsichtig zu sein, weil es ihnen um eine kurze Sicht in ihren Geschäften zu thun ist.

Es leben in Wien viele Italiener, die neben ihrem Geschäft auch zum Schutz ihres Vaterlandes wirken wollten, namentlich die italienischen Seidenhändler und Seidenwaaren-Fabriken sind in Wien von großer Bedeutung; denn sie sind das Mittel eines für beide Theile vortheilhaften Tauschhandels geworden. Diese Italiener verlangten auch nach der Herstellung des Friedens, oder vielmehr, daß der Krieg von Seiten Österreichs nicht fortgesetzt werde.

Die Industriellen ohne Parteiabsichten ließen sich endlich im Geiste ihres Geschäftes von allen Seiten voranschieben. Es kam zu mir eine ansehnliche Deputation des Gewerb-Vereins, um vorzustellen, welche tiefe Wunde der Krieg in Italien der österreichischen Industrie und unserem Handel überhaupt schlüge, wie sehr alle unsere Fabrikländer daran zu leiden hätten; sie hätten sich daher zur Bitte vereinigt, die Regierung möge doch Mittel und Wege suchen, um diesen verderblichen Krieg ehemöglichst zu Ende zu führen.

Nach der Versicherung, daß auch Seine Majestät nichts sehnlicher wünsche, bat ich sie meiner Seits zu bedenken, daß unsere Stellung in Italien nicht so einfach wäre, daß man hoffen könne, den Krieg gleich zu beendigen; daß die Empörung dort mit Hilfe eines treulosen Nachbars zu einem Bürgerkrieg geworden wäre; daß wir zuerst den fremden Feind von unserem Gebiete vertreiben müßten, wie dieß die Ehre

Österreichs erfordere; dann erst könne man an den Frieden denken und nicht eher, und ich würde um so eifriger die Hand hiezu bieten, als die Beruhigung unserer eigenen Provinzen sich dann beinahe von selbst ergeben würde.

Die Herren erwiederten: es sei ihnen aus ihrem Standpunkte hauptsächlich darum zu thun, den freien Verkehr mit dem italienischen Handelsstand hergestellt zu sehen; sie wären bereit, so weit es auf sie ankommen könnte, sich deßhalb zu verwenden.

Ich sagte, daß die Regierung, weit entfernt ihnen Hindernisse in den Weg zu legen, es im Gegentheil gern sehen würde, wenn sie als Privatleute, besorgt um ihre Interessen, suchen möchten, Wünsche der Wiedervereinigung, Worte des Friedens hinzubringen. Einvernehmlich mit hier residirenden Italienern könnten sie solche Einleitung treffen, daß man, besonders im Mailändischen, erfahre, wie man ihnen in Wien freundlich gesinnt sei; daß, wenn auch einige unter ihnen, die am meisten mit dem Seidenhandel betheiligt wären, nach der Lombardie reisen wollten, sie es versuchen könnten. Die Herren verließen mich, zufrieden mit meinen Äußerungen; sie gaben aber meinen Worten eine Deutung, die sie nicht hatten.

Sie verfügten sich zu dem Präsidenten des Gewerb-Vereins, dem Grafen Ferdinand Colloredo, um ihm zu sagen, wie ich sie ermächtigt habe, Schritte zu machen, um durch die Häuser, mit denen sie in Geschäftsverbindung wären, auf dem Grund der gegenseitigen merkantilischen Interessen den Weg zum Frieden anzubahnen, daß es sich nun darum handle, geeignete Individuen zu wählen, um sie mit dieser Sendung zu

betrauen; er möge daher eine Versammlung des Vereins aufbieten, mit der Ankündigung dieser zu treffenden Wahl.

Sie hatten den Grafen Colloredo in der Aula gefunden, beschäftigt mit Maßregeln zur Organisirung der akademischen Legion. In der Eile, die man dem Ansinnen gab, wurde ein Plakat entworfen, bestätigt, gleich zum Drucke befördert, angeschlagen und herumgetragen, wie man damals diese Art der Preßfreiheit hatte einreißen lassen.

Die Versammlung war auf den Abend des folgenden Tages bestimmt. Es kamen des Morgens in einer Frühstunde drei besonnene Männer, Mitglieder des Gewerbvereines, zu mir, verlegen, wie sie über einen solchen Gegenstand stimmen sollten, und begierig von mir zu erfahren, was eigentlich die Absicht der Regierung sei. Ich erzählte ihnen den Vorgang des vorigen Tages; ich wiederholte ihnen meine Äußerungen mit der Erklärung, daß alle Schritte, die zum Zwecke hätten, gutes Einvernehmen zwischen unserem Italien und Österreich herzustellen, der Regierung nur willkommen sein könnten; daß allerdings die Verständigung zwischen den Männern, welche die Handelsverbindungen zwischen den beiden Ländern unterhalten, ein wesentliches Mittel dazu sein könnte. Wenn der Handelsstand Wien's Deputirte nach Italien zu diesem Versuche schicken wolle, fände ich im Namen der Regierung keine Einwendung dagegen zu machen; daß sie aber nur als Privatleute zu sprechen hätten, die um ihre Interessen besorgt sind, und niemals im Namen der Regierung, die, wenn sie sprechen wolle, es nicht anders als durch bevollmächtigte Organe thun könne.

Ich dankte ihnen für ihr vorsichtiges Benehmen und ich ersuchte sie, die Sache in diesem Sinne aufzuklären, und besonders den Herrn Präsidenten davon zu unterrichten.

Der Herr Graf Colloredo, dem ich auch meiner Seits das Vorgefallene mittheilen ließ, kam bald darauf zu mir, entschuldigte die Hast seines Benehmens durch die Dringlichkeit, welche Männer seines Vertrauens der Sache gegeben hatten, und durch den Umstand, daß er den ganzen Tag in wichtigen Geschäften der akademischen Legion beschäftigt gewesen sei.

Er ließ gleich die berufene Versammlung des Gewerbvereins absagen. Etwas später kamen einige Mitglieder der ersten Deputation, um mir ihr Bedauern zu erkennen zu geben, den Sinn meiner Worte nicht so aufgefaßt zu haben, wie ich es gemeint hatte.

So wurde dieser Zwischenfall geschlossen, den ich ausführlich beschreibe, weil er kein gleichgiltiger Pinselstrich in dem Gemälde der Zeit ist. Es wogte damals Alles durcheinander, ohne Zusammenhang, in sich widersprechenden Richtungen. Unter dieser bewegten Oberfläche wurden jedoch zwei feststehende Zielpunkte nicht aus den Augen verloren. Der eine war, sich mit den deutschen Provinzen an die Revolution Deutschlands anzuschließen, der andere, den Zerfall der Monarchie herbeizuführen; beide halfen sich gegenseitig. Der Widerspruch war nur in den Erscheinungen und zuweilen auch in den Mitteln.

Zum Beispiele, während eine Partei den Frieden in Italien um jeden Preis abschließen wollte, freuete sich die andere, als sie merkte, daß die Regierung Anordnungen zur Fort-

setzung des Krieges treffe; denn je mehr Truppen nach Italien gesendet werden sollten, desto schwächer würden sie im Innern sein.

Als die Truppenverstärkungen aus Galizien, Böhmen, Mähren in Marsch nach Italien gesetzt wurden, sah man sie mit ängstlichen Augen sich Wien nähern; man beruhigte sich erst, als der Marsch weiter ging. Es erhob sich auch keine Stimme mehr gegen den Krieg. Die einen schwiegen aus aufrichtiger Überzeugung, die andern, weil sie darin die Schwächung des Staates sahen und leichteres Spiel hofften; nur hatten die Männer dieser Meinung nicht berechnet, daß der Krieg in Italien auch ein Parteikrieg war, und daß die in Italien besiegte Partei dadurch im Innern der Monarchie von ihrer Stärke verlieren mußte. Der Unmuth über diesen unerwarteten Ausgang machte sich später an einem Orte Luft, wo höhere Vernunft hätte vorherrschen sollen, und wo statt der Anerkennung der dem Vaterlande geleisteten Dienste nur die Reizbarkeit der Verrechnung sich offenbarte.

Inmitten so vieler verschiedenen Ursachen tiefer Aufregung ließ sich einstimmiges Verlangen nach der verheißenen Verfassung vernehmen. Jene, denen sie vielleicht unwillkommen sein mochte, schwiegen; man hatte von keiner Seite Widerspruch zu hören. Die Ungeduld war groß, man wollte sobald als möglich in den Besitz des so lang ersehnten Gutes gesetzt werden; die Lage war so neu, die Veränderung war so unverhofft gekommen, daß man ängstlich gegen jeden Tag der Verzögerung war. Die Frage war an und für sich sehr verwickelt; sie war es noch mehr durch die aus Deutschland zugewachsene Schwierigkeit der Wahlformen geworden.

Das Patent vom 15. März 1848 hatte bestimmt:

„Wegen Einberufung von Abgeordneten aller Provinzial-„stände und der General-Kongregation des lombardisch-vene-„tianischen Königreiches in der möglichst kürzesten Frist mit „verstärkter Vertretung des Bürgerstandes und unter Berück-„sichtigung der bestehenden Provinzial-Verfassungen, zum Be-„hufe der von uns beschlossenen Konstitution des Va-„terlandes, ist das Nöthige verfügt.“

Dieses Nöthige konnte nur in dem Befehle zur Ausführung des in dem Patent ausgesprochenen kaiserlichen Willens bestanden haben, und dieser Befehl konnte damals noch an keine andere Stelle ergangen sein, als an die vereinigte Hofkanzlei.

Als der Herr Graf Kolowrat, Präsident des neuen Ministeriums, am 4. April auf sein Ansuchen wegen Krankheit provisorisch seiner Dienstleistung enthoben ward, waren noch keine Einleitungen zur Einberufung eines Reichstages getroffen worden. Wie nun die Sache von dem Herrn Minister des Innern im Ministerrath als eine dringende in Anregung gebracht wurde, wurde die Vorfrage gestellt, ob bei der gegenwärtigen allgemeinen Lage und bei dem Drängen der öffentlichen Meinung, es jetzt nicht besser wäre, die verheißene Verfassung aus der gesetzgebenden noch bestehenden Machtvollkommenheit des Kaisers erfließen zu lassen, als erst darüber mit Abgeordneten zu berathen, welche als Vertreter der Provinzen nach dem Wortlaute des kaiserlichen Patentes hätten einberufen werden sollen.

Wenn die Anordnungen zu der Wahl derselben in den ersten Tagen erlassen worden wären, dürfte wohl diese Wahl,

ohne auf Widerstand zu stoßen, nach dem Sinne des kaiserlichen Patentes vor sich gegangen sein. Zweifelhaft war der Erfolg von dem Augenblicke geworden, wo die deutschen Ideen eines allgemeinen Wahlrechtes schon bis nach Wien vorgedrungen waren; eine Unmöglichkeit aber, sobald man sich in Wien der Nothwendigkeit hatte fügen müssen, den Beschluß des Bundestages für die Wahlen zu dem deutschen Parlament anzunehmen.

Bei dieser Sachlage hatten wir zu besorgen, einen konstituirenden Reichstag als Produkt eines allgemeinen Stimmrechtes zu bekommen, welches Recht allen früheren österreichischen Verhältnissen so entfernt lag. Aber auch die Oktroirung hatte ihre eigenthümlichen Gefahren; wir mußten darauf gefaßt sein, einen Theil der Bevölkerung gegen die neue Verfassung protestiren zu sehen.

Die Regierung, von allen Seiten bedrängt, bis in ihrem Innersten erschüttert, hatte nicht die Kraft, die zur definitiven Lösung einer solchen Frage nothwendig gewesen wäre Es mochte der Reichstag zur Berathung einer Konstitution, deren Hauptgrundlage schon vom Kaiser festgesetzt worden war, einberufen, oder die Verfassung oktroirt werden, auf keinen Fall, weder von der einen, noch von der anderen Seite, war eine der Vorbedingungen zu einem festen Zustande der Dinge vorhanden. Es schien mir vielmehr nur etwas Transitorisches sich gestalten zu können, und dieses auch schon deßhalb, weil mit Ungarn und Italien mehr als die Hälfte der Monarchie auf jeden Fall außerhalb der Verfassung blieb. Ich schloß mich dem Antrag an, daß der Kaiser die Verfassung oktroiren solle, doch das Gefühl der nahen Zukunft war in mir so mächtig, daß in

dem Augenblicke, wo ich diese Urkunde mit unterfertigte, ich erklärte, wie schwer es mir auf dem Herzen liege, es thun zu müssen. Es handelte sich aber vor allem, den Beweis zu geben, daß der Kaiser seinen verkündeten Willen durchführen wolle, und daß, wenn auch die Art, wie es geschehe, angefochten werden sollte, man doch für alle Zeit die Grundlage der freien Verfassung dem hochherzigen Entschlusse Seiner Majestät zu danken haben werde.

Kurz nach dem Erscheinen des Patentes vom 15. März, in welchem gesagt ist, „zum Behufe der von Uns beschlossenen „Konstitution des Vaterlandes, ist das Nöthige verfügt," stellte ich mir die Frage: Was soll die Konstitution des Vaterlandes werden? Die Antwort schien mir in dem Ausdrucke selbst zu liegen. Er möge, dachte ich mir, entweder absichtlich mit einer schon feststehenden Idee gewählt werden, oder eine innige noch dunkle Eingebung des Augenblickes gewesen sein, so deutete die Vereinigung der zwei Begriffe Konstitution und Vaterland auf etwas Höheres als auf eine gewöhnliche Konstitution, wie sie heutzutage verstanden wird. Von dem Augenblicke an, als im österreichischen Kaiserstaate der Begriff des Vaterlandes auf konstitutionellem Weg in seine Geltung zu treten hatte, war auch die Möglichkeit einer Staatsgröße gegeben, wie sie vorher nicht bestanden hatte, einer Staatsgröße, deren bloße Ahnung alle Herzen in Österreich höher schlagen machen sollte. Wie aber soll diese Größe sich gestalten, wie beschaffen sein? Welches sind die Bedingungen ihrer Entwicklung? Wo ist die Grundlage ihrer Fortdauer? Sollte der österreichische Staat eine Konstitution erhalten, gleich jenen, nach welchen

früher in Frankreich, und gegenwärtig noch in Spanien, Portugal, Belgien, und vielen anderen kleinen Staaten regiert wird? Sollte das Vorbild dieser sämmtlich der Neuzeit angehörigen Verfassung maßgebend bei der Feststellung der Konstitution unseres Vaterlandes sein?

Ich meinte es nicht. Ich schloß mich aber dennoch dem zur Berathung gelangten Verfassungsentwurfe ohne Bedenken an, weil er in seiner Unvollständigkeit nur transitorisch sein konnte, und weil er vorerst nur jene Länder in sich begriff, die unmittelbar unter der Leitung der vereinigten Hofkanzlei standen. Die Hauptfrage, um welche es sich für den Kaiserstaat handelte, jene nämlich, ob Österreich als föderativer Staat, wie er früher war, fortbestehen, oder ein Centralstaat werden sollte, blieb dabei unberührt. Die Zeit, diese Frage zu lösen, war nicht gekommen; sie mußte ganz der Zukunft vorbehalten bleiben.

Der Gang der Ereignisse hat die Entscheidung zum Vortheile des Centralstaates zur Nothwendigkeit gemacht, und in jeder Nothwendigkeit liegt auch immer die Möglichkeit der Ausführung.

Mit der Bekanntmachung der von Seiner Majestät beschlossenen Verfassungsurkunde wurde auch jener aufklärende Vortrag des Herrn Ministers des Innern veröffentlicht, mit dessen Einbegleitung diese Urkunde der allerhöchsten Sanktion unterzogen worden war.

In diesem Aktenstücke nahm der Herr Minister des Innern die Bevorwortung und die Verantwortlichkeit des Beschlusses auf sich. Ich könnte daher mich darauf beschränken,

die Gründe anzugeben, die mich vermocht haben Mitunterfertiger zu sein, allein ich fühle mich verpflichtet, nicht dabei stehen zu bleiben.

Das eigene Bewußtsein reicht zur Beruhigung des Gemüths in einer Zeit nicht aus, wo die Öffentlichkeit des politischen Lebens einem Jeden freies Urtheil gewährt. Hier ist ein jeder sich selbst und seinem eigenen guten Namen schuldig, sich nicht nur über die nächsten Beweggründe seiner Handlungsweise, sondern auch über die Grundsätze, aus denen sie hervorgegangen, offen auszusprechen. Ich hatte einem Verfassungsentwurfe beigestimmt, der durch das kaiserliche Wort zur Staatsurkunde geworden, vom Volke vernichtet und zerrissen wurde. Als Gründe dieser Gewaltthat wurden angegeben:

1. Daß diese Verfassung oktroirt worden sei. Man wollte die Verfassung nur als einen unmittelbaren Ausfluß der Volkssouveränität, oder wenigstens als eine Vereinbarung zwischen der kaiserlichen Macht und dem Volkswillen anerkannt wissen.

2. Daß das Volk nur Eine Kammer, und

3. daß, wenn auch zwei Kammern angenommen würden, man in keiner von beiden das Element der Erblichkeit dulden wolle.

Da diese Ansichten noch itzt viele Anhänger finden dürften, will ich die Gründe für meine entgegengesetzte Überzeugung darlegen: Es mag eine Verfassung herrühren, woher sie wolle, von der Machtvollkommenheit des Herrschers, von dem Princip der Volkssouveränität, oder von einer Vereinbarung zwischen beiden, so verändert dieß nichts an den Grundbedingungen, worauf jede Verfassung ruhen soll. Eben so wie der Mensch keines der Gesetze der materiellen Welt gemacht hat,

eben so wenig kann er für die noch höher stehende moralische Welt Gesetze erlassen. Die Gesetzgebung für die Thätigkeiten der Intelligenz ist den Zufällen menschlicher Fähigkeiten und Leidenschaften nicht Preis gegeben worden, ihre Gebote sind eben so bestimmt und stehen eben so fest, wie jene der ganzen Natur. Die Stürme der Menschenwelt können die Wirksamkeit dieser Gesetze lähmen oder verzögern; aber sie aufheben und durch andere willkührliche ersetzen wollen, ist ein Unternehmen, welches sich immer selbst strafen wird.

Es wird Niemand die allgemeine Verwirrung der Begriffe, deren Zeugen wir sind, in Abrede stellen wollen. Ihre Allgemeinheit beweiset, daß sie nicht dem Einfluß einzelner Persönlichkeiten zugeschrieben werden kann, sondern eben nur der auflösenden Kraft einer irregegangenen Bildung. Viele, die an den Ereignissen der letzten Jahre mitgewirkt haben, sind bereits ängstlich verstummt und zum Nachsinnen über die unerwarteten Zertrümmerungen, die sie erlebten, gebracht. Die Stimmen der Klügsten in den vorgerücktesten Ländern rufen aus beklommener Brust, nicht nach Glück, das sie kaum mehr hoffen, sondern nach Ruhe, deren sie bedürfen, um sich von dem Falle erholen und über die Mittel der Wiederaufrichtung nachdenken zu können.

Es ist daher für uns alle die Zeit herangebrochen, nach den Gründen der Verwirrung zu forschen.

Die Völker Österreichs haben in kurzer Zeit große Geschenke erhalten: persönliche Freiheit und Freiheit des Besitzes; der Mensch und die Erde, die ihn trägt und nährt, sind gleichzeitig frei geworden. Diese großen Geschenke

sind aus der Machtvollkommenheit des Kaisers erflossen und lagen schon lange als Keime, die eine günstige Zeit zur Entwicklung bringen sollte, in allen Urbarial-Anordnungen vorbereitet, die seit der Regierung Maria Theresia's nach und nach getroffen wurden. Das Patent vom 11. April 1848 ist nur als ihre Vollendung und ihr Schluß zu betrachten. Neben dieser oktroirten Freiheit wollen wir, um einen friedfertigen Vergleich zwischen Oktroirung und Errungenschaft zu stiften, die verfassungsmäßige Beschränkung der kaiserlichen Macht als eine Errungenschaft von Seite des Volkes gelten lassen.

Prüfen wir nun auf der Grundlage dieser Thatsachen den Werth des Wortes Freiheit: Offenbar kann die Freiheit als reiner Begriff nicht bestehen; die Freiheit muß immer eine bedingte sein. Sie ist das Recht Aller; eben darin liegt die Nothwendigkeit ihrer Beschränkung. Alle moderne Verfassungen haben auch für solche Beschränkungen fürgedacht, aber, wie es scheint, beinahe mehr aus dunkler Intuition, als aus einer klaren Überzeugung, denn es wird dabei der Einklang vermißt.

Sie setzen alle die Freiheit in zwei Richtungen fest, die persönliche Freiheit und die politische.

Die persönliche Freiheit besteht in dem geregelten und sichergestellten Genusse der persönlichen Rechte, welche in den modernen Verfassungen als Grundrechte, (bill of Rights, Droits de l' homme) bezeichnet sind. Die größere Zahl der Männer des Volkes wünschen sich keine andere Freiheit als die persönliche, weil sie die einzige ist, die sie verstehen, deren sie bedürfen, und die sie genießen können. In allen Ländern,

sogar in der Schweiz klagt man über den geringen Werth, der vom Landvolke und auch von städtischen Einwohnerschaften auf die Ausübung politischer Rechte gelegt wird.

Die politische Freiheit bildet die Beschränkung der souveränen Macht; sie beschränkt sie, indem sie dieselbe unter Mehrere theilt, welche dann, um die Einheit herzustellen, in Gestalt einer Körperschaft oder einer Versammlung wirken sollen.

Die politische Freiheit hat den Zweck, die persönliche Freiheit gegen die Übergriffe der souveränen Gewalt zu schützen, diese möge unter welcher Form sie wolle wirken. Eben um diese Übergriffe, die immer in der Natur der Macht liegen werden, zu erschweren, hat man die Ausübung der Souveränität getheilt.

Es muß aber einem jeden Denker klar werden, daß eine unbedingte und ungetheilte persönliche Freiheit jede beschränkte und getheilte Souveränität überwältigen und am Ende ihre Ausübung unmöglich machen würde. Viele Beispiele dieser Art hat die Geschichte der alten Welt, wie jene des Mittelalters aufzuweisen. Jetzt, da die Freiheit bis in die untersten Stufen der Bevölkerung hinabreicht, würden solche Resultate nicht lang auf sich warten lassen.

Wenn daher die politische Freiheit einerseits die persönliche gegen die Übergriffe der Macht in Schutz zu nehmen hat, und deßhalb Beschränkung dieser Macht werden soll, so hat sie andererseits auch die persönliche Freiheit so zu bedingen, daß sie nicht in ihrer Ungebundenheit jede Macht überwältige.

Die politische Freiheit hat daher, wie man sieht, die wichtigste und schwierigste Bestimmung im Staate zu erfüllen,

nach Oben und nach Unten. Sie ist kein Genuß, wie die persönliche Freiheit, sie ist eine Pflicht, eine beständige Amtsverrichtung, welcher man nicht genügen kann, wenn man sich die Bildung, die hiezu nothwendig ist, nicht angeeignet hat.

Unter einer willkürlichen Gewalt verschwindet in Beziehung auf das öffentliche Leben jede persönliche Verantwortlichkeit der anderen Staatsglieder; die Regierung, welche nichts von ihrer Gewalt Anderen überläßt, bleibt die einzig verantwortliche für Alle. Im Zustande der politischen Freiheit vermehrt sich hingegen die Verantwortlichkeit in dem Maß, als sie den Antheil an der Staatsgewalt an Mehrere vertheilt. Der Begriff der Verantwortlichkeit soll also im Menschen gleichmäßig mit dem Bewußtsein der eigenen Macht sich entwickeln; wo dieß der Fall ist, da wirkt die Freiheit veredelnd, verbessernd. Wo jedoch die Thatkraft allein und nicht gleichzeitig mit ihr das Gefühl der Verantwortlichkeit geweckt wird, da wird die Freiheit zur Ungebundenheit, zur Zügellosigkeit; sie fordert Alles, ohne dabei zu fühlen, daß ihr auch Pflichten obliegen.

Das Gefühl der Verantwortlichkeit ist die nothwendige, naturgemäße, moralische Beschränkung der Freiheit.

Das Gefühl der Verantwortlichkeit ist unzertrennlich von jenem Grade Bildung, welche zwischen Recht und Unrecht zu unterscheiden weiß. Wenn der Übergang zur Freiheit ein zu schneller und zu allgemeiner ist, entsteht eine allgemeine Unordnung, weil noch nicht die politische Urtheilskraft im Volke vorhanden ist, welche den Gebrauch der neu errungenen Freiheit zu zügeln im Stande wäre.

Wo nach langem Schlummer das Volk plötzlich zur Theilung der Gewalt aufgerufen wird, will sich ein Jeder zu der eingebildeten Würde eines Gesetzgebers erheben, ohne sich irgend einem andern Gesetze fügen zu wollen, als gerade dem, das er gesonnen ist zu erlassen. Hierdurch wird aber die gesellschaftliche Ordnung zerstört, denn diese baut sich nicht auf willkürlichen Satzungen auf, sondern sie beruht auf Urgesetzen, die dem Menschen vorausgegangen sind, und sie ist an Vorbedingungen gebunden, welche die Willkür nicht schaffen kann. Der Ungehorsam stört die Ordnung, und der Gehorsam allein stellt sie nicht wieder her, eben weil ihre Bedingungen vom Menschen unabhängig sind.

Im freien Staate soll darum kein Gesetz dem einen Theile politische Rechte aufdringen wollen, die er nicht will, zu deren Ausübung er nicht die Fähigkeiten hat; denn ein solches Gesetz würde die Freiheit vernichten, die man begründen will.

Hieraus folgt, daß nothwendig den höheren Volksklassen, welche vor der politischen Umstaltung an der Regierung sich mehr betheiligt haben und bei denen auf größere politische Reife gerechnet werden kann, ein größerer und wo möglich ein gesonderter Antheil an der Volksvertretung eingeräumt, und daß, wenn man schon Eine Kammer will, dieselbe nicht nach dem allgemeinen Stimmrechte gewählt werden soll.

Es werden in Deutschland Urkunden aufbewahrt, und ich habe eine solche in Wien gesehen, erlassen von Otto dem Großen in lateinischer Sprache, von der schönsten Schrift, auf dem besten Pergament, von einem kaiserlichen Reichskanzler unterschrieben, mit dem Zeichen des Kreuzes aus kaiserli-

cher Hand versehen, das uns heute noch zum Beweise dient, daß dieser gewaltige Beherrscher einer gewaltigen Zeit des Schreibens und auch wahrscheinlich des Lesens nicht kundig war. Man kann sich wohl für eine solche Zeit einen solchen Fürsten denken, aber zu keiner Zeit eine solche gesetzgebende Versammlung.

Es gibt jedoch noch einen höheren Beweis gegen diese Form einer konstitutionellen Verfassung.

Die Gegensätze sind im politischen Leben eben so nothwendig, wie in der Natur. In einer einzigen Kammer sind keine Gegensätze, sondern nur Widersprüche. Die Kraft eines Gegensatzes soll nie gebrochen, lediglich seine Übergriffe sollen gehindert werden. Der Gegensatz wird aber gänzlich vernichtet, sobald er von der Majorität zum Stillschweigen verurtheilt wird. Die Folge davon ist, daß diese besiegte, zum Stillschweigen in der Kammer verurtheilte Opposition nun hinaus geht und zum Volke spricht. Das organische Leben der Vertretung hört damit auf; für jede Frage wird das allgemeine Stimmrecht in Anspruch genommen. Der Bürgerkrieg ist einem solchen Zustande immer nahe; Beispiele liegen vor.

Die Anhänger der neuen politischen Lehren erklären, vom blinden Eifer beseelt, man könne auf alle diese Gefahren hin dennoch das Wahlrecht des Volkes nicht beschränken; sein politisches Recht würde ihm dadurch verkürzt werden. Man vergißt aber immer dabei, daß der größere Theil des Volkes kein politisches, sondern nur persönliches Recht will, und daß der Zweck der Verfassung in Beziehung auf dasselbe nur der ist, daß dem Volke die ihm zustehenden persönlichen Rechte nicht entzogen werden.

Ohne sich hier in Erörterungen der verschiedenen Wahlarten einzulassen, will ich nur in wenigen Worten zeigen, wie nothwendig es ist, dem Begriffe der Wahl überhaupt solche Grenzen zu stecken, daß er durch zu große Ausdehnung das persönliche Recht des Menschen nicht vernichte.

Man möchte heute weder im Staate, noch im Volke etwas Erbliches haben. Eifersucht und Mißtrauen gegen den Gebrauch der Gewalt gehen so weit, daß man sie auch in ihrer Dauer möglichst zu verkürzen sucht. So z. B. weist man unter anderem dem wählbaren Vorstande der Volksversammlungen die möglichst kürzeste Dauerzeit an. Man besorgt, daß durch eine zu sehr verlängerte Amtsthätigkeit dieser Vorstand sich dem schwankenden Einflusse der Parteien entziehen könnte, und sie zuletzt alle beherrschen würde; und dieses, denkt man sich, würde der Freiheit Eintrag thun.

Staatsformen und Gesetze, welche das Princip der Erblichkeit nicht in sich aufnehmen und Alles auf die unsichere, unberechenbare Wahlform zurückführen, streiten so sehr gegen die Natur des Menschen, daß sie unvermögend sind, Ruhe und Ordnung zu begründen.

Es handelt sich nicht hier blos um die Erblichkeit des Eigenthums und materieller Interessen, sondern überhaupt um das Innigste, das Edelste, das Eigenthümlichste im Menschen. Dieses Princip der Erblichkeit bildet die Sonderung des menschlichen Geschlechtes in Völker, welches ohne dieselbe eine einzige, ungeregelte, unbehilfliche Masse bilden würde. Auf dem Wege der Erblichkeit bildet jedes Volk die Eigenthümlichkeiten seiner phisischen Gestalt und seines moralischen

Seins heraus und erlangt so jenes feste Gepräge, daß es sich durch viele Jahrhunderte erhalten, und, ein jedes für sich, als eine besondere Individualität in der Geschichte fortpflanzen kann.

Wer von der Vergangenheit nichts wissen will, hat kein Recht auf die Zukunft. Man vergesse nicht, daß auch ein Volk um die seinige kommen und seine Individualität ohne Ersatz verlieren kann; denn die Ursachen, die letztere verwischen, werden auch hindern, daß sich eine andere gestalte. Auf demselben Wege und viel schneller noch als die phisische und moralische, kann auch die politische Individualität eines Volkes verloren gehen. Ein einziges fortwirkendes irriges Princip ist genug, um einen Staat zu Grunde zu richten, und um ein Volk um Macht und Ansehen zu bringen. Es gehet dem politischen Körper wie dem menschlichen. Wenn in demselben ein Hauptorgan krank ist, wird dadurch die Thätigkeit der übrigen dermaßen gestört, daß, obgleich ein jedes von ihnen an und für sich gesund ist, sie dennoch unvermögend sind das Leben zu erhalten.

Wenn der allgemeine Verkehr, jener der Ideen, wie der der Güter, ohne Rücksicht für das Vergangene, auf den Tag beschränkt bleibt, entwickelt sich aus einer solchen Lage ein moralischer Geist, der jenem des Proletariats gleicht, dessen Wesen darin besteht, zu Bette zu gehen, ohne zu wissen, was der Morgen bringen wird.

Ein Volk, in welchem durchaus nichts Erbliches bliebe, würde bald aufhören sich selber gleich zu bleiben. Die abgebrochene Verkettung zwischen Vergangenheit und Zukunft würde sein ganzes Sein allen Zufällen der sich beständig erneuernden und forteilenden Gegenwart Preis geben. Ein

solches Volk würde ein Baum ohne Wurzeln sein, ohne jene Festigkeit, welche die Reihenfolge zusammenhängender Generationen allein verleihet; nach einer nicht gar langen Zeit würde von ihm nichts erübrigen, als sein Namen. Es würde das durch den Fleiß vieler Jahrhunderte an Bildung und Wohlstand Erworbene verlieren, ohne von dem flüchtigen Gewinne des Tages etwas festhalten und auf die Kinder vererben zu können. Man begreift, daß dergleichen Verhältnisse eine solche Theilbarkeit des Eigenthums hervorbringen müssen, daß allgemeine Verarmung darauf folgen muß. Eben so wird man einsehen, daß die Theilbarkeit aller moralischen Kräfte bis zum allgemeinen Stimmrecht ihre Vernichtung sein müsse; es verschwindet damit jede Größe im Lande.

Man hat nie den Einfluß der Staatsformen auf die innersten Verhältnisse der Völker ganz verkannt, im Gegentheil haben alle Revolutionen immer ihre Verbesserung zum Zwecke gehabt, oder zum Vorwand genommen. Man gehe daher sehr vorsichtig zu Werke, wenn es sich um die Einführung neuer Staatsformen, um die Erlassung einer neuen auf veränderten Principien begründeten Gesetzgebung handelt. Man bedenke, wie wichtig es ist, nur solche Männer zu diesem Werke zu rufen, welche die hiezu nöthige Befähigung besitzen. Man überzeuge sich wohl, daß es eine Lebensfrage sei, und daß ihre Lösung einzig und allein im Wahlgesetze liege.

Diese in mir tief eingeprägte Überzeugung der Wichtigkeit der Wahlgesetze hatte mich bestimmt, obgleich ich mich nach dem Wortlaute des Patents vom 15. März 1848 für nicht befugt hielt, einen andern Gang einzuschlagen, als den von

diesem Patent bezeichneten, dennoch für die Oktroirung einer Verfassung zu stimmen. Ich trug Scheu vor jeder Verfassung, die von einer konstituirenden Versammlung ausgearbeitet worden wäre, welche nach den im April 1848 herrschenden Ideen zusammengerufen werden mußte; denn damals war kein anderes Wahlgesetz für die Einberufung des Reichstages möglich geblieben, als jenes, das uns von Frankfurt aufgedrungen worden war, und zwar besonders aus dem Grunde, weil die nach dem Patente vom 15. März einzuvernehmenden Provinzialstände, namentlich die Niederösterreichischen und die Böhmischen, weit entfernt, in sich Widerstandskräfte gegen jenen demokratischen sich zum kommunistischen hinneigenden Geist zu enthalten, vielmehr dessen Entwicklung begünstigt und seit dem März thatsächlich, wenn auch nicht als Körperschaft, doch in der großen Zahl ihrer Mitglieder, ihn unterstützt hatten. Das einzige vorhandene Mittel, der Gefahr eines solchen Wahlgesetzes zu entgehen, war die Oktroirung der Verfassung.

Die Hauptbedingung der Lebensthätigkeit eines Volkes liegt in dem Gleichgewichte seiner Kräfte, und dieses Gleichgewicht kann nirgend anders gesucht und gefunden werden, als in dem sich frei bewegenden Gegensatze der letzteren.

Revolutionen sind Beweise, daß dieses Gleichgewicht gestört worden ist. Sie sind meistens darauf gerichtet, dasselbe wieder herzustellen, aber sie gehen, wie alle Naturgewalten, nach dem in ihnen liegenden Momente der Bewegung über das Ziel hinaus, und zerstören oder lähmen die Kraft, deren Übergriffen sie blos wehren sollten.

Was in Folge dessen dem Volksorganismus gebricht, kann sich dann nur durch die Zeit aus sich selbst wieder herausbilden; eine kluge Regierung wird hier dem Werke zu Hilfe zu kommen wissen. Beim Wiederaufbau eines Staates soll daher nicht nur auf das, was da ist, Bedacht genommen werden, sondern auch auf das, was da sein sollte.

Wenn es sich also um die Art der Volksvertretung handelt, sollen nicht nur alle Elemente der Entwicklung, sondern auch jene der Erhaltung vertreten werden.

Jede souveräne Macht, unter welcher Form sie wirke, wäre unvollständig, wenn sie keine erhaltende Kraft in sich hätte; eine solche Macht würde nichts als eine trügerische, vorübergehende Erscheinung, und keine souveräne sein, die, um als solche zu bestehen, Alles in sich fassen soll, was zum Regieren nothwendig ist, nämlich das, was sich in zwei Worten zusammenfassen läßt: Schaffen und Erhalten.

Die Dauerzeit der Vertretung kann nicht anders, als in der engsten Beziehung mit dem Vertretenen stehen; der Vertretung des Erhaltungs-Principes soll also eine längere Dauer bemessen werden, als jener der Entwicklung.

In dem Entwurfe der Verfassung, wie ich sie mir gedacht hatte, war die Bestimmung des Senates, das Erhaltungsprincip zu vertreten.

Das Leben eines Volkes, verglichen mit jenem des individuellen Menschen, ist eine verlängerte Gegenwart; die nächst vergangene Zeit soll immer mit der fortlaufenden in ununterbrochener und fester Verbindung erhalten werden, auf daß die zukünftige dem Zufall nicht preis gegeben, sondern

in voraus wohl berechnet und gründlich vorbereitet werde. Je weniger diese Verbindung in der veränderlichen Gesinnung eines bewegten Volkes statt finden kann, desto mehr thut es Noth, sie durch eine Staatseinrichtung zu erstreben. Hiezu gibt es zwei Wege, jenen der Erblichkeit, und jenen der Überlieferung. Die Überlieferung, welche bloß allein in Familien sich erhält, wird am Ende einseitig wie die Erblichkeit, und artet in Kastengeist aus. Wenn aber die Überlieferung von Körperschaften aufbewahrt und übertragen wird, die solcher Natur sind, daß sie sich immerwährend mit neuen Gliedern aus der gegenwärtigen Zeit verjüngen, so wird diese frisch erhaltene Thätigkeit des Geistes die Verkettung der Zeit bewahren und dabei den Nachtheil einseitiger Starrheit beseitigen. Dieses wollte ich durch die Verfassung vom 25. April erreicht wissen.

Die Bestimmungen des §. 35, die Zusammensetzung des Senats betreffend, entsprechen aber nicht ganz diesen Ansichten. Mit 150 Mitgliedern, welche von den bedeutendsten Grundbesitzern für die ganze Dauer der Wahlperiode aus ihrer Mitte gewählt werden, würde das Erhaltungsprincip zu schwach vertreten gewesen sein; denn der Grundbesitz ist heutzutage beinahe eben so beweglich, wie das Geld geworden, und das Geld wird sich immer zu allen Veränderungen hinneigen — die es für fruchtbringend halten wird.

Man hatte in Antrag gebracht, die Kammern zu numeriren; weil man jedoch beinahe unwillkürlich den Begriff der Zurücksetzung, der in jeder Bezifferung zu liegen scheint, auf die zweite Kammer bezogen hätte, schlug ich die Benennung des Senats für jene vor, die nach dem Antrage hätte die zweite werden sollen.

Meine Absicht war dabei hauptsächlich, den Geist auf die Idee der Dauer zu leiten, welche die Geschichte, besonders jene des römischen und des venetianischen Senates, dieser politischen Benennung so unvertilgbar aufgedrückt hat.

Nach der Bekanntmachung der Verfassung hatte ich sie durch die k. k. Gesandtschaften zur Kenntniß aller europäischen Höfe zu bringen und zugleich bei diesem Anlaß den Gesichtspunkt festzustellen, aus welchem diese Gewährung des Kaisers aufzufassen sei. Ich erließ zu diesem Behufe am 30. April 1848 eine Cirkular-Depesche, die ich hier einschalte, weil sie die Geschichte des Tages näher bezeichnet, und weil die Ansichten, die ich in derselben entwickelte, zu den Bestimmungsgründen meiner Handlungsweise gehörten. Sie ging nicht in die Öffentlichkeit über, und die bald darauf erfolgte Zerreißung dieser Verfassung ließ ihr keinen andern Werth, als jenen eines geschichtlichen Aktenstückes.

Cirkular-Depesche vom 30. April 1848.

„Der Übergang von der bisherigen Regierungsweise des österreichischen Kaiserstaates zu jener, welche Kaiser Ferdinand durch die Verfassungsurkunde vom 25. April gegründet hat, ist zu schnell gewesen, als daß man nicht leicht dahin geführt werden sollte, das Ereigniß mit dem Namen Revolution zu bezeichnen."

„Nimmt man aber in Betracht, daß das am 15. März bekannt gemachte kaiserliche Patent auf drei Tage der Bewegung einen Zustand der Gemüther folgen ließ, welcher nur mehr Freude und Vertrauen athmete, — so muß man zuge-

stehen, daß das, was sich in Wien zutrug, nicht in die Reihe der heutzutage so häufigen revolutionären Staatsumwälzungen versetzt werden kann, und daß die Begebenheiten einen ihnen eigenthümlichen Charakter getragen haben; so daß man sie nicht nur gesehen, sondern studirt haben muß, um sie vollends zu begreifen."

„Heute liegt mir ob, Euer ꝛc. das Ergebniß zu erklären, damit Dieselben über die Stelle, die ihm angewiesen ist, nicht in Zweifel bleiben können."

„Die Folge, welche Se. Majestät der Kaiser in Übereinstimmung mit dem versammelten Familienrathe dem allerhöchsten Patente vom 15. März gegeben haben, hat bewiesen, daß die kaiserliche Familie die Lage der Dinge, wie sie ist, verstanden hat. Es handelte sich hier von einer allgemein gewordenen Überzeugung, der man sich anschließen und die man befriedigen mußte. Dieß ist geschehen."

„Es hatte in der That das Wirken der Zeit, wenn auch in Österreich weniger heftig hervortretend in Folge der langen Aufrechthaltung der alten Regierungsformen, seinen Einfluß auch hier auf alle Klassen der Gesellschaft erstreckt und allen neue Überzeugungen eingeflößt. Indem seit Jahren die Stände einzelner Provinzen des Reiches auf Reformen drangen, lieferten sie den Beweis, daß die immer schwere und oft gefährliche Sorge zu reformiren nicht der Verantwortlichkeit der Regierung anheimgegeben sei. Ihre Rolle und ihre Stellung war einfacher und konnte sich darauf beschränken, Änderungen zu proklamiren, die schon durch die Meinung aller Klassen der Gesellschaft herbeigerufen und sanktionirt waren. Diese That-

sache wird bestätiget durch die allgemeine Zustimmung, die das kaiserliche Patent vom 15. März gefunden hat, und durch das Vertrauen, mit dem das ganze Land der Verlautbarung der Verfassung entgegensah, die der Kaiser seinen Völkern zu geben versprochen hatte."

„Nichts in jenem schwierigen Augenblicke ist im Wege der Gewalt verändert oder von seinem Platze verdrängt worden; eine administrative Krise hat stattgefunden, durch welche der Kreis der politischen Rechte der Staatsbürger erweitert und diesen Rechten eine breitere und gesichertere Grundlage als bisher ausgemittelt worden ist. Diese Krise hat viel gegeben und Niemanden etwas genommen; hierin aber liegt der eigenthümliche Charakter der politischen Veränderungen, welche zu Wien statt gefunden haben."

„Die sonst auf den 19. April fallende Feier des Geburtsfestes des Kaisers war dieses Jahr, der Charwoche wegen, auf den 25. verlegt worden. Diesen Tag wählten Se. k. k. Majestät, um die Verfassungsurkunde bekannt machen zu lassen, welche Euer ꝛc. in den Zeitungen gefunden haben, und von welcher ich Ihnen anbei einige Exemplare, eines davon für das Archiv der Gesandtschaft bestimmt, übersende."

„Dieselbe beruht auf der doppelten Grundlage der bürgerlichen Freiheit der Individuen, und der politischen Freiheit des Landes."

„Heutzutage gehört die Formulirung der Grundsätze, welche diese Freiheiten gewährleisten sollen, dem Bereiche des allgemeinen Vernunfterkenntnisses an. Es konnte sonach auch die

Akte, welche in Österreich die konstitutionelle Regierungsweise gründen soll, nicht eine ihr eigenthümliche Form tragen."

„Hüten wir uns aber, diese Form für die Freiheit selbst zu halten. Sie ist nur der Beweis des Bestehens derselben, die Bürgschaft für ihre Fortdauer. Im Lande selbst, im Geiste seiner Bevölkerung muß die Freiheit ihr Leben bewähren; das höchste Merkmal ihres Daseins wird die Volksvertretung sein."

„Im österreichischen Kaiserstaate insbesondere tritt diese Wahrheit an den Tag; hier wie nirgends anders wird sie durch die Eigenthümlichkeit der Bildung des Staates in Evidenz gesetzt."

„Das Kaiserthum Österreich hat nicht zur Grundlage das ausschließende Nationalitätsprincip. Dieses Princip — von dem der Begriff eines „Volkes" sein Bestehen herleitet —, ist eben darum ein Princip der Trennung unter den Nationen. Auch dieser Dualismus ist ein Gesetz der moralischen Welt, wie es jener andere Dualismus ist, welcher den individuellfreien Menschen dem kollektiven Menschen mit allen Beschränkungen des gesellschaftlichen Zustandes entgegenstellt."

„So sind die Völker des österreichischen Kaiserstaates Individualitäten, denen die Verfassungsurkunde des Reiches ihre vollkommene und gänzliche Freiheit sichert."

„Alle Elemente, alle Bürgschaften dieser Freiheit sind in den §. §. 54, 55, 56, 57 der Verfassungsurkunde enthalten."

„Die Ausübung der Rechte der Provinzen, so wie jene der Municipien und Kommunen ist denen anheimgestellt, die zum Genusse derselben berufen sind. In diesem Sinne sind und bleiben die Provinzialstände dazu bestimmt, das eigenthümliche

Interesse der Provinz zu wahren. Der von einer administrativen Centralisation unzertrennliche Druck wird daher aufhören in dem Kaiserthume Österreich möglich zu sein; in diesem wird das Einheitsprincip und die Centralgewalt in dem vereinigten Reichstage seinen Schwerpunkt finden."

„Die Zukunft unsers Vaterlandes liegt in der geregelten Bewegung jener großen und breiten Institutionen, welche, indem sie den Lokalinteressen dort, wo sie hingehören, das Recht der Selbstregierung angedeihen lassen, das Princip der moralischen Souveränität der höchsten Sphäre des Staatslebens allein vorbehalten."

„Wissen die Menschen die organischen Gebilde, die hier geboten sind, gehörig zu leiten, so wird ein unübersteiglicher Damm errichtet sein gegen jene socialen Umwälzungen, die man heutzutage Gesetz und Wohlstand ganzer Völker in den Abgrund schleudern sieht."

„In dieser kurzen Darstellung werden Euer &c. die Mittel finden, sich dort, wo es vonnöthen, über die Natur der Institutionen, durch welche in Österreich die Formen einer konstitutionellen Regierung gegründet worden sind, gehörig auszusprechen."

Graf Ficquelmont.

Ich war der nächste berufen, die politische Gesinnung Seiner Majestät des Kaisers und der gesammten kaiserlichen Familie kund zu geben.

Als es sich darum handelte, die Grundlage der Macht und die Stellung des regierenden Hauses zu verändern, konnte ich, in der Eigenschaft eines Ministers des Hauses, die Ur-

kunde, vermöge welcher diese Veränderung vor sich zu gehen hatte, nicht unterfertigen, so lange sie nicht die Zustimmung des vereinigten kaiserlichen Hauses erhalten hatte.

Zur Prüfung des Entwurfes dieser Staatsverfassung und zur Erwägung der Gründe zur Erlassung derselben wurde, auf Befehl Seiner Majestät des Kaisers, unter dem Vorsitze Seiner kaiserlichen Hoheit des Erzherzoges Franz Karl, im Beisein Seiner kaiserlichen Hoheit des Erzherzogs Franz Joseph (nunmehrigen regierenden Kaisers), Seiner k. k. Hoheit des Erzherzogs Ludwig und der übrigen damals in Wien anwesenden Mitglieder des kaiserlichen Hauses eine Conferenz gehalten.

Mir wurde dabei die Gelegenheit zu hören, mit welcher Aufrichtigkeit der Gesinnung und hochherzigen Freisinnigkeit die Haupt-Grundzüge dieser Urkunde aufgefaßt wurden.

Nach wenigen, jedoch für die Gewissensruhe des hohen Rathes wesentlichen Modifikationen wurde übrigens für das Ganze mit nachsichtiger Milde eine Formulirung angenommen, die mehr der Zeit als den Menschen angehört.

Diese Verfassung, so mangelhaft sie auch war (und wo hat man heutzutage eine vollkommene aufzuweisen) wäre doch eine Bucht gewesen, wo man, so lange kein Sturm sich erhob, besseres Wetter hätte abwarten können, und aus welcher das Staatsschiff mit frischem günstigen Winde sodann in den sicheren Hafen eingelaufen wäre, um mit allen Königreichen Österreichs Anker zu werfen auf freiem breiten Grunde.

Zu jeder Staatsform, sie mag sein welche sie wolle, gehört aber eine feste starke Regierung. Die erlassene Ver-

fassung hätte Schutzwehr sein sollen gegen das Einreißen dessen, was vom alten Staat aufrecht geblieben und noch zum neuen Bau zu verwenden war. Eine Regierung, die verstanden hätte die Befriedigung zu benützen, mit welcher die größere Zahl der Bevölkerung diese Verfassung aufgenommen hatte, würde mit kräftiger Hand die Leitung aller inneren Angelegenheiten wieder ergriffen haben.

Der Herr Minister des Inneren war durch seine frühere Stellung und durch den Umfang der ihm anvertrauten Gewalten dazu berufen. Durch mehrere Jahre hatte er als Hofkanzler der vereinigten Hofkanzlei die wichtigsten Zweige der Verwaltung im Staate geleitet, er vereinigte sie nun alle in seiner Hand, mit allen Attributen der aufgehobenen Polizeihofstelle vermehrt. Auch war das Institut der National-Garde seinem Ministerium zugewiesen, alle die zahlreichen wohl bewaffneten Körper der Stadt Wien waren ihm untergeordnet. —

Seine erste Sorge hätte die sein sollen, die bedeutende organisirte Volksbewaffnung Wien's gegen die Verführungskünste der Fremden zu schützen, und zu verhindern, daß sie, ins Leben gerufen zur Aufrechthaltung der öffentlichen Sicherheit, nicht Werkzeug der revolutionären Emissäre würde; was leider nur zu bald und tief greifend geschah. Es wurde zu diesem Zwecke kein Weg unbetreten, kein Mittel unversucht gelassen; kundige Rathgeber, unerschrockene Führer, waren von allen Punkten der revolutionären Windrose herbeigeeilt. Polen, Ungarn, Italiener, alle S t a a t s b ü r g e r Ö s t e r r e i c h s, waren die gefährlichsten dieser Emissäre, sie kamen

mit patriotischen Äußerungen gemeinschaftlicher Freiheit im Munde, um zum Vortheil ihrer Losreißungsabsichten die thätigen Beförderer aller Umtriebe zu sein, welche gegen die Central-Regierung gerichtet waren. Der Herrr Minister des Innern dachte jedoch, daß in der Zeit, wo Seine Majestät der Kaiser ein gemeinschaftliches Vaterland für alle Völker der Monarchie gründen wollte, es dieser hohen Absicht zuwider wäre, irgend einen dieser neuen Staatsbürger von der Hauptstadt zu entfernen, so lange keine bestimmte erwiesene Thatsache hiezu berechtigte. Diese nachsichtige Behandlung offener Feinde kam der Österreichischen Freiheit überhaupt, ganz besonders aber der Wiener Freiheit theuer zu stehen. Die Folgen davon ließen nicht lange auf sich warten. Die zügellose verkäufliche Presse eröffnete den Kampf; die Angriffe der leitenden Vereine wurden laut, jene der neuen Clubbs noch heftiger. Ich wurde zum Zielpunkte dieser Angriffe bezeichnet. Ich war Allen ein Hinderniß, das man aus dem Wege, den man zu gehen entschieden war, schaffen wollte.

Es mochte wohl allgemein bekannt geworden sein, daß keine Einhelligkeit im Ministerium herrsche; erwiesen mußte es jedoch einem jeden sein, daß die Verschiedenheit der Ansichten mehr über die Art, wie die Gewalt zu brauchen sei, als in der eigentlichen Lösung von Fragen zu suchen war, welche mehr in dem Gange der Ereignisse als in den Händen der Menschen lagen. Ich war der Meinung, daß die Stellung der Regierung eben darum um so eher befestiget werden müßte, je mehr man von allen Seiten sie zu schwächen suchte.

Die eifrigsten Beförderer der Revolution drängten dahin, daß die Armee auf die Verfassung beeidigt werde; sie verlangten, daß es feierlich an dem Tage ihrer Verkündigung geschehe, gemeinschaftlich mit der Nationalgarde. Ich erklärte, keinen Anstand zu nehmen, daß für die Armee der Eid auf die Verfassung mit in den Fahneneid aufgenommen, und er geleistet werde, wann und wie die Dienstvorschrift es haben will; daß es aber einen störenden Eindruck auf das Pflichtgefühl des Soldaten machen würde, wenn zwei verschiedene getrennte Eide von ihm gefordert würden; daß für die Armee alle Gewalten des Staates in der Person des Kaisers versinnlicht bleiben sollen; daß Treue und Gehorsam erschüttert werden, wenn der Begriff dieser Pflicht nicht klar und einfach bestimmt ist, und besonders wenn er der Einheit mangelt. Der Gehorsam läßt sich nicht theilen, wie die Macht; wenn er nicht ganz bleibt, hört er auf zu sein. Eben aus derselben Anschauungsweise hatte ich mich dem Antrag entgegengesetzt, daß die Nationalgarde bloß auf die Verfassung beeidigt werde; als bewaffnete Macht müsse sie dem Kaiser schwören. Auch solle man nicht im Volke die Idee aufkommen lassen, daß zwei verschiedene getrennte Gewalten gleichzeitig im Staate bestehen können.

Die vollziehende Gewalt gebührt dem Kaiser allein; das waren die Worte der Verfassung.

Es wurde im Ministerrathe beschlossen, daß die von mir einverständlich mit dem Herrn Kriegsminister angetragene Formel der Vereidigung auf die „Verfassung", nach erhaltener Genehmigung Seiner Majestät mit dem üblichen Fahneneide vereinigt werden solle.

Es wurde dabei auf den sehr wichtigen Umstand Rücksicht genommen, daß die Eidformel so zu stellen war, daß die ungarischen Truppen den Eid leisten konnten, ohne daß der ungarische Reichstag eine Ursache finden könne, gegen diese Eidesleistung zu protestiren, und einen Grund mehr gewänne, die ungarischen Truppen von der Armee, als Einheit gedacht, absondern zu wollen. Das Wort Verfassung, gestellt, wie es war, bezog sich auf die ungarische, wie auf die neue österreichische.

Für die Nationalgarde wurde kein Antrag mehr gestellt und es unterblieb ihre Beeidung; es kann sich ein jeder aus der Sachlage die Ursache zu ermitteln suchen. Überhaupt blieb die Organisation der Nationalgarde sehr unvollständig; sie wurde nur in den praktischen Dienstverrichtungen geübt und verwendet, ohne einem festen organischen Gesetz unterzogen worden zu sein.

Sie blieb eine frei gelassene bewaffnete deliberative Macht; die akademische Legion, freier noch, wurde als Avantgarde dieser Macht gestellt und gebraucht. Beide waren in ihrer schwankenden Stellung ein für die Unordnung geschaffenes Werkzeug, gerade das Entgegengesetzte dessen, was sie hätten sein sollen.

Es hatte sich ein lebhafter Streit in der Presse über das Ein- oder Zweikammer-System entsponnen; derjenige Theil der Revolutionsmänner, die sich zu den Ansichten der Pariser Revolution vom 24. Februar und zu jenen mit denselben verwandten von Frankfurt bekannte, wollte auch für Wien nur Eine Kammer. Es war zu erwarten, daß diese Männer

die Verfassungsurkunde mit aller der Heftigkeit ihrer Gesinnung angreifen würden, weil sie eine oktroirte war und weil sie zwei Kammern bedingte. In dieser Voraussicht hätte man Gegenanstalten treffen sollen; die Sicherheit des Staates erforderte präventive Maßregeln.

Die Polen hatten sich in Wien als eine feste geschlossene Partei für die Agitation gebildet. Eine galizische Deputation, die nach Wien gekommen war, um Klage gegen einige der Verfügungen des Grafen Franz Stadion zu führen, und die mit der Forderung auftrat, daß augenblicklich alle deutsche Beamten aus Galizien entfernt und durch nationale ersetzt werden sollten, hatte sich mit an die Spitze der Bewegung gestellt. — Sie hatte sich zu diesem Behufe mit allen Vereinen verbrüdert, welche als die Leiter der Umtriebe Wien's bekannt waren; sie wirkte mit Schrift und Wort in der Presse und als Volksredner. Ihre Glieder versäumten nichts, um mit der ihnen eigenen geselligen Gewandtheit auf alle Klassen der Bevölkerung Einfluß zu gewinnen.

Meine frühern Verhältnisse ließen ihnen besorgen, mich als einen Gegner zu finden.

Sehr oft führt in der Gerichtspflege ein scheinbar unbedeutender Umstand auf die Entdeckung eines Verbrechens; so kann man auch auf die Spur einer böswilligen Absicht geführt werden.

Eines Tages hatte das Blatt: die Konstitution einen sogenannten Korrespondenz-Artikel aus Rußland aufgenommen, betitelt, so viel ich mich dessen erinnere, kaiserliche Bestechung.

Es wurde in demselben gesagt, daß sobald der Kaiser von Rußland erfahren habe, ich sei zum Minister der auswärtigen Angelegenheiten ernannt worden, so hätte er die Schwester meiner Frau, die Comtesse Tiesenhausen, Hoffräulein Ihrer Majestät der Kaiserin von Rußland, mit einem Antheile eines sibirischen Goldsandlagers beschenkt, dessen Reichhaltigkeit schon so bekannt war, daß eine Spekulantengesellschaft ihr gleich dafür sieben Millionen Rubeln anboth. Diese wahrhaft romantische Großmuth sollte in weiblicher Linie auf mich zurück wirken. Die Widerlegung lag von selbst in der Übertreibung.

Der Name der Familie Tiesenhausen, zum Esthländischen Adel gehörig, schreibt sich in Esthland und in Rußland, wie er hier vorliegt. Ein Zweig derselben ist aber seit langer Zeit in Litthauen ansässig. Dort und in Polen wird der Name mit polnischer Orthographie geschrieben, und in dem Wiener Artikel erschien er nach dieser Schreibart — Tyßzenhausen; das war genug, um die Quelle der Erfindung zu beweisen, es war ein Ursprungs-Certifikat! Dieser Umstand hatte an und für sich keinen anderen Werth als den eines Zeichens für mich, daß die polnische Agitation gegen mich gerichtet sei. Nationalität, als das einzige wahre und gerechte Element der Staatenbildung, Russenhaß, Herstellung Polens, das waren die täglichen Argumente der politischen Deklamationen in Wien, wie in ganz Deutschland, das waren die Beweise der Regsamkeit aller Polen; sie wurde in Wien gesteigert, weil die galizische Deputation nicht dieselbe Willfährigkeit beim Ministerium des Inneren gefunden hatte, die man, außerhalb der

Wirksamkeit des Ministerrathes, für die böhmische sogenannte Wenzelsbad-Deputation gehabt hatte.

Von allen Seiten ergingen Zeichen eines nahen Sturmes; schon am 14. April hatte man in einer zahlreichen Volksversammlung auf eine Petition angetragen, daß alle Mitglieder des Ministeriums, welche keine Volksmänner wären, entfernt werden, daß der Herr F. M. L. Graf Hoyos in dem Oberkommando der Nationalgarde ersetzt werden solle, da nur ein Bürgerlicher bürgerliche Garden befehligen könne.

Auf einem anderen Wege wurde das Ministerium in seinem Inneren geschwächt.

Um die Mitte Aprils war es seiner Auflösung nahe. Zwei Mitglieder desselben hatten erklärt, austreten zu wollen. Als ich es dem versammelten Rathe zur Kenntniß brachte, äußerten die übrigen Minister: Wenn es so sei, müßten wir alle um unsere Enthebung bitten.

Ich meiner Seits erklärte, ich sei nicht in der Lage, ein neues Ministerium zu bilden; ich sei, nach einer neunmonatlichen Abwesenheit, am 16. März in Wien wieder eingetroffen; ich hätte die Stadt in ein wahres Schlachtfeld umgewandelt gefunden. Obgleich allen Parteien fremd und ohne jemals in Berührung mit den wichtigsten Führern derselben gewesen zu sein, hatte ich aus reinem beinahe blindem Pflichtgefühl, eben weil es ein Schlachtfeld war, das Ministerium übernehmen müssen, zu dessen Leitung Seine Majestät mich berufen hätten.

Im Falle der Bildung eines neuen Ministeriums frug ich: Wen man wohl zum Minister des Innern Seiner Maje-

stät vorschlagen könnte? Es wurde darauf Jemand genannt, dessen Namen ich ohne Bemerkung fallen ließ, aus Gründen, deren Angabe nicht hieher gehört.

Ich war für jetzt entschieden, nicht zurückzutreten, wiewohl ich meine Stellung nur als eine vorübergehende betrachtete. Auch nach der definitiven Versetzung des Herrn Grafen von Kolowrat in den Ruhestand, blieb ich nur provisorisch mit der fortgesetzten Leitung des Präsidiums beauftragt, die ich am 4. April wegen Krankheit des gedachten Grafen übernommen hatte. Dieses Provisorium stellte einen andern Rathspräsidenten in Aussicht; viele Stimmen bezeichneten ihn, ich war damit einverstanden und entschlossen, den Platz zu behaupten, bis er käme. Ich fühlte, daß ich der neu angebrochenen Zeit nicht angehörte; sie ist zu bewegt und zu laut für mein Alter, doch würde ich, obgleich des Schweigens gewohnt, Worte zur Vertheidigung meiner Ansicht gefunden haben, wenn ich in mir die Fassung gefunden hätte, die zu dem neuen Gedankenkriege nothwendig ist, wo man kaltblütig dem Mangel an Aufrichtigkeit zu begegnen hat. Ich meine damit die zur herrschenden Sitte gewordene Politik, vorgefaßte Meinungen zum Gesetze zu erheben, ohne jemals den Vernunftgründen des Gegners Rechnung tragen zu wollen. Als vertraute Schildwache am Eingange des Hoflagers aufgestellt, wollte ich bis zur Ablösung auf dem Posten stehen bleiben. Ich beschwor deßhalb die Herren, alle beisammen zu bleiben, um nicht durch ihren Rücktritt den Thron in einem Augenblicke bloß zu stellen, wo Alles noch in Frage gestellt war, und um nicht der von allen Seiten hereinbrechenden Anarchie den Platz frei zu lassen.

Damals wurde auch vom Ministerrathe der Beschluß gefaßt, die Feier des Geburtstages des Kaisers wegen der Charwoche vom 19. April auf den 25. zu übertragen, und sich unausgesetzt mit der Vollendung des Entwurfes der Verfassung zu beschäftigen, so daß sie für den 25. publizirt werden konnte.

Inzwischen hatte Se. Excellenz der Herr Justizminister Graf Taaffe sein Ministerium unmittelbar in die Hände Seiner Majestät niedergelegt und seine Enthebung erhalten. Der Herr Baron Sommaruga wurde zum Justizminister ernannt, mit provisorischer Fortführung des Ministeriums des öffentlichen Unterrichtes.

Am 19. blieb nur noch die Modalität der Verlautbarung der Verfassungsurkunde zu beschließen. An demselben Tag erneuerte der Herr Minister des Inneren die Bitte, seine ehrerbietige Erklärung an den Thron zu bringen, daß seine geschwächte Gesundheit den politischen und moralischen Stürmen nicht gewachsen sei; daß er nicht auf den augenblicklichen Austritt dringe, allein daß es seine Pflicht sei, auf die Nothwendigkeit aufmerksam zu machen, schon jetzt für die Besetzung seines Amtes vorzusehen, welchem er jeden Augenblick durch die tiefe Erschütterung seiner Kräfte entzogen werden könnte.

Der Herr Minister erklärte sich übrigens dahin, eigentlich nicht aus dem Ministerium scheiden, sondern bloß seine Gesundheit schonen zu wollen, und daß er daher bereit wäre, das erledigte Ministerium des öffentlichen Unterrichtes zu übernehmen, welches ihm doch mehr Ruhe gönnen würde.

Am 20. April erhielt ich von dem Herrn Kriegsminister, FML. Zanini, die Aufforderung, sein am 13. an das Präsi-

dium gerichtetes Gesuch um Enthebung von seinem Posten der Schlußfassung Seiner Majestät unterlegen zu wollen; denn er vermöge nicht länger das Ministerium zu leiten.

In der Ministersitzung desselben Tages setzte der Herr FML. Zanini die Gründe seines Austrittes auf eine Weise auseinander, daß ich auch, ohne die Ermächtigung von ihm eingeholt zu haben, keinen Anstand nehmen kann, sie hier zu veröffentlichen. „Er erklärte, die Wichtigkeit des Kriegsmini-„steriums sei in diesem Augenblicke zu groß; die Leitung des-„selben fordere zu viel Thatkraft, Entschiedenheit und Kriegs-„bildung, als daß er, welcher so lang in untergeordneter „Stellung beim Hofkriegsrath verwendet gewesen, auf einmal „als Chef einer Stelle wirken könne, bei welcher höher gra-„duirte Generäle noch angestellt wären. Abgesehen von den hö-„heren Geschäften, handele es sich hier zunächst um die Bildung „des Hofkriegsrathes, und daß ihm eine Form gegeben werde, „welche den neuen Verhältnissen anpasse; er könne und wolle „diese Umbildung nicht auf sich nehmen." Der Ministerrath zollte dieser Erklärung die Achtung, die ihr gebührte, und verlangte von ihm einen Antrag zur Besetzung der Stelle.

Herr FML. Zanini erklärte, er kenne für diesen Posten keinen fähigeren und mehr begabten als den Feldzeugmeister Grafen Latour, welcher durch seine Laufbahn vielseitig gebildet, zu einem Kriegsminister wie kein anderer, so zu sagen, auferzogen worden wäre. Um die Aufrichtigkeit seiner Überzeugung noch kräftiger zu beweisen, erklärte er sich bereit, sich unter der Leitung des Herrn FZM. Grafen Latour bei dem Kriegsministerium so verwenden zu lassen, wie er es bei der früher be-

standenen Kriegsverwaltung wurde. Ich gab meine Beistimmung in Beziehung auf die wissenschaftlich und praktisch ausgebildeten Fähigkeiten des Vorgeschlagenen zu erkennen und fügte bei, ich könne auch für Herz und Verstand desselben Bürge sein. Auch die andern Minister schienen der Überzeugung zu sein, daß keine bessere Wahl getroffen werden könne. Da aber Graf Latour mir nahe verwandt war, enthielt ich mich der Abstimmung und verließ den Sitzungssaal. Es währte nicht lange und ich wurde ersucht wieder einzutreten, der Rath wäre einstimmig für diese Wahl.

Als Zeichen der Zeit muß ich doch erwähnen, daß mit Anerkennung der vollständigsten Befähigung es doch bedauert wurde, daß Graf Latour zur höheren Aristokratie gehöre. Es war dieses Bedauern durchaus nicht die persönliche Ansicht der Mitglieder des Rathes; es war aber ihre Überzeugung, daß diese Ernennung auf die öffentliche Meinung aufregend wirken würde. Nach einiger Zeit hatte sich jedoch diese Aufregung gelegt.

Graf Latour fiel später als Opfer der Revolution, nicht weil er Aristokrat war, sondern er fiel, weil seine kenntnißreiche Thätigkeit Kräfte ins Dasein gerufen hatte, die sich überall als fester Damm den Feinden der Monarchie siegreich entgegenstellten. Ein treu ergebener Diener und Rathgeber seines Herrn und des Staates, allen Umtrieben Feind, fremd jeder Partei, fiel er als Soldat in dem Hause seiner ministeriellen Wirksamkeit unbesorgt um seine Sicherheit. Die äußerste Partei, zum Kampfe entschieden, hatte sich den Mann zum Opfer auserkoren, von dessen standhafter Thätigkeit sie am meisten zu fürchten hatte.

Kaum war der Graf Latour zum Kriegsminister ernannt, so war seine erste Sorge, die Umbildung des früheren kollegialischen Hofkriegsrathes in ein Ministerium, dessen Verantwortlichkeit er zu übernehmen hatte, zu veranlassen und gleichzeitig den Antrag zur Vermehrung der Armee zu stellen. Dieselbe bestand in der Vollzähligmachung der dritten Bataillone bei allen Infanterie-Regimentern, in der Aufstellung aller Reserve-Divisionen und Reserve-Eskadrons. Alle diese neuen Formationen betrugen nahe an Achtzig Tausend Mann.

Aus meinem Standpunkte hatte ich nur Gründe, um diesen Antrag zu unterstützen und die Beschleunigung des Vollzugs zu wünschen. Der Kriegsminister besagte, er würde ungesäumt den Voranschlag vorlegen.

Der Herr Finanzminister erklärte mit wahren staatsmännischen Ansichten, die Vermehrung der Ausgaben sei nicht Gegenstand der Berathung; sobald jene der Armee als unerläßlich befunden würde, werde es seine Pflicht sein für das Gelderforderniß zu sorgen. In einem Augenblicke, wo so viele Quellen des Einkommens versiegten, werde dieß allerdings den Finanzen sehr schwer fallen; da er indessen von der Nothwendigkeit der Maßregel durchdrungen sei, gebe er ohne weiters seine Zustimmung. Der Herr Minister des Innern fand seiner Seits keinen Anstand zu erheben, so daß in einer Stunde Zeit der Beschluß gefaßt, und von dem Herrn Kriegsminister noch an demselben Tage Seiner Majestät der Vortrag unterlegt werden konnte. Schon am folgenden waren alle Maßregeln zur Ausführung im Gange.

Es währte nicht lange, und man sah schon die Erfolge davon. Es wurden augenblicklich Verstärkungen nach Italien und Tirol in Marsch gesetzt, und es war durch die neuen Stellungen für den Ersatz im Innern gesorgt. Es wurden keine organischen Veränderungen vorgenommen, aber die Hindernisse der Wirksamkeit der alten österreichischen Kriegsinstitutionen waren beseitiget, Thätigkeit und Thatkraft hatten ein freies Feld, und bald sah man durch die Leistungen der Kriegsverwaltung und durch die Thaten der Armee, welche Stärke in dem militärischen System und überhaupt in der Organisation Österreichs liege.

Es gibt kein Geschäft, welches so vielseitige Kräfte in Anspruch nimmt, wie das einer Truppenstellung in dem Umfange, wie jene, die angeordnet war; aber die Verfügungen von Seiten der Ministerien fanden überall bereitwillige Ausführung, nirgends Saumseligkeit in den Behörden, nirgends Renitenz im Volke; alle Bevölkerungen zeigten dabei, welcher gute Geist sie beseelte. Selbst Galizien, das vom Auslande so verdächtigte Land, zeichnete sich, trotz aller polnischen Wühlereien und Geldverführungen, durch die schnelle Pünktlichkeit seiner Stellungen aus. Der Staatsorganismus war noch gesund und kräftig; in Wien allein hatte man das Übel sich einnisten und verbreiten lassen.

Gleich nach der Erscheinung der Verfassungsurkunde wurde sie heftig angegriffen; mit jedem Tage stieg die Aufregung. Ein Anlaß hiezu war auch die Ernennung des Grafen Latour zum Kriegsministerium. Ich wurde in der Presse angeklagt, den F. M. L. Zanini verdrängt zu haben, weil er

ein Mann aus dem Volke sei; dieses deute auf Reaktion und bezeichne mich als den Hauptführer derselben.

Um zu begreifen, wie diese Insinuationen auf den Gang der Ereignisse so entscheidend wirken konnten, ist es nöthig die Kräfte zu messen, welche darauf Einfluß genommen haben.

Die aus Principien wirkende Umsturzpartei, welche selten von persönlichen Rücksichten sowohl für sich selbst als noch viel weniger für Andere zurückgehalten wird, war mit den Ergebnissen des Monats März nicht zufrieden, sie wollte mehr, sie wollte den ganzen Inhalt des revolutionären Programmes durchführen. Während der gemachten Pause hatte sie einen neuen Angriff mit frischem Anlauf vorbereitet. Sie hatte hiezu die Zufriedengestellten beunruhigt, wobei die zwei Worte, Aristokratie und Reaktion, die Hauptrolle spielten. Diejenigen, welche der Aristokratie als Princip nicht abhold waren, sollten von der Gefahr einer Reaktion, wobei das Gewonnene verloren gehen würde, beängstigt werden. Nur zu gut gelang ihnen ihr Werk. Viele der Gemäßigten schloßen sich bethört als thätige Werkzeuge den Revolutionärs an, viele ließen Alles ohne Widerstand geschehen und verstärkten den Angriff durch stillschweigende Zustimmung; sie dachten sich dabei, lieber etwas zu weit gehen, als zurück.

Man kann nicht die Gegner der Revolution mit dem Namen einer Partei bezeichnen, wenigstens nicht einer solchen Partei, die im Stande gewesen wäre, einen wirklichen Parteikampf zu bestehen; ein theoretischer Principienstreit bildet allein keine Partei. Sie zeigte sich auch nirgends, weil sie nicht da war. Man hatte Alles kommen, Alles geschehen lassen,

sogar zum Theil mitgewirkt, unwissend und blind über die Tragweite der Erfolge. Von denen, die sich gern als Gegner der Revolution erklärt haben würden, ergaben sich die Klugen still in das unvermeidlich Gewordene. Die Unbesonnenen, ohne Fähigkeit zum Handeln, glaubten Muth zu zeigen durch lautes Opponiren und Drohen, sie vermehrten dadurch das Übel, indem sie die Gelegenheit gaben, ihre leeren Drohungen für Ernst zu halten, und dadurch die mit der Revolution befreundeten Gemäßigten veranlaßten, mit dem Strome der Bewegung weiter mitzugehen, als sie hätten gehen wollen. Die Führer der früheren liberalen Partei in der Staatsverwaltung, von ehrgeizigen selbstsüchtigen Absichten geleitet, mit Schwäche gepaart, harrten lauernd auf die Gelegenheit, für den eigenen Zweck selbst zu wirken und wirken zu lassen.

Ganz in seiner Nähe hatte Wien noch eine andere Gefahr. In Preßburg war eine ehrwürdige Krönungshöhe zur Warte einer anderen Revolution geworden. Von da beobachteten andere Führer die Bewegung Wiens, bereit sie zu ihren Zwecken mit treulos geschmeidigen Formen noch fortan so auszubeuten, wie sie es schon im März gethan hatten. Die Aufregung wurde von dort aus angeeifert, genährt; man wollte sich dann brüderlich in die Beute des einheitlichen Staates theilen, der zertrümmert werden sollte. Freiheit für Alle war das Zauberwort; das waren die Reden auf der Straße und in den Clubbs. An einem anderen Orte wurden Versicherungen anderer Art gegeben, Treue versprochen, Hülfe in Aussicht gestellt, und der Preis dafür bedingt und in Voraus gefordert.

Das Zeichen des Angriffs gegen mich war gegeben. Es handelte sich im Grunde genommen nicht um meine Person; der Zielpunkt lag höher hinauf. Mit dem leichter Durchzusetzenden wollte man beginnen, das Bestehende, so weit es noch Kraft zum Widerstande äußerte, sollte desorganisirt werden, um den letzten Zweck der Revolution erreichen zu können.

Ich bin während meiner Amtsleitung oft aufgefordert worden, mich öffentlich über meine Politik zu erklären; ich schwieg, weil ich nicht hätte sprechen können, ohne die Schwäche des Staates noch mehr aufzudecken, als sie es schon durch die Ereignisse selbst war, und aus diesem Grunde schwieg ich auch später nach der Hand, als ich ausgetreten war, und ließ lieber schiefe Urtheile über mich ergehen.

Wie hätte ich sprechen können? Damals wurden die erhabensten, die großmüthigsten Tugenden verkannt und mißbraucht. Sie waren in ihrer natürlichen, gemüthlichen, historisch-väterlichen Gestalt für eine solche Zeit ungenügend, doch wurden sie später in der feierlichen Abgeschiedenheit der Tyroler Berge durch den Entschluß der Entsagung zu dem höchsten Grade moralischer Größe erhoben; die große Lehre des Opfers verherrlichte die neue Thronbesteigung. In ritterlicher Jugendkraft, mit der hohen Widmung, entzweite Völker zu versöhnen und sie im Gesetze zu vereinen, wie sie es schon in hochherziger Liebe waren, erhielt von dem edlen Oheim und Vater der erlauchte Sprößling die heilige Weihe.

Man kann nun ohne irgend eine Gefahr von jener Zeit sprechen, wo Verschwörung, Verrath und doppelzüngige ehr-

geizige Schwäche das gemeinschaftliche Vaterland aller Österreicher an den Rand eines Abgrundes gebracht hatten. —

Ich schreite nun zur Darstellung des Erfolges jener gegen mich gerichteten Bemühungen. Er bildet einen nicht unwichtigen Zwischenfall der Wiener Ereignisse; das Individuelle kömmt dabei nicht in Betracht, selbst der Name ist nur eine Zufälligkeit.

Am 2. Mai um 11 Uhr Abends kam ich aus der Staatskanzlei zu Fuß in meine Wohnung in der Landhausgasse zurück. Diese kurze Strecke war, wie gewöhnlich um diese Zeit, still und Menschenleer. Kaum war ich eine Viertelstunde zu Hause, als man viel Volk auf der Straße hörte, es fing eine lärmende Katzenmusik an. Das Hauptthor wurde geschlossen. Man hörte vernemlich Verwünschungen gegen mich und die Aufforderung, ich solle aus dem Ministerium treten; es sei des Volkes Wille. Nach einer Stunde stieg ein Volksredner auf einen Markstein und sagte: „Da der Minister uns nicht hören zu wollen scheint, so gehen wir nach Hause. Morgen kommen wir wieder, zahlreicher, und jeden Tag immer zahlreicher, bis er geht.“ Dieses geschah ungehindert und ohne Exzesse anderer Art.

Am 3. Mai brachte ich in der Sitzung diesen Vorfall zur Kenntniß des Ministerraths, mit der Erwähnung, daß dessen Wiederholung angesagt worden, und daß mir von verschiedenen Seiten, nicht auf ämtlichem Wege, denn keiner führte in solchen Sachen zu mir, aber aus Theilnahme, von wohlwollenden Personen das Aviso zugekommen wäre, daß viele Studenten in die Vorstädte gegangen wären, um Arbeiter für den Auflauf

des Abends zu werben, und daß das Lubomirskysche Haus auf der Bastei ein Centralpunkt dieser Agitation zu sein scheine, aus welchem viele Bothen gesendet, und viele Briefe aus- und eingetragen würden. Nach meinem Dafürhalten seien Vorsichtsmaßregeln zu treffen und um so dringender, als die Staatskanzlei, wo man mich gewiß aufsuchen würde, der kaiserlichen Burg so nahe liege.

Im Anhange wird man als Berichtigung eines Artikels der Österreichischen Zeitung vom 5. Mai die Erzählung dessen finden, was am 3. geschehen war; ich hatte sie am 6. geschrieben in der Absicht sie zu veröffentlichen. Da jedoch die angesehensten Wiener Blätter ziemlich genau die Sache geschildert und verdientermassen scharf beurtheilt hatten, so dachte ich, es sei für den Augenblick überflüssig mehr davon zu reden, und ich schwieg. Ich will jedoch zur Vervollständigung des Bildes noch einige nähere Umstände angeben, welche Bestimmungsgründe meines Benehmens waren und welche beweisen, daß dieser Anschlag kein einfacher Straßenunfug war, für was man es von einer Seite aus Heimtücke, von der andern aus Leichtsinn hatte gelten machen wollen. Zu dem hätte man nicht gebraucht 12 bis 15000 Menschen in Bewegung zu setzen. Auch waren sie keine Straßenjungen; sie gehörten alle der akademischen Legion, der Nationalgarde und der Klasse der Arbeiter an, sie waren geordnet, sie bewegten sich aufs Commando-Wort von einem Platze zum andern. Es war ein Versuch im Großen, um die Kräfte zu prüfen, die man zu seiner Verfügung hatte, und um gleichzeitig auch den Widerstand zu messen.

Das Innere meiner Wohnung war seit 9 Uhr Abends mit Bewaffneten besetzt, und ich in der geheimen Hof- und Staatskanzlei in Blocade gehalten, jedoch ohne die mindeste Gewalt. Zwischen 10 und 11 Uhr ließ sich der Herr General Sardagna anmelden; er war Stadtkommandant und dem Oberkommando der Nationalgarde beigegeben worden, um ihm in der Organisirung und Leitung dieses Korps an die Hand zu gehen. Er war gekommen, um mich von dem Charakter und dem Zwecke dieses Volksauflaufs zu unterrichten.

Er berichtete mir, er sei durch alle Volkshaufen gegangen, er hätte sehr viele Nationalgardisten, jedoch ohne Feuergewehr, unter diesen Haufen gefunden; er hätte sie ermahnt, nicht an einem solchen Unfuge Theil zu nehmen. Sie versuchten alle ihn mit der Versicherung zu beruhigen, daß sie nichts Schlechtes im Sinne hätten, daß keine Excesse vorfallen würden, daß die Bürger und das Volk nichts anderes wollen als den Rücktritt des Ministers Ficquelmont; denn er verrathe das Vaterland. Der General Sardagna sagte mir, es sei ihm bekannt, daß diese Meinung seit einiger Zeit ziemlich allgemein in die Nationalgarde verbreitet worden sei, daß es daher ihm nicht räthlich scheine, sie gegen das Volk verwenden zu wollen. Es sei eine Abtheilung ausgerückt und als Sicherheitswache auf dem Josefsplatz aufgestellt, mehr könne er ohne höheren Befehl nicht veranlassen; es sei seine Pflicht, mich davon zu unterrichten und mich zu fragen, ob ich nicht den Befehl an den commandirenden General geben lassen wolle, einige Truppenabtheilungen zu beordern.

Ich sagte ihm: „Ich bin nicht ermächtigt, einen solchen „Befehl zu geben, und ich würde auch um so mehr Anstand „nehmen es in diesem Falle zu thun, als es sich bloß um meine „Person handelt; ich will nicht die Veranlassung zu einem „Conflicte sein, der ernste Folgen nach sich ziehen könnte. Sie „wissen, daß nach unsern alten Vorschriften, die jetzt noch „mehr Geltung haben, das Militär niemals einschreiten darf, „ohne dazu von der Civilbehörde aufgefordert zu sein. Ich bin „diese Civilbehörde nicht. Der Herr Minister des Inneren ist „derjenige, dem es zusteht, eine solche Aufforderung ergehen zu „lassen, besonders darum, weil er über die Nationalgarde zu „verfügen hat; er ist demnach zunächst berufen, für die Her-„stellung der Ordnung und der Ruhe zu sorgen; ihm allein „steht es daher zu, wenn die Mittel, die er in Händen hat, „nicht hinreichen, die Hilfe des Militärs zu verlangen. Ich „werde hier noch ein paar Stunden bleiben, beschäftigt mit „Expeditionen, die morgen früh ablaufen sollen. Handeln Sie „gesetzlich nach Pflicht und Gewissen, ich kann Ihnen nichts „anderes sagen."

Der Herr General Sardagna ist die einzige Person gewesen, die sich ämtlich um mich bekümmerte. Die Thätigkeit der Nationalgarde dürfte auch durch den Umstand gelähmt worden sein, daß der Oberkommandant derselben, der Herr F. M. L. Graf Hoyos, am Morgen die Versicherung erhalten hatte, daß Seine Majestät seinem Gesuch um Enthebung von diesem Posten willfahre und die Resolution darüber bereits zur Unterschrift vorliege. Graf Hoyos, Freund und beinahe täglicher Genosse meines Hauses, hatte um 5 Uhr meine Frau

besucht, um ihr das zu sagen; ich traf ihn noch im Weggehen auf der Stiege, wobei er mir bekannt machte, er habe von jetzt an nichts mehr mit der Nationalgarde zu thun. Man hatte seit einiger Zeit dem Grafen Hoyos die Führung seines Commandos auf alle mögliche Weise so zu erschweren gesucht, daß er es am Ende aufgeben mußte; es scheint dieser Umstand in Verbindung mit der Reihe jener Ereignisse zu stehen, die am 3. ihren Anfang nahmen.

Um mit dem, was mich dabei betroffen hat, zum Schlusse zu kommen, habe ich demjenigen, was man im Anhange lesen wird, nur noch Folgendes beizufügen:

Um 9 Uhr Abends wurde, wie bereits erwähnt, das Innere meiner Wohnung mit Bewaffneten besetzt, das Äußere von einer bedeutenden Volksmenge beobachtet; sie wogte hin und her von der Freiung durch die Landhausgasse zum Minoritenplatz, wo Verbindung mit dem Haufen auf dem Ballplatz unterhalten wurde, und von da über den Michaelsplatz in die Herrengasse. Diese Aufstellung des Volkes dauerte ungehindert von 9 Uhr bis 2 Uhr, während welcher Zeit ich zwei Stunden lang in der Staatskanzlei mit den sogenannten Abgeordneten des auf der Straße harrenden Volkes zu streiten hatte, und später das Hausrecht des Fürsten Clary auf das Gewaltthätigste verletzt wurde.

Es war um 2 Uhr Morgens, daß ich mich entschied, laut dem Volke zu erklären, daß das letzte Blatt Papier, das ich als Minister unterschreiben würde, mein Entlassungsgesuch sein werde.

Nicht vor dem Volke wich ich zurück, sondern vor der Regierung, die mich seit dem 2. Abends Preis gegeben hatte.

Wie hätte ich nach dem Erfahrenen ein Mitglied derselben, ihr provisorischer Präsident bleiben können? Ich hätte auf die Auflösung des Ministeriums antragen sollen; hätte ich es thun können? Der Inhalt dieser Schrift beweist, daß mir die Mittel hiezu fehlten.

Als ich aus der Staatskanzlei in's Haus des Fürsten Clary mich begab, ging ich durch die Menge unbekannt, begleitet von einigen der Gemäßigten; unter denselben befand sich ein Mediciner der academischen Legion, der in dem Berufe seines Standes, den Leidenden zu helfen, zwei Mal in der Nacht Nachrichten von mir ins Haus Clary überbracht hatte. Obgleich spät sage ich ihm itzt meinen Dank dafür. Der andere, mit dem ich mich unterwegs unterhielt, war ein Litterat, gemeiner National-Gardist. Ich frug ihn, wie er sich zu einer solchen Demonstration brauchen lassen könne, und was man eigentlich mit meinem Verdrängen bezwecke; darauf erwiederte er, mit einer Art Entschuldigung gegen mich, „daß solche Sachen sehr zu bedauern wären, sie könnten aber nicht anders; dieses sei nur der Anfang. Sie hätten noch viel und weit schwierigeres zu thun, das würde wohl drei Wochen dauern.“ — Diese Bestimmung der Zeit trifft genau mit dem später Geschehenen zusammen.

Dieser Mann gehörte nicht zu der vorderen Linie der Führer; er wirkte dabei als ein Glied der Masse, ein bloßer Handlanger, und dennoch wußte er, was die Partei bezwecke; eine Menge Menschen waren Mitwissende. Wie hätten die Behörden, beauftragt über die öffentliche Sicherheit zu wachen, von dem was vorging, nichts gewußt haben sollen? und wenn

dieselben von der Natur und von dem Zwecke dieser Umtriebe unterrichtet waren, wie kann man das Geschehenlassen erklären? Es wird der Geschichte nicht schwer fallen auf diese Frage bestimmte Antwort zu geben.

Teplitz, im November 1849.

Anhang.

Ueber einen Artikel der allgemeinen österreichischen Zeitung.

Wien, am 6. Mai 1848.

Der erste Artikel der Abendbeilage der allgemeinen österreichischen Zeitung vom 5. Mai ist betitelt:

Der unveränderliche Gedanke.

Ich will es einem Jeden überlassen, zu suchen, wie dieser Gallicismus auf unsere jetzigen Wiener Zustände angepaßt werden könne. — Ich habe nur mit einem Theile dieses Artikels mich zu beschäftigen, mit jenem nämlich, der mich betrifft. — Nach einem † und einem Stern — als Kennzeichen — hebt der Schreiber an: „Wien jubelt, weil Ficquelmont abgetreten ist; — Zanini wieder eingetreten?" — Die Zusammenziehung dieser zwei Begriffe enthält die Anklage, daß ich Zanini aus dem Ministerium vertrieben habe; der Jubel Wiens ist aber nicht vollständig, denn er ist noch nicht wieder eingetreten. — Ich bin berechtigt, die Sache aufzuklären, weil diese Handlung mir zugemuthet und in der Nacht vom 3. auf den 4. als Beschwerde vorgehalten wurde.

Zur Beseitigung derselben, in so fern, als sie sich auf mich bezieht, wird es ganz einfach genügen, den Brief hier abzuschreiben, den FML. Zanini am 27. April an mich richtete: „Ich bitte Euer Excellenz dringendst, mein schon so lange über-

„reichtes Gesuch um Enthebung von meiner Ministerstelle, ohne „den mindesten längeren Verzug, zum Schlusse zu bringen.“

An demselben Tage legte ich diesen Brief in seiner Gegenwart dem Ministerrathe vor, und reproduzirte das von mir seit sieben Tagen zurückbehaltene erste Enthebungsgesuch; es wurde an demselben Tage, nebst dem Antrage zum Ersatze, dem Kaiser vorgelegt. —

Dem FML. Zanini allein steht das Recht zu, die Gründe bekannt zu geben, die ihn zu diesem Schritte vermocht haben. — Ich will mit diesem Vorgange nur den Beweis liefern, daß ich, so viel es an mir lag, gesucht habe, den FML. Zanini im Ministerium zu erhalten. —

Da nun von dem Jubel Wiens über meinen Austritt gesprochen wurde, will ich doch, nachdem die öffentliche Meinung darüber ruhiger geworden zu sein scheint, einige Worte über den Hergang der Sache vernehmen lassen, ich will es um so mehr thun, als die allgemeine österreichische Zeitung und vielleicht auch andere Blätter mich als einen Partei-Chef, oder als den Zopf einer gefallenen Partei — um einen nicht attischen Ausdruck der politischen Sprache des Tages zu gebrauchen — bezeichnen. Die Thatsachen werden darüber zu antworten haben.

Am 2. nach Eilf Uhr Abends wurde mir in der Landhausgasse, vor meiner Wohnung, von einer zahlreichen Volksversammlung eine sogenannte Katzenmusik, mit der wiederholten Aufforderung gebracht, ich solle abdanken; um 12 Uhr ging dieser von keiner Seite gestörte Volksauflauf auseinander, mit dem gegenseitigen Zurufe, viel zahlreicher am folgenden Abende wieder zu kommen.

Die Sache war angesagt, vorbereitet, das wußte man. — Am 3. Abends zog sich meine Frau in das Haus meiner Tochter, der Fürstin Clary, in der Herrengasse zurück. Als sie fort war, fuhr ich um 8 Uhr in die Staatskanzlei — die gewöhnliche Stunde, wo ich jeden Abend hinging. —

Um drei Viertel auf neun Uhr wurde mir von meinen Dienstleuten gemeldet, die Landhausgasse sei vom Volke so gefüllt, daß man nicht mehr durchgehen könne; das Volk sei lärmend, und verlange mich zu sehen. Nach einer halben Stunde zog sich jedoch dieser Auflauf gegen den Kohlmarkt zurück, und stieß auf einen andern weit zahlreicheren, der vom Graben herkam. Beide vereinigt, zogen wieder theils durch die Wallnerstraße, theils durch die Herrengasse in die Landhausgasse hin. — Es wurde der Einlaß in meine Wohnung gefordert, unter Androhung Gewalt zu brauchen, wenn er verweigert würde. — Zwölf Bewaffnete gingen hinein, stellten eine Hausdurchsuchung an, um sich zu überzeugen, daß ich nicht zu Hause sei; sie blieben dann im Hause als Wache und gestatteten Niemanden anderem den Eingang.

Auf dieselbe Art wurde eine derlei Hausdurchsuchung im Hause der Fürstin Clary vorgenommen. —

Als die Leiter dieser Volksbewegung die Gewißheit erlangt hatten, mich in der Staatskanzlei zu finden, wurde ein Theil der ihnen zu Gebote stehenden Massen zum Ballplatze hinbeordert.

Ich hatte Kunde von dem Vorgefallenen erhalten, — ich hatte das Herannahen des Volkshaufens gehört; er stellte sich auf, verhielt sich jedoch ruhig.

In der Zurückgezogenheit meines Kabinets war ich mit Arbeiten meines Amtes beschäftigt; es mochte die Zeit über Eilf Uhr sein, als vom Thore mir das Aviso gegeben wurde, das Volk fange an, sich ungeduldig zu zeigen, es wolle mich sprechen und verlange, daß eine Deputation eingelassen werde, sonst würde es Gewalt brauchen und das Thor sprengen.

Ich ging vom obern Stock herab in den ersten, und gab den Befehl, daß, wenn man von diesem Begehren nicht abstehen wolle, der Portier 6 oder 8 Individuen einlassen sollte. — Bald erschienen mehrere — ich denke zwischen 12 und 16 — mit Seitengewehren bewaffnete junge Leute, deren Alter und Anzug sie als Studenten bezeichnete. —

Sie meldeten sich als Abgeordnete des Volkes, beauftragt, mich in dessen Namen aufzufordern, abzudanken. —

Das Gespräch, das ich dann mit ihnen führte — wenn man es ein Gespräch nennen kann — wird wohl mehr als eine Stunde gedauert haben.

Als ich einem dieser sich Abgeordnete Nennenden die Bemerkung machte, er stünde mir zu nahe, um nöthig zu haben, die Stimme so laut zu erheben, antwortete er mit einem noch weit stärkeren Ton und aufgehobenem Arme: „Ich spreche „im Namen des Volkes, meine Stimme kann daher nie zu „laut werden."

Derselbe und andere weniger Heftige erwiederten auf meine Frage, „warum sie oder das Volk meine Abdankung ver„langten? „Die öffentliche Presse habe mich als einen gefährli„chen Mann bezeichnet, — ich wolle mich über meine Politik „nicht erklären, — ich werde laut angeklagt, die Interessen

„des Volkes dem Auslande gegenüber nicht zu vertreten, das „Vaterland zu verrathen, — und dennoch schwiege ich dazu; „ich hätte daher das öffentliche Vertrauen verwirkt, und müsse „abdanken.“ —

Ich sagte den Herren, „daß die Verfassungsurkunde, der „ich mir zur Ehre rechne, meinen Namen beigesetzt zu haben, „mich den einzigen Richtern zugewiesen habe, die ich anerken„nen könne, und denen ich Rechenschaft über die Leitung des „mir anvertrauten Ministeriums schuldig sei; ich hätte ge„dacht, seit der Verleihung der Verfassung allerdings unter „der bestimmten Pflicht einer strengen Verantwortlichkeit, aber „auch unter dem Schirm eines uns Alle schützenden Gesetzes „zu stehen; sie seien daher durch ihr Benehmen gegen mich aus „der Konstitution getreten, sie übten keine andere Gewalt als „gerade die einer Revolution, deren Ende Alle in der Gewäh„rung der erlassenen Verfassung gefunden zu haben wähnten.“

Sie wiederholten ihre Aufforderung im Namen des Volkes, welches zu aufgeregt wäre — sagten sie — um sich anders als durch meine Abdankung zu beruhigen. Ich erwiederte „ich könne „und werde meine Stelle nur in die Hände Seiner Majestät „niederlegen.“ —

Es mochte schon halb 1 Uhr sein, — ich hatte von keiner Seite weder eine gesetzliche noch eine freiwillige Stimme gehört, noch irgend eine Bewegung vernommen, die sich dem Hin- und Herströmen der Volksmassen oder dem Handeln ihrer Führer entgegengesetzt hätte.

Auf ihr weiteres Verlangen, ob ich — da ich mich auf „das Versprechen beschränken wolle, meine Stelle in die Hände

Seiner Majestät niederzulegen", — für die Folgen dieser Erklärung als verantwortlich erkenne, sagte ich Ja! — „Dann, meine Brüder, riefen sie, können wir nichts Weiteres „vom Minister verlangen, da er sich verantwortlich erklärt für „die Folgen des uns gegebenen Versprechens." —

Sie zogen ab. — Nach kaum einer Viertel Stunde kamen mehrere derselben, mit einigen Anderen wieder herauf; sie erklärten, das Volk wolle sich nicht beruhigen und verlange meine schriftliche Abdankung. Ich fragte sie, ob sie wüßten, daß ein General unter Kriegsrecht gestellt worden sei, weil er eine Kapitulation unterschrieben habe. — Nun, meine Herren, ich kapitulire nicht, ich unterschreibe nichts! lassen sie mich aber nach Hause gehen, es ist schon spät. — Sie gingen weg, ich ihnen nach. — Unten am Thore, das wieder geschlossen war, standen innerhalb desselben noch mehrere andere; sie bothen mir an, mich in ihre Mitte zu nehmen, und so durch die Menge zu führen, wohin ich es verlange. — So kam ich bis ins Haus des Fürsten Clary, nicht verstohlen, wie es gesagt wurde, sondern ganz offen durch die Menge. Ich dachte, diese lange Scene wäre am Ende; das Äußerste sollte noch kommen.

Bald hörte man Lärm am Thor und auf der Stiege; es kamen einige der sich nennenden Abgeordnete des Volkes herauf; sie verlangten mit Ungestüm meine Frau und meine Tochter zu sprechen. Beide in Begleitung des Fürsten Clary gingen in das nächste Zimmer. Als ich gleich darauf Worte vernahm, die den Karakter der wildesten Roheit hatten, folgte ich ihnen nach. Diese Volksvertreter waren mir von der Staats-

kanzlei her bekannt; mich erblickend, wandten sie sich gleich gegen mich mit der Aufforderung, ich solle mit ihnen nach der Staatskanzlei zurückgehen, das Volk wolle sich nicht für zufrieden erklären, es verlange mich zu sehen und von mir zu hören, ob ich wirklich meine Stelle niederlegen werde.

Wenn das Volk mich hören will, sagte ich, so soll es herkommen, ich gehe nicht hin. Sie gingen weg, nach ungefähr ¼ Stunde kamen sie zurück und meldeten, das Volk sei da. Sie hatten es geholt — vom Ballplatz und aus der Landhausgasse. Ich ging hinaus auf den Altan, sagte der Menge, ich hätte mein Versprechen gegeben, meine Stelle in die Hände Sr. Majestät niederzulegen; das letzte Blatt Papier, das ich als Minister unterschreiben werde, würde mein Entlassungsgesuch sein. Ehrenwort, Ehrenwort! schrie die Menge. Ich antwortete darauf, das Wort Versprechen hat für mich immer die Bedeutung eines Ehrenwortes gehabt, und zog mich dann zurück. Die Menge verlor sich, es wurde um den Arzt geschickt; meine Tochter war in Umständen, welche nach solchen Scenen gefährlich werden konnten. Um 3 Uhr ließ ich sie in ihrem Hause krank zurück und führte meine Frau krank nach Hause. In dieser Nacht wurde das Hausrecht dreimal verletzt — in meinem Hause, in jenem des Fürsten Clary und in der geheimen Hof- und Staatskanzlei. Daß ich da eine sogenannte Deputation einließ, war nur, um einen gewaltsamen Einbruch des Ministeriums zu verhüten.

Obwohl mehrere Blätter sich über diese Vorfälle mit wahrer Würdigung derselben erklärt haben, kann dennoch kein festes Urtheil darüber bestehen, so lange sich noch contradicto-

rische Meinungen über den innern Werth derselben äußern; — ich habe daher die einfache schlichte Erzählung dessen, was mich traf, was ich sah, und dabei zu hören hatte, der Öffentlichkeit überliefern wollen.

Es mag sonach Jeder urtheilen, ob die Sache so gewesen sei, wie sie in einem Artikel der allgemeinen Österreichischen Zeitung vom 4. Mai in dem Aufsatz über die Bedeutung der Wiener Universität zu lesen ist. Es wird dabei gesagt: Die Studenten haben den Grafen Ficquelmont in der anständigsten Form um Niederlegung seines Amtes ersucht.

Ich lasse einem Jeden seinen eigenen sittlichen Gradmesser, nach welchem er über Anstand oder dessen Verletzung nach subjektiver Ansicht zu sprechen hat, wie er will; dieses Sprechen nach eigenem Ermessen ist eine der Freiheiten des individuellen Menschen, die ich aber auch für mich in Anspruch zu nehmen das Recht habe, besonders wenn es sich um das handelt, was mir widerfahren ist. —

Wenn ich jedoch die Aufmerksamkeit des Publikums noch einmal auf die Geschichte dieser Nacht durch die Erzählung ihrer Ereignisse zu lenken gesucht habe, geschieht es aus Ursachen höherer Ordnung.

Es ist offenbar, daß ich dabei weder als Haupt noch als Glied einer politischen Partei erscheine. Die gänzliche Isolirung, in welcher ich während diesen zwei Tagen geblieben war, beweist es hinreichend. Man kann überhaupt aus den Wiener Zuständen, wie sie sich Tag für Tag zeigen, deutlich entnehmen, daß sich noch keine Parteien gebildet haben, wie

das konstitutionelle Leben sie verlangt, um den Kampf der lebendigen Kräfte im Volke zu regeln und um zu verhindern, daß dieser Kampf sich wieder zur Revolution gestalte. —

Alle politischen Fragen des Tages sind theils schwankend oder wurzeln zu tief, um sich an der Oberfläche der Bewegung abzuspiegeln. Von Organen der Presse, die sich voranstellen und der Politik des Staates Maaß und Richtung geben wollen, bin ich wiederholt mitten unter dieser Verwirrung aufgefordert worden, mich zu erklären, wie ich diese Politik zu leiten gedenke; an keinem meiner Schritte könne man es wahrnehmen, und ich schweige darüber. —

Wie soll — sagte man — bei der Umgestaltung fast aller europäischen Verhältnisse, Österreich in seiner auswärtigen Politik zu Werke gehen? vergeblich wird seit Wochen eine offizielle Antwort darauf erwartet. Wenn in England das Ministerium gestürzt oder umgeformt wird, so ist die Pflicht, wie die erste Handlung des Ministers der auswärtigen Angelegenheiten, seine Ansichten über die zu befolgenden Principien der auswärtigen Politik in einem klaren Programm auseinander zu setzen, und dem Lande vorzulegen.

Es wird hier gesprochen, als ob in Österreich blos ein Wechsel des Ministeriums geschehen, und sonst im Staate nichts verändert worden wäre. Und so ist es dennoch nicht gemeint, denn weiter wird gesagt: Das alte System

fiel, aber mit ihm wurde auch der ganze innere Organismus Österreichs vollkommen zertrümmert, und die vielen Elemente, welche unter der Kaiserkrone vereint waren, sind jetzt in den Zustand solcher Gährung getreten, daß alle Energie geistig begabter Männer kaum im Stande sein wird, sie wieder im ruhigen Nebeneinanderbestehen in einen Staatenverband zu vereinigen.

Nach dieser, leider nur zu wahren Auffassung der Lage des österreichischen Staates, wird von der auswärtigen Politik gesprochen, als ob sie blos mit dem Sturz eines Ministeriums zu thun hätte.

Die Politik ist doch nichts anderes, und kann nichts anderes sein, als der Zusammenhang aller Beziehungen des eigenen Staates zu den fremden Staaten. —

Die Grundlage aller politischen Berechnungen ist also zunächst der eigene Staat. Derjenige Staatsmann, er mag sein welcher er wolle, dem der Zufall in Österreich nach einer gänzlichen Umwälzung aller Verhältnisse die einstweilige Leitung der auswärtigen Angelegenheit aufbürden wird, hat sich also zu fragen — was ist heute der österreichische Staat? Steht der Verband zwischen den Theilen dieses so großartig gebauten Kaiserreiches noch fest? Wenn sich dieser Verband als aufgelockert zeigt — wird es nicht die erste Pflicht sein, das wieder fest zusammen zu fügen, was in feindseliger Absicht zur gewaltsamen Losreißung oder zur treulosen Trennung hingetrieben wird? —

Ich habe mich fest und entschieden dafür erklärt; eben deßhalb haben fremde Umtriebe eine künstlich gebildete öffentliche Meinung gegen mich hervorzurufen gesucht. Es scheint jetzt in Wien erkannt worden zu sein, von welcher Seite diese Umtriebe kamen.

Gedruckt bei A. Pichler's Witwe.

Verbesserungen.

Seite	31	Zeile	7	von unten	statt:	Punkte,	lese:	Prunke.
»	106	»	14	»	»	handele	»	handle.

Ficquelmont, Karl Ludwig <<von>>,

Aufklärungen über die Zeit vom 20. März bis zum 4. Mai 1848

Leipzig 1850